

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) Wenn die Geschäftsordnung in dem Sinne mehr Klarheit schaffen soll, müßten wir sie verändern. Wir haben das in der Vergangenheit sehr großzügig gehandhabt. Ich bin auch der Meinung, daß wir damit richtig gelegen haben - gut! - Über alles andere muß im Ältestenrat oder wo auch immer zu gegebener Zeit entschieden werden.

Wir haben heute eine festgelegte Tagesordnung. Zu ihr ist rechtzeitig eingeladen worden, und zu ihr gibt es nun einen Ergänzungswunsch der CDU-Fraktion, über den abzustimmen ist.

Ich lasse deshalb über den Wunsch der CDU-Fraktion, die Tagesordnung in dem Sinne zu erweitern, wie es Kollege Linssen vorgetragen hat, abstimmen. Wer ist dafür? - Die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmhaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung abgelehnt**. Das Präsidium ist sich einig, daß die Mehrheiten insoweit gegeben waren.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

(B) **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2400

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/2580

Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 12/2600 bis 12/2616

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 12/2680

dritte Lesung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1997 bis 2001 (C)

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 12/2401

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/2681

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2402
Vorlage 12/1673

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 12/2617

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 12/2682

dritte Lesung

Meine Damen und Herren! Ich **eröffne die Beratung** und erteile dem Kollegen Linssen das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wann passiert es einem Oppositionsführer schon einmal, daß er vom Geschäftsführer der GRÜNEN so angesprochen wird wie vorhin? Da sagte er: Die Debatte über die dritte Lesung des Haushalts und damit natürlich auch die Einlassungen des Oppositionsführers sind sehr viel spannender als Geschäftsordnungstricks. Da hat er recht, der Herr Busch, und wo er recht hat, hat er recht.

(Beifall bei der CDU)

(D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, Sie haben hier schon der Tatsache Ausdruck verliehen, daß es von Ihnen wohl erwartet wird, daß wir im Rahmen der dritten Lesung auch das Revue passieren lassen, was hier in den letzten Wochen überhaupt und auch in den letzten Tagen und Stunden um das Thema "Rücktrittsdrohung des Ministerpräsidenten" und auch "Braunkohletagebau Garzweiler II" geschehen ist. Das alles wird hier stattfinden, und wir haben auch ausreichend Zeit, die gegenteiligen, gegensätzlichen und vielleicht übereinstimmenden Positionen kenntlich zu machen.

Was ist in der letzten Woche vorgefallen? - Der Ministerpräsident hat gegenüber SPD-Abgeordneten - das ist einmalig - mit seinem Rücktritt gedroht, um 2 Millionen DM für Frau Höhn zu bekommen und um damit die Koalition zu retten. Der Bestand der Koalition ist ihm offensichtlich wichtiger als das Interesse Nordrhein-Westfalens.

(Beifall bei der CDU)

Wichtiger sind offensichtlich seine persönlichen Ambitionen und die bundespolitischen, parteipolitischen Ambitionen von Rot-Grün. Es wird überdeutlich, daß offensichtlich diese Streitkoalition, koste es was es wolle, bis über den Tag der Bundestagswahl gerettet werden soll.

(B)

(Beifall bei der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: So ist es!)

Die Marschroute dazu hat der Bundesgeschäftsführer der SPD, Herr Müntefering, ausgegeben, indem er erklärt hat: Alles, was die bundespolitische Option für Rot-Grün angeht, sei allemal wichtiger als das, was sich hier um ein Loch, das im Jahre 2006 gegraben werden soll, abspielt.

Wenn sich Herr Lafontaine und Herr Fischer in großer Sorge um dieses Problem in Nordrhein-Westfalen kümmern, dann weiß man, was hier auf dem Spiel steht, dann weiß man, worum es hier in dieser Frage eigentlich geht.

(Beifall bei der CDU)

Was ist passiert? - Am Parlament vorbei hat die Regierung 2 Millionen DM in den Haushalt eingestellt.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Am Parlament vorbei?! - Weitere Zurufe)

- Ich finde es sehr schön, daß Sie fragen, ob das am Parlament vorbei geschehen ist. Sie haben es selbst erklärt, daß es am Parlament vorbei war. (C)

(Beifall bei der CDU)

Sie selbst haben Ihr Befremden in Ihrer Fraktions-sitzung ausgedrückt, daß es doch wohl nicht sein könne, daß die Regierung ohne Wissen der Fraktion und vor allen Dingen ohne Wissen des Fraktionsvorsitzenden so etwas macht - vorbei an all denjenigen, die in dieser Koalition das Sagen haben, nur um diese Koalition irgendwie zu stabilisieren. Das ist der wahre Grund.

Meine Damen und Herren! Das ist von Herrn Clement, von Frau Höhn, von Herrn Rau und von Herrn Priggen ausgeklüngelt worden. Die SPD hat völlig zu Recht gedroht, diese Mittel zu sperren, weil sie natürlich den Braten gerochen hat. Sie wußten doch, daß damit nicht eine Beschleunigung, sondern eine Verzögerung bewirkt werden sollte.

(Beifall bei der CDU)

Diese Schöndeußcherei, die sich irgend jemand - entweder Herr Clement oder Frau Höhn - hat einfallen lassen, in den Haushalt hineinzuschreiben, die 2 Millionen DM dienen der Beschleunigung, ist ein Stück aus dem Tollhaus. (D)

(Beifall bei der CDU)

Wenn man weiß, wie die Aussagen der GRÜNEN zu diesem Tatbestand sind, wenn man weiß, wie Frau Höhn ihr Ministerium zur alleinigen Machtzentrale der GRÜNEN ausbaut, wenn man weiß, wie sie versucht, alles zu tun, um diesen Tagebau zu verhindern, weil sie ja ihrer Basis verpflichtet ist - das muß man offen bekennen -, dann kann es doch nicht wahr sein, daß SPD-Teile sich daran beteiligen, so etwas in den Haushalt hineinzuschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Der eigentliche Skandal ist, daß Abgeordnete gerade aus den Bergbaugebieten - ich will sie nicht alle mit Namen benennen - natürlich durch die Rücktrittsdrohung des Ministerpräsidenten zu einem Verhalten bewegt worden sind, das sie eigentlich vor ihrem Gewissen nicht verantworten können.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat in der zweiten Lesung in der vorigen Woche diesen Tatbestand ans Licht gebracht. Kollege Meyer hat hier bestimmte Fragen gestellt,

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) ob es zuträfe, daß der Ministerpräsident mit Rücktritt gedroht habe. Dann stellt sich Wirtschaftsminister Clement hierhin und erzählt: Das ist alles barer Unsinn. Herr Clement, ich verlange von Ihnen hier und heute eine Entschuldigung für diesen Tatbestand!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Sie können doch nicht sagen, etwas ist erst dann gelogen, wenn der WDR das aufdeckt. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Matthiesen hat die Interpretation des Kollegen Meyer, daß diese Rücktrittsdrohung ja offensichtlich die Höherbewertung des Bestandes der Koalition gegenüber Garzweiler II sei, als politischen Rufmord bezeichnet; er hat gesagt, der Kollege Meyer sei ein "politischer Rufmörder". Ich denke mir, Herr Ministerpräsident, daß Sie gleich in Ihrer Einlassung für Ihre Regierung, auch für Ihren Regierungssprecher, der sich an dieser Desinformationskampagne beteiligt hat,

(Beifall bei der CDU)

erklären sollten, was denn nun Sache ist.

(B) Wenn ich höre, daß Sie sich gestern in der SPD-Landtagsfraktion entschuldigt haben, dann erwarten das Parlament und die Opposition diese Entschuldigung hier und heute!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die Koalition ist in der vorigen Woche aus dem Plenarsaal ausgezogen. Sie hat damit die Landtagssitzung gesprengt. Ich denke mir, Herr Kollege Matthiesen, diese Geschichtsklitterung, die Sie gerade versucht haben, daß wir es gewesen seien, die nicht mehr hätten zusammentreten wollen, muß ich kurz klarstellen. Ich nehme an, daß der Präsident das vielleicht in irgendeiner geeigneten Form von sich aus auch noch tun wird, damit das überhaupt nicht in der Welt bleibt.

Es war dem Präsidenten nicht möglich, eine rechtlich verbindliche Landtagssitzung wieder einzuberufen. Das hatten Sie dadurch verschuldet, daß Sie die Beschlußunfähigkeit des Parlaments hatten feststellen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein Schwenk auch zu den GRÜNEN sei mir schon einmal erlaubt. Wer hier so angetreten ist wie die GRÜNEN seinerzeit

1990, die Demokratie ganz groß geschrieben haben (C)

(Lachen bei der CDU)

und erklärt haben, hier müßten jetzt endlich einmal demokratische Verhältnisse einziehen, und wer sich dann so von der Macht korrumpieren läßt wie Sie, dem kann ich nur sagen: pfui Teufell!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die ganze Ratlosigkeit und Hilflosigkeit dieser Regierung, die wir ja in allen Bereichen konstatieren müssen - ich habe Gelegenheit, heute auch noch ein paar andere Bereiche anzusprechen -, hat sich am letzten Freitag hier ganz deutlich gezeigt. Daß mit diesen 2 Millionen DM Schindluder getrieben wird, weil sie der Verzögerung dieses Tagebauvorhabens, der Totprüfung dieses Tagebauvorhabens dienen - ich sage das mit aller Deutlichkeit -, das ist auch eine Geldverschwendung!

(Beifall bei der CDU)

Sie können doch nicht, um die Trickereien der Koalition perfekt zu machen, 2 Millionen DM hierfür zur Verfügung stellen! Davon hätte man besser 50 Sozialwohnungen gefördert, oder man hätte hundert Existenzgründern geholfen, oder man hätte 182 Kindergartenplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Das wäre richtig gewesen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU) (D)

Aber, meine Damen und Herren, die ganze Hamelei um Garzweiler II, die hier seit zweieinhalb Jahren stattfindet, die diese Koalition lähmt, und diese Debatte haben sich wie Meltau über dieses Land gelegt. Garzweiler II ist mittlerweile in ganz Deutschland zum Synonym für die Unzuverlässigkeit dieser rot-grünen Koalition geworden,

(Beifall bei der CDU)

für die Energie- und Industrie-feindlichkeit dieser Koalition, und sie hat die ganze Unglaubwürdigkeit und den politischen Wortbruch deutlich gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Im wahrsten Sinne des Wortes, meine Damen und Herren, werden diejenigen, die im Braunkohlentagebau arbeiten, diejenigen, die in den Kraftwerken arbeiten, ver"höhnt". Wenn Ihnen, Herr Clement, vielleicht die Worte des Oppositionsführers nicht besonders willkommen sind, Sie möglicherweise auch relativ kalt lassen, dann

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) muß Sie vielleicht das berühren, was der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Rheinbraun zu diesem Schauspiel erklärt hat; Helmut de Jong hat wörtlich gesagt:

"Wir sind von der SPD verkauft worden für Zugeständnisse, oder was auch immer hinter den 2 Millionen DM stecken mag!"

Recht hat der Betriebsratsvorsitzende!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Und er führt weiter aus:

"Angesichts solcher Kniefälle vor den GRÜNEN muß man sich doch langsam einmal die Frage stellen, ob diese Partei überhaupt noch wählbar ist."

Er meint die SPD.

"Stimmen wir bei der nächsten Bundestagswahl für die Sozialdemokraten, sind wir gleichzeitig für die GRÜNEN und gegen unsere Arbeitsplätze."

Recht hat der Betriebsratsvorsitzende!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, ich sage ganz deutlich: Die Judas-Rufe, die in Hagen gegenüber dem Ministerpräsidenten ertönt sind, werden sich wiederholen, und sie wiederholen sich bereits in diesen Tagen, wie man einschlägigen Zitaten entnehmen kann. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß so schnell aus 30 Silberlingen 2 Millionen werden!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Dies ist ein Kniefall vor den GRÜNEN, es ist Schmiergeld für den Erhalt dieser Koalition, und es ist der Versuch, einen ganzen Parteitag, nämlich den der GRÜNEN, zu kaufen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Seit Wochen beschäftigen sich Hunderte von Ministerialen, Hunderte von Beamten dieses Landes mit nichts anderem als Garzweiler II. Die Diskussion scheint das ganze Land zu beherrschen, und offensichtlich hat die Regierung überhaupt keine freien Valenzen mehr, freie Kraft für irgend etwas anderes!

Der gegenwärtige Stand, der Wasserstand, wird jeden Tag abgerufen. Jeden Tag gibt es irgend etwas Neues, wenn Herr Clement und Frau Höhn sich wieder einmal getroffen haben. Meine Da-

men und Herren, dieser Rahmenbetriebsplan - ich sage es ganz deutlich - wird, wenn er nach Recht und Gesetz zustande gekommen sein sollte, (C)

(Lothar Hegemann [CDU]: Ohne Einflußnahme!)

die wasserrechtliche Prüfung beinhalten müssen. Durch diesen Rahmenbetriebsplan ist also ein ganz starkes Präjudiz gegeben, und es kann nicht sein, daß es Herrn Clement gelingen sollte, diesen Rahmenbetriebsplan auf einmal klein zu schreiben und die anschließende wasserrechtliche Genehmigung besonders groß zu schreiben. Das ist seine Absicht.

(Beifall bei der CDU)

Das ist gegen alles, was bisher vorgetragen wurde. Ich denke mir, daß die Gemeenschädlichkeit oder -unschädlichkeit eines solchen Großvorhabens mit dem Rahmenbetriebsplan endgültig festgelegt ist. So verlangt es das Bergrecht.

Meine Damen und Herren, die wasserrechtlichen Fragen sind zigmal geprüft worden. Wir haben allein zu den wasserrechtlichen Fragen 54 Gutachten vorliegen und insgesamt über 100 Gutachten. Das gesamte Vorhaben wird jetzt über zehn Jahre geprüft. Es ist das intensivst geprüfte Industrieprojekt, das es in Deutschland je gegeben hat. Und dann versuchen doch Mitglieder dieser Koalition den Menschen weiszumachen, daß es noch ganz dringende Fragen gebe, für die noch schnell 2 Millionen DM bereitgestellt werden müßten, damit man endlich über die Verzögerung die Bundestagswahl als Koalition erreicht. (D)

Kollege Matthiesen und auch Kollege Kasperek haben hier erklärt, daß es keine offenen Fragen mehr gebe. Das ist für die SPD-Fraktion erklärt worden.

(Beifall bei der CDU)

Frau Höhn und Herr Mai erklären, daß noch Fragen offen seien. Wie kann es sein, daß sich eine große Koalitionsfraktion, so eine traditionelle Partei wie die SPD, am Nasenring von den GRÜNEN durch die politische Arena schleppen läßt?

(Beifall bei der CDU)

Natürlich soll der Versuch gemacht werden, die Öffentlichkeit mit Worten hinters Licht zu führen. Ich denke mir, daß heute der Ministerpräsident, vielleicht auch der Wirtschaftsminister, darüber Auskunft geben muß, ob die Zeitachse über die Bundestagswahl mit diesem Rahmenbetriebsplan

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) geöffnet wird und ob es richtig ist - wenn die Genehmigung vor der Bundestagswahl nicht kommt und angenommen, wir würden in Deutschland den größten anzunehmenden Unfall, nämlich Rot-Grün bei der Bundestagswahl, bekommen -, daß dann das Tagebauvorhaben tot ist. Denn es wird in diesem Fall entweder andere energiepolitische Vorstellungen geben, bei denen Braunkohle nicht mehr stattfindet, oder es wird eine CO₂-Energiesteuer geben, bei der Braunkohle durch den Rost fällt. Das muß jeder wissen, der auf der Zeitachse spielt.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich interessieren wir uns alle für die Frage, ob denn in diesem Verfahren politisch Einfluß genommen wurde. Wenn Regierungspräsident Antwerpes vor einem SPD-Arbeitskreis offen erklärt, daß politisch Einfluß genommen worden sei - davon sei er fest überzeugt -, dann steht es wohl der Opposition recht gut an, folgende Frage zu stellen: Herr Ministerpräsident, sind Sie sicher, daß von all den Verfahren, von denen wir pausenlos hören, keine politische Einflußnahme ausgeht? - Da werden ja Gruppierungen der GRÜNEN zusammengestellt, Herr Priggen, Frau Höhn, die alle ständig verhandeln. Es ist von Ihnen, von der SPD erklärt worden: Dieses Verfahren läuft nach Recht und Gesetz, ohne zeitliche Verzögerung, ohne politische Einflußnahme. - Bitte, nehmen Sie zu dieser Frage hier und heute Stellung, weil sich zunehmend der Verdacht nährt, daß das Verfahren politisch beeinflusst wird.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Garzweiler II ist nur die Spitze des Eisbergs der Konflikte und Zerstrittenheit, die diese Koalition beinhaltet. Es ist die Frage: Steigen wir aus der Industriegesellschaft aus, wie die GRÜNEN es immer wieder versuchen,

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Ach, du meine Güte! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

gibt es eine Energie- oder Verkehrswende, wie die GRÜNEN es permanent wollen, oder versuchen wir mit den Mitteln der Industriegesellschaft, die Belastungen, die vorhanden sind, in den Griff zu bekommen? Das ist die entscheidende Frage, die hier beantwortet werden muß!

(Beifall bei der CDU)

Die ausschlaggebende Frage, die die Menschen umtreibt, lautet: Wie gelingt es euch, Arbeitsplät-

ze zu schaffen, Arbeitsplätze zu erhalten? Arbeit, Arbeit, Arbeit, das ist das Hauptthema dieser Republik!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Man muß schon darauf aufmerksam machen, daß seinerzeit Kollege Farthmann den Konflikt innerhalb der SPD sehr deutlich beschrieben hat. Es gibt nicht nur einen Konflikt zwischen Rot und Grün, sondern auch einen Konflikt innerhalb der SPD. Farthmann hat diesen Konflikt so bezeichnet: Wir kriegen die Waldläufer, also die Grüneigenen bei uns, nicht mehr mit den Malochern unter einen Hut. Recht hat Friedhelm Farthmann mit dieser Beschreibung des Zustandes der SPD!

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sich ein paar Namen vor Augen führt, wird das heute sehr deutlich: Auf der einen Seite gibt es den Behler-Horstmann-Brunn-Flügel und auf der andern Seite Matthiesen und Clement, die versuchen, die traditionelle Arbeiterpartei mit ihrer Interessenwahrung auch für Arbeitsplätze nach außen sichtbar darzustellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Wirtschaftsminister ein paar Bemerkungen machen. Herr Clement, ich hoffe nicht, daß der Blick auf Ihre persönliche Karriere das Bild, das Sie in den letzten zweieinhalb Jahren versucht haben aufzubauen, total verdunkelt. Sie sind kräftig dabei. Denn offensichtlich hat der Blick auf die persönliche Karriere Ihnen in den letzten Wochen geraten, sich in die rot-grüne Kurve zu legen, und diesen "Elchtest" werden Sie nicht bestehen!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Damit setzen Sie Ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel - eine Glaubwürdigkeit, die sich selbstverständlich daran mißt, was es in diesem Lande an Taten gibt, und nicht an schönen Worten vor Industrie- und Handelskammern oder Handwerkskammern.

(Beifall bei der CDU - Gerd Mai [GRÜNE]:
Mach 'ne Rede! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, mit Hans Berger, dem ehemaligen Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, haben wir einen Steinkohlekompromiß hinbekommen, der als tragfähige und vernünftige Lösung über Parteigrenzen hinweg bekanntgeworden ist.

(Minister Dr. Michael Vesper: Was haben Sie denn damit zu tun?)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Dieser Hans Berger hat in einer fast berühmt gewordenen Rede auf dem Gewerkschaftstag 1995 in Saarbrücken erklärt - ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren -:

"Ich habe kein Verständnis für jene Politiker, die mehr Sorge um den Froschteich vor der Stadt haben als um die Armenviertel in der Stadt."

(Zurufe von den GRÜNEN)

Recht hat Hans Berger,

(Beifall bei der CDU)

Und ich denke mir, daß wir diesen Konflikt sehr deutlich sehen müssen, der auch immer - das muß man fairerweise sagen - nach außen vom Fraktionsvorsitzenden der SPD so gesehen wird. Er selber hat erklärt, daß heute offensichtlich die Arbeitsplätze eher auf der Roten Liste stünden als irgendwelche Arten. Recht hat der Kollege Mathiesen mit diesem Wort, und ich denke mir, daß es wichtig ist, daß wir hier im Plenum auch bei einer dritten Lesung darüber diskutieren, ob diese Regierung denn diesem Anspruch gerecht wird. Sie wird nämlich diesem Anspruch nicht gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Es kann doch nicht sein, daß man je nach Segment der Gesellschaft für die eine Bevölkerungsgruppe diese Äußerungen aus der SPD hört, aus der anderen jene und keiner da ist, der das zusammenbindet, weil die Führungsfähigkeit dieses Ministerpräsidenten im Laufe der letzten Jahre in einer Art und Weise nachgelassen hat, daß es schon atemberaubend ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt kein Verständnis für Politiker, die nur um des Machterhalts willen bestimmte Lösungen vorantreiben, die sie eigentlich von ihrem Selbstverständnis her überhaupt nicht befürworten können. Es gibt kein Verständnis für Politiker, die Geldverschwendung betreiben wie hier in diesem Fall, nur um eine Koalition über die Runden zu retten. Wichtiger als das Überleben dieser Koalition ist das Schicksal Nordrhein-Westfalens!

(Beifall bei der CDU - Ewald Groth [GRÜNE]: Das sehen wir auch so!)

Meine Damen und Herren, die Sorgen und Nöte der Menschen kreisen um die Angst um die Arbeitsplätze, die Angst um Bildungschancen und

die Zukunft unserer Kinder, die Angst vor Gewalt und Verbrechen. Gerade Bildungschancen und Schutz vor Gewalt und Verbrechen sind typische Landesaufgaben. Meine Damen und Herren, das ist Landeshoheit. Sie versuchen permanent, den Leuten klarzumachen, daß das eventuell auch noch in Bonn beherrscht werden müßte. Wichtig sind gerade Bildung, Schule, Hochschule, innere Sicherheit, Schutz vor Kriminalität - ureigenste Landesaufgaben. Wenn da etwas fehlt, dann sind es diese Landesregierung und die sie tragenden Parteien schuld.

(Beifall bei der CDU)

Zu diesen Sorgen und Ängsten kommt in unserer Zeit vor allen Dingen auch die Sorge um den moralischen Zustand unseres Gemeinwesens. Die Frage wird offen ventiliert: Verliert unsere Rechtsordnung an moralischer Verbindlichkeit, schwindet der Gemeinsinn? Und die Fragen werden immer lauter: Sind die Politiker überhaupt noch ernsthaft an der gemeinsamen Lösung von Problemen interessiert? Meine Damen und Herren, bleiben wir dann auch in der dritten Lesung hier bei uns! Ich weiß ja, daß Sie nachher wieder den Verschiebebahnhof der Schuld nach Bonn betätigen werden.

Meine Damen und Herren, gerade bei dem Problem Garzweiler II wäre eine gemeinsame Lösung möglich gewesen, weil 90 % dieses Plenums im März 1995 für diesen Tagebau gestimmt haben. Daran muß man erinnern. Das ganze Affentheater, das sich hier abspielt, wäre alles nicht erforderlich gewesen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ernst-Martin Walsken [SPD])

Die Menschen sind die politische Taktiererei satt. Und wenn die Menschen in Nordrhein-Westfalen etwas leid sind, dann ist es die rot-grüne Taktiererei ums politische Überleben.

Entscheidend für die Arbeitsplätze ist der Erhalt und der Ausbau unserer Wettbewerbsfähigkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, deshalb muß, bevor man sich über die geeigneten Instrumente zur Bewältigung von Problemen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unterhält, eine Analyse der Fakten dieses Landes erfolgen. Wenn man diese anstellt, dann wird der Ministerpräsident - ich kenne das schon - nachher wieder das Lied singen: "Kein schöner Land in dieser Zeit" ist Nordrhein-Westfalen, und er wird sagen: Sie machen ja unser Land

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) schlecht. Ich mache extra darauf aufmerksam, damit Sie wissen, daß wir diese Ecke sehr gut kennen. Aber es gelingt dem Ministerpräsidenten immer weniger, damit die Menschen zu täuschen, weil sich der Wirtschaftsminister zum Glück in der Analyse der Situation kaum von uns unterscheidet. Aber leider kann er nicht dagegen angehen, weil ihm seine Partei ein Klotz am Bein ist, weil ihm natürlich die GRÜNEN ein Klotz am Bein sind

(Beifall bei der CDU)

und weil er offensichtlich auch nicht den Mut hat, dann so zu stehen, wie es notwendig ist. Dazu werden wir natürlich auch noch ein paar Bemerkungen machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich ist dieses unser Land ein Diamant, der nur den richtigen Schliff braucht, um zu einem wertvollen Schmuckstück zu werden. Wir haben die beste Position im Herzen Europas, wir haben eine Riesenchance in dieser Europäischen Union, wir sind die Verkehrsdrehscheibe in Europa, und wir haben fleißige und leistungswillige Arbeitnehmer und Unternehmer und Gewerkschaften, die zur Zusammenarbeit bereit sind.

(B) Wir waren einst das Industrieland Nummer eins im Herzen Deutschlands, und wir sind - daran geht kein Weg vorbei - von anderen abgehängt worden. Das gehört zu einer vernünftigen Analyse. Ich denke mir, daß zum Beispiel die Gutachter Schmid und Blancke von der Enquete-Kommission dieses Landtags "Zukunft der Erwerbsarbeit", geleitet vom Sozialdemokraten Farthmann, recht haben, wenn sie in ihrer Analyse feststellen, daß wir mit dem Saarland die schlechteste arbeitsmarktpolitische Situation haben. Das heißt: Mit dem Pleitegeier Lafontaine hat Nordrhein-Westfalen die Schlußlaterne. Das ist etwas, was uns umtreiben muß und was so nicht bleiben darf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Die Ursachen hierfür sind hausgemacht. Denn bei gleicher Bundes- und Europapolitik entwickeln sich Länder unterschiedlich. Das muß etwas mit der Landespolitik zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

Es kann doch nicht sein, daß immer dann, wenn es peinlich wird, erklärt wird, Bonn, Brüssel und andere seien daran schuld. Nein, meine Damen und Herren, daß sich Länder in den letzten

25 Jahren unterschiedlich entwickelt haben, hat etwas mit Landespolitik, nicht wahrgenommener landespolitischer Führungsverantwortung zu tun. (C)

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns ein paar Daten anschauen: Herr Kollege Meyer hat bereits in der zweiten Lesung hier bestimmte Daten vorgetragen. Es war Wirtschaftsminister Clement, der offensichtlich - um von diesen Daten abzulenken - eine Verbalinjurie gebraucht hat, die man eigentlich kaum wiederholen kann. Er hat nämlich davon gesprochen, daß diese Darlegung von statistischen Daten "politischer Hurerei" gleichkomme. - Herr Minister, schämen Sie sich nicht dafür, so etwas zu sagen, wo doch eindeutige Daten vorgetragen werden!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Wir müssen feststellen, daß die Arbeitslosenquote bei uns in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1996 bei 11,4 % gelegen hat. Im Durchschnitt der westdeutschen Länder betrug sie 10,1 %. Es tut mir leid, daß wir dauernd Bayern und Baden-Württemberg zitieren müssen. Ich würde lieber andere Länder und vor allem Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit Spitzenwerten zitieren wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU) (D)

Bayern verzeichnet eine Quote von 8,0 %. In Baden-Württemberg sind es 7,9 %. Das zeigt uns, daß sich hier etwas entwickelt und verfestigt hat, das mit Landespolitik zu tun hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir machen auf Wachstumsdefizite aufmerksam und sind uns bewußt, daß sich Bayern seit 1970 um 115 % nach vorne entwickelt hat, während es bei uns nur 56 % sind, wenn auch - das möchte ich wohl anmerken - von einem höheren Sockel ausgehend. Das will ich überhaupt nicht verschweigen. Trotzdem verbleibt eine Differenz, die auf mangelnde Aktivitäten in der Landespolitik zurückzuführen ist.

(Beifall bei der CDU)

Nehmen Sie einmal das Bruttosozialprodukt je Einwohner - all das, was pro Einwohner in einem Land erwirtschaftet wird -, einen Bereich, in dem wir nach dem Kriege immer einen einsamen Spitzenplatz eingenommen haben. Heute müssen wir feststellen, daß Nordrhein-Westfalen bei einem Wert von 44 000 DM liegt. In Bayern sind es 49 000 DM und in Baden-Württemberg 49,3.

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Angesichts dessen kann ich den Arbeitnehmern in diesem Lande nicht erklären, warum sie bei gleichem Fleiß und gleicher Intelligenz weniger verdienen sollen als andere in anderen Ländern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, letzte Woche war Herr Clement ja bemüht zu verdeutlichen: Wir kommen ja. - Auch von Herrn Jochimsen, dem Präsidenten der Landeszentralbank, höre ich übrigens - danach können Sie die Uhr stellen - jedes Jahr die gleiche Siegesmeldung, wir würden wieder an das Wirtschaftswachstum der westdeutschen Länder ankoppeln. Meine Damen und Herren, das würde ich mir ja wünschen; aber zum Ende eines jeden Jahres zeigt sich, daß wir wieder einmal zurückliegen. Schauen Sie mir die Daten des ersten Halbjahres 1997 an, stelle ich fest: Das Bruttoinlandsprodukt in den alten Bundesländern steigt um 2 %, in Nordrhein-Westfalen um 1,4 %. Meine Damen und Herren, wir hinken wieder hinterher! Herr Clement, Sie sind schon seit zweieinhalb Jahren Minister für Wirtschaft. Irgendwann müssen Sie sich doch einmal die Frage stellen, ob irgend etwas von Ihnen bewegt worden ist.

(Beifall bei der CDU - Erregter Widerspruch des Ewald Groth [GRÜNE])

- (B) Meine Damen und Herren, wir müssen uns einmal überlegen, was wir als rohstoffarmes Land tun müssen. Zwar sprechen wir pausenlos über Steinkohle und Braunkohle; aber im Grunde genommen sind wir doch ein rohstoffarmes Land, ein Land, das von der Intelligenz und der Arbeitskraft seiner Menschen lebt. Also muß ich etwas tun, um diese Ressource ganz besonders zu fördern. Wenn die Jugend unser Diamant ist, muß er geschliffen werden, damit er leuchten kann.

(Zuruf von der SPD: Schleifer Linssen!)

- Ich habe schon geahnt, daß dieser Zwischenruf kommt. Aber Diamanten werden nun einmal geschliffen. Vielleicht wissen Sie das nicht; aber es ist so.

Meine Damen und Herren, seit Jahren tragen wir hier vor, daß wir im Vergleich zu anderen Bundesländern bei unseren Schülern schlechtere Leistungsergebnisse zu verzeichnen haben. Nun gibt es - Gott sei Dank - auf einmal eine Studie des Max-Planck-Instituts, die beweist, daß unsere Schüler beispielsweise nach der achten Klasse in Mathematik und Naturwissenschaften um eineinhalb Jahre hinter denen aus Bayern herhinken. Deshalb versucht die Schulministerin nun mit al-

- len möglichen Volten darüber hinwegzukommen, hat aber in der Kultusministerkonferenz auf einmal zugestimmt, daß Vergleichsuntersuchungen angestellt werden sollen. Dagegen hatten Sie sich doch ewig gewehrt. (C)

Wissen Sie, wogegen ich etwas habe? - Daß wir permanent, Jahre vorher, die richtigen Vorschläge unterbreiten, Sie das hier alles ablehnen und nur, wenn Sie nicht mehr weiterkönnen und das Kind in den Brunnen gefallen ist, sagen: Jetzt muß es sein.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir in allen Bereichen erlebt. Spektakulärstes Beispiel war die Änderung des Artikel 16 GG. Mein lieber Strohsack! Wir hatten hier mit Herrn Schnoor diese Auseinandersetzungen. Drei Jahre lang haben wir etwas vorgetragen, sind beschimpft worden, wir würden einen Wettlauf um Schabigkeit betreiben. So und anders lauteten diese schlimmen Vorwürfe. Und nach drei Jahren kommt er an und sagt: Ich mache es genauso wie die CDU. Der Faschismus droht. Jetzt müssen wir etwas tun. Es muß doch auch einmal aus politischer Einsichtsfähigkeit heraus gehandelt werden, nicht immer erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist!

(Lebhafter Beifall bei der CDU) (D)

Natürlich haben diese Leistungsunterschiede etwas damit zu tun, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen wirklichkeitsfremde Schalexperimente durchgeführt haben. Das hat etwas damit zu tun, daß die Diskussion um die Abschaffung der Schulnoten im dritten Schuljahr verheerende Signale setzt. Merken Sie eigentlich nicht, was Sie damit anrichten? Frau Schumann von den GRÜNEN kann mit noch so schönen Worten beschreiben, sie wolle eine sechsjährige Grundschule ohne Noten haben. Die Menschen wollen das anders, weil in ihnen Wettbewerb und der Spaß an Leistung angelegt sind. Deshalb wollen sie Noten haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es nach der vierten Klasse kein verbindliches Gutachten mehr gibt, können wir uns doch nicht dauernd darüber hinwegtrösten lassen, der Elternwille sei entscheidend. Frau Behler, natürlich halten wir den Elternwillen mindestens so hoch wie Sie. Aber es hat doch keinen Zweck, Kinder fehlzuleiten, die dann nach der siebten oder achten Klasse zurückkommen, nachdem im Grunde genommen Jahre verschenkt, Frustratio-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) nen aufgebaut worden sind. Jungen Menschen tut man damit keinen Gefallen. Deshalb: Lassen Sie es sein!

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich sehe, wieviel Geld nach wie vor für die ideologisch gewollte Gesamtschule da ist - meine Damen und Herren, Sie glauben ja nicht, wie auf einmal 25 Millionen DM sofort vorhanden sind, wenn man dieses viel geliebte Schulexperiment irgendwo verankern kann. Schämen Sie sich eigentlich nicht dafür, daß Sie die Familienerholung herunterstreichen bis zum Gehtrichtmehrer, aber solche Dinge, die Ihre Schulideologen gerne wollen, die draußen aber heute niemand braucht, permanent forcieren?

(Beifall bei der CDU)

Geben Sie das Geld lieber für eine Ganztagsbetreuung im gegliederten Schulwesen aus. Dort besteht Bedarf. Dann würden Sie etwas Gutes tun.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]:
Doppelzüngig!)

(B) Wenn im Grunde Prüfungen, die ja ein Nadelöhr sind, immer weiter hinausgeschoben werden, tut man jungen Menschen keinen Gefallen. Wenn sie sich auf einmal unter den 30 % Abbrechern an den Hochschulen wiederfinden, sind sie fehlgeleitet worden. Das ist menschlich nicht vertretbar, und es ist finanziell nicht vertretbar. Deshalb bekennen Sie sich doch endlich auch zu Leistungsprüfungen, die natürlich eine Auslese darstellen. Gehen Sie doch an diesem offensichtlichen Tabu für Sie nicht vorbei. Sonst haben die Menschen hinterher den Schaden.

(Beifall bei der CDU)

Diese Erkenntnisse hat offensichtlich auch der Wirtschaftsminister Clement bei einer Reise durch die Betriebe des Landes gewonnen. Es ist zwar für mich kaum nachvollziehbar, daß man 14 Tage durch das Land reisen muß, um solche Erkenntnisse zu haben. Diese Erkenntnisse hätte man sicherlich auch vorher haben können. Aber es schadet nichts. Reisen bildet.

Nachdem der Wirtschaftsminister gebildet nach Hause gekommen ist, gesagt hat, es geht so nicht mehr weiter, und einen Brandbrief an die Kollegin Behler geschrieben hat, in dem er die Kritik von Handwerk, Wirtschaft und Hochschulen aufnimmt und pädagogische Kurskorrekturen verlangt - wie er es wörtlich ausgedrückt hat -,

haben ihm alle draußen, die er besucht hat, zugejubelt und gesagt: Mein Gott, ist der tüchtig! Da hat er die Erkenntnisse sofort in einen Brief umgesetzt, und jetzt wird sich sicherlich im Land Nordrhein-Westfalen etwas bewegen. Pustekuchen, meine Damen und Herren, Pustekuchen. Als dieser Wirtschaftsminister durch die CDU-Opposition hier im Landtag mit seinem Brief konfrontiert wurde, hat er gekniffen und erklärt: Zwischen Frau Behler und mich paßt kein Stück Papier. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Draußen große Sprüche machen und hier kuschen - das haben wir gerne. Aber wir werden es offenkundig machen, Herr Clement, daß Sie von dem, was Sie eigentlich als richtig erkannt haben, nichts umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Das Bildungsthema ist eines der wichtigsten Themen überhaupt. Ich glaube, daß es zum wichtigsten Thema der nächsten Jahre wird. Es wird auch in diesem Parlament in den nächsten Jahren einen viel höheren Stellenwert bekommen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Wir von der CDU sind gegen jeden Unterrichtsausfall. Wir sind für Leistung und soziales Lernen. Wir sind für Fordern und Fördern. Wir möchten gern die Hochbegabten und die Minderbegabten fördern. Wir lassen uns nicht auf eine Seite festlegen, so wie Sie es offensichtlich wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind für Persönlichkeitsbildung und Werteerziehung und stehen deshalb auch zum Religionsunterricht, meine Damen und Herren. Dafür werden wir kämpfen bis zum Umfallen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie diesen Forderungen zustimmen können und damit diesem "Rohstoff Grips" wie wir eine Priorität geben wollen, dann muß sich das natürlich im Haushalt des Landes wiederfinden. Deshalb haben wir etwas getan, was uns sehr schwergefallen ist - die Konzentration der Mittel auf diesen Bereich. Sie wissen, auch in einer Opposition muß man sehr auf finanzpolitische Solidität und wirtschaftspolitische Verantwortlichkeit achten.

(Brigitte Speth [SPD]: Das haben wir gemerkt!)

(C)

(D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Wir haben gesagt: Tausend Lehrer müssen wir über den Ersatzbedarf hinaus einstellen, weil sonst in dieser Ressource, die wir fördern wollen, unwiederbringliche Einbrüche passieren. Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen dafür Mittel freischaufeln. Das ist im Grunde etwas, was ich von Ihnen erwartet hätte und was Sie eigentlich bei den Haushaltsberatungen hätten leisten müssen.

Dazu fällt uns nicht nur ein, daß mit einem Institut in Soest vielleicht etwa so verfahren werden könnte, wie jetzt verfahren wird, indem man die Leute herausholt und sagt: Gebt Unterricht, anstatt im Elfenbeinturm zu sitzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich - und will das als Teil für das Ganze gesehen sein -: Die Verwaltungen bei uns sind überdimensioniert. Deshalb müssen sie abgespeckt und Planstellen aus diesem Bereich freigeschaufelt werden, damit wir in solchen Bereichen wie Schule überhaupt noch zu personalpolitischen Aktivitäten kommen können.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren, dann muß man eben bei diesem Thema, das wir seit 1992 im Landtag mit einem separaten Ausschuß beackern, vielleicht im Jahre 1997 - nach fünf Jahren - in der Lage sein, Konsequenzen zu ziehen. Es geht darum, daß wir bei den Verwaltungseinheiten zwischen der Kommune und dem Land Aufgaben kritisch untersuchen und uns fragen, was wegfallen kann und was man nach unten delegieren oder privatisieren kann. Wie kann man diesen Apparat schlank und effizient machen? Das wollen wir nicht nur des Geldes wegen, sondern auch wegen der Schnelligkeit der Entscheidung. Denn wir müssen im Wettbewerb mit anderen Ländern schneller werden.

(Beifall bei der CDU)

Dann sehe ich mir dieses Trauerspiel bei der SPD an. Ich habe noch viel Verständnis dafür gehabt, als Friedhelm Farthmann mir 1994 vor der Landtagswahl erklärt hat: Wir können da nichts tun, denn da fallen Institutionen weg, und das sind alles Wähler, die uns dann nicht wählen wollen. Also machen wir es doch 1996.

Meine Damen und Herren, das ist zwar draußen nicht mehr zu erklären, aber für diese parteitaktischen Spielchen der SPD kann man nach zwei

Jahren vielleicht noch Verständnis haben. Es kann jedoch nicht angehen, daß alles das, was eingeleitet worden ist, jetzt mit einem Federstrich zunichte gemacht wird. Die SPD setzt eine Kommission ein. Das ist immer gut, wenn man ein Problem verlagern will. Wenn man dann den Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden an die Spitze setzt, weiß man, was dabei herauskommt, nämlich gar nichts.

(Beifall bei der CDU)

Dann weiß man, Herr Ministerpräsident: Das wird eine Beerdigung erster Klasse. Da wird viel geredet und erklärt: Wir lassen alles beim alten, aber es wird natürlich jetzt alles ein bißchen sparsamer. Nichts passiert, meine Damen und Herren. Es passiert überhaupt nichts! Die Erfahrung habe ich schon gemacht. Ich bin ja nicht so lange hier. Sie feiern ja demnächst Jubiläum, Herr Ministerpräsident - ob im Amt oder als Abgeordneter weiß man ja alles nicht. Aber Sie feiern Jubiläum und sind nun viel länger hier als wir. Sie haben dadurch eine viel größere Erfahrung, wie das Beharrungsvermögen ist.

Aber ich habe in den 17 Jahren - auch schon eine lange Strecke - die Erfahrung gemacht, daß Sie überhaupt nichts verändert bekommen, weil jeder Ihnen nachweist, daß seine Position, seine Arbeit unentbehrlich sei. Wenn Sie da nicht wirklich die Kraft haben, auch einmal mit Führungsstärke voranzugehen, Herr Ministerpräsident - ich weiß, daß Ihnen das nicht liegt -, dann werden Sie in diesem Land nichts bewegen, und dann werden die Klagen über den Unterrichtsausfall größer und größer werden. Und Sie werden dann vermutlich wieder sagen: "Bonn gibt uns nicht genug Geld, deshalb können wir es nicht." Es ist immer diese bequeme Ausrede!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte dieses Thema "Zukunftschancen unserer Jugend" auch beim Bereich der Hochschulen durchdeklinieren. Wir werden ja nachher dazu noch eine Regierungserklärung hören.

Natürlich ist das Hochschulrahmengesetz eine Voraussetzung, über Veränderungen der Strukturen alles schneller, effizienter und vielleicht auch preiswerter zu machen. Das ist das Ansinnen. Natürlich muß es sein, daß Hochschulen in den Strukturwandel bei uns stärker einbezogen werden. Dazu müssen sie wettbewerbsfähig gemacht werden, dafür müssen sie einen Geist atmen, der

(C)

(D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) vielleicht etwas mit Selbständigkeit zu tun hat, mit Autonomie vor Ort,

(Beifall bei der CDU)

mit Selbstverwaltung der Mittel, die ja auf unsere Anregung hin, Frau Brunn, natürlich vorangetrieben, aber nicht ausreichend vorangetrieben worden ist. Ich wünschte mir mehr Hochschulen, die so im Wettbewerb stehen, daß sie ein eigenes Profil bilden. Sie sollten nicht nur 25 % ihrer Studenten auswählen können, sondern im Grunde genommen müßte das Leitbild sein: Der Student sucht sich die Hochschule aus, und die Hochschule sucht sich die Studenten aus. Was glauben Sie, was in diese Diskussion Dampf kommen wird!

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört natürlich, in den Hochschulen zu vermitteln, daß die Kultur der Selbständigkeit nicht nur ein leeres Wort, ein schönes Etikett ist, sondern daß das gelehrt wird, damit nicht wie jetzt 50 % in den öffentlichen Dienst gehen und sich nur 15 % selbständig machen, sondern damit sich die Zahlen vielleicht umkehren. Das wäre etwas, was wir dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren! Wir haben deshalb lange überlegt, wie wir Mittel, die das Land hat, die reine Finanzanlagen sind, mobilisieren können, um Zukunftsinvestitionen in diesem Land - bei knappen Kassen, die ansonsten da sind - zu leisten. Ich sage Ihnen: Wir sind in der Lage, aus dem Vermögen eine Milliarde DM in einem Jahr zu mobilisieren, wenn wir uns von liebgewordenen Vermögenstatbeständen trennen. Sie haben natürlich immer etwas mit der Bedeutung jeweiliger Ressorts zu tun; es sind ja alles auf einmal strategische Beteiligungen, wenn man die Sache einmal näher abklopft. Sie sind zu mobilisieren, um zum Beispiel notwendige Investitionen im Hochschulbereich, im Straßenbau, im Krankenhausbau, im Schulbau zu leisten. Dies ist möglich, wenn Sie die Kraft haben, Ihren Ressorts, den Ministerien zu sagen: Jawohl, wir trennen uns schneller davon - nicht nur im Brandfall Düsseldorf, wo Sie der Not gehorchend gar nicht anders konnten. Sondern: Sie müssen den eigenen Geist haben, und den müssen Sie in den Ministerien durchsetzen!

(Beifall bei der CDU)

Innovationen fördern ist etwas, was übrigens (C) Baden-Württemberg und Bayern in hervorragendem Maße getan haben, mit eigenen Programmen. Wir tragen das seit 1992 hier vor. Der Finanzminister hat zunächst immer gesagt: "Jawohl, das finde ich gut." Er hat auch zu unserem Immobilienmanagement, das wir einführen wollen - d.h. zentral von einer Stelle aus werden die gesamten Immobilienvermögen, die Ländereien des Landes gemanagt -, gesagt: "Prima Sache!" Bisher ist er aber permanent an den Ressortegoismen gescheitert. So vergeht in diesem Land Jahr um Jahr, ohne daß etwas Zukunftsfähiges passiert.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden bei der Betrachtung der Investitionsquote auch zu folgender Erkenntnis kommen, Herr Ministerpräsident: In Ihrer Ära von 1978 bis 1997 ist die Investitionsquote - also der Anteil, der aus dem gesamten großen Etat von heute 90 Milliarden DM investiv verwendet wird - von über 23 % auf 10,4 % gesunken.

(Hört, hört! bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, das muß Ihnen die Tränen in die Augen treiben,

(Zuruf von der CDU: Armutszeugnis!)

denn das ist die eigentliche Versündigung an der (D) künftigen Generation.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir in dieser Art und Weise den Gegenwartskonsum fördern, ist das natürlich sehr populär und bringt natürlich auch die eine oder andere Wählerstimme. Aber es ist ein Gucken bis zum Tellerrand der nächsten Wahl. Wir möchten gerne, daß die Zukunftsinteressen unserer Kinder in dieser Landespolitik stärker Berücksichtigung finden.

(Beifall bei der CDU)

Es tut mir leid: Wenn ich 10,4 % erwähne, dann muß ich auch Bayern und den Bund erwähnen. Selbst der Bund - mit all den Schwierigkeiten - bringt immerhin noch 13,6 % Investitionsquote. Bayern hat 17,5 %, meine Damen und Herren. Das heißt, über öffentliche Investitionen werden ja auch Arbeitsplätze geschaffen. Ich überschätze das nicht - damit Sie mich nicht falsch verstehen -, denn ich weiß ganz genau, daß wir vielleicht 18 % unseres gesamten Bruttosozialproduktes über öffentliche Investitionen bewegen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Das andere sind alles private Investoren oder Haushalte, und deshalb haben sie die erste Bedeutung. Aber es sind Signale, die gesetzt werden, und es ist eine Vorbildwirkung, die gesetzt werden muß. Ich denke mir, daß wir deshalb den Gegenwartskonsum in bestimmten Bereichen - ich weiß, wie schmerzlich das ist - herunterfahren müssen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Wenn wir über Sparen sprechen, dann kann es nicht sein, daß dies immer nur heißt - da schließe ich keinen aus, da schließe ich den Bund und die anderen Länder nicht aus -, die Nettoneuverschuldung, die bei uns vielleicht bei 8,1 Milliarden DM liegen wird, um vielleicht 200 Millionen DM herunterzufahren. Sondern Sparen heißt im Grunde: Wir müssen die gesamte Nettoneuverschuldung beenden. Es war ja der Plan dieser Regierung,

(Zustimmung bei der CDU)

das bis zum Jahre 2000 zu schaffen. Es sind sicherlich Dinge dazwischengekommen,

(Lachen bei der SPD)

es sind schlechtere Steuerzahlungen dazwischengekommen.

- (B) (Aha! bei der SPD)

Aber wenn das kommt, dann kann ich doch nicht hingehen und nur diesen Tatbestand beklagen und versuchen, das mit allen publizistischen Mitteln möglichst Bonn in die Schuhe zu schieben. Was natürlich auch völliger Unsinn ist, denn die Betriebe und die Leute, die Einkommensteuern bezahlen, zahlen ja nicht nur hier keine Steuern mehr, sie zahlen auch in Bayern und in Baden-Württemberg keine Steuern mehr. Deshalb ist das ein Problem, das alle angeht.

Deshalb verstehe ich nicht, Herr Ministerpräsident, wie Sie sich in der Frage der Steuerreform so von Lafontaine haben festnageln lassen können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einen Vorschlag Ihres Finanzministers Schleißer auf dem Tisch liegen, der vom Sommer 1996 stammt. Darüber kann man lange diskutieren, wenn man unterschiedlichen Lagern angehört. Aber immerhin wurde dort vorgeschlagen, die Steuersätze auf 20 bis 40 % zu reduzieren, die Bemessungs-

grundlage zu erweitern und Schlupflöcher abzuschaffen. Darüber läßt sich sofort reden. In der Debatte, die wir angeleiert haben -

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Wer ist denn "wir"?)

weil ich merkte, daß auch der Kollege Matthiesen auf diesem Dampfer war, daß wir uns in dieser Frage bewegen müssen -, haben Sie die Haltung Lafontaines stur vorgetragen. Wie heißt das so schön? - "Ein Schelm, der Schlechtes dabei denkt." Wer denkt, das habe vielleicht etwas mit persönlichen Ambitionen zu tun, der ist nicht von einem anderen Stern. Eine andere Erklärung für Ihr Verhalten gibt es sonst nicht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der Tatsache, daß Ihnen der grüne Koalitionspartner in einem Brief, den Frau Nacken und Herr Appel geschrieben haben - dabei geht es immer auch darum, ein gutes Bild auf Parteitagen abzugeben -, sagt, die SPD habe mangelnden Sparwillen, sind wir als Opposition doch gar nicht so fehl. Offensichtlich ist auch Ihr eigener Koalitionspartner der Meinung, daß Sie wegen der Betonstrukturen, die bei Ihnen herrschen, nicht in der Lage sind, etwas zu ändern.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt Gutachten - einen dicken Wälzer, für nur ein paar Programme -, in denen zum Ausdruck kommt, daß die Programme, die hier im Land Nordrhein-Westfalen gefahren werden, nicht effizient und effektiv sind. Angesichts dessen muß es doch Ihre oberste Aufgabe sein - dazu werden wir Sie natürlich wieder per Antrag auffordern -, das zu durchforsten und auch da Sparreserven freizulegen oder aber bestimmte Programme bei gleichem Volumen mit einer größeren Wohlfahrt für den einzelnen Mitbürger zu versehen. Das muß Sie doch umtreiben. Deshalb müssen Sie da mit aller Macht ran.

Deshalb sollten Sie solche Gutachten nicht liegenlassen, sie vertuschen, möglichst lange nichts dazu sagen, damit wieder Zeit geschunden wird. Es ist erschreckend, wie viel Zeit in diesem Land geschunden wird - das zeigt sich schon allein daran, wie viel Zeit vergeht, bis die Gutachten einmal in die Hände der Opposition gelangen - ,

(C)

(D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) bis sich endlich einmal etwas bewegt. Das ist so einfach nicht weiter tragbar.

(Beifall bei der CDU)

Zum Thema der Finanzen gehört auch - ich sage das mit aller Deutlichkeit - der Bund-Länder-Finanzausgleich. Der Bund-Länder-Finanzausgleich ist so, wie er jetzt existiert, nicht tragbar. Das ist, so glaube ich, übereinstimmende Meinung des Ministerpräsidenten, des Finanzministers, des Vorsitzenden der größten Fraktion. Jetzt gab es dazu verschiedene Veröffentlichungen. Wir haben mitbekommen, daß zum Beispiel der Kollege Fraktionsvorsitzender der SPD gesagt hat: Liebe Leute, wir müssen uns Bayern und Baden-Württemberg anschließen. - Ich unterstütze ihn bei dieser Haltung; ich habe das vehement immer wieder vorgetragen. Ich habe angeboten, dieses Thema gemeinsam zu fahren, wenn auch nicht in dem Sinne, daß wir gleich zum Gericht ziehen. Vielmehr sollten wir zunächst versuchen, das im Guten zu regeln. Als Ultima ratio haben wir dann immer noch das Gericht. Ich weiß, daß Bayern und Baden-Württemberg Sie als Vertreter des größten Landes Nordrhein-Westfalen auffordern, diesen Kurs mitzumachen.

- (B) Ich frage mich: Wenn wir alle erkannt haben, daß das im Interesse Nordrhein-Westfalens ist, welche Interessen können dann überwiegen, das sein zu lassen?

(Beifall bei der CDU)

Auch hier ist man natürlich versucht zu spekulieren. Herr Ministerpräsident, es kann nur etwas damit zu tun haben, daß Sie den Schuldenkönig Lafontaine in diesem Jahr schonen wollen. Das geht nicht. Sie können parteilpolitische Überlegungen nicht über das Interesse des Landes Nordrhein-Westfalens setzen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Es wäre schön, wenn wir mit diesen finanzpolitischen Überlegungen einmal vorankämen, wenn wir vielleicht einmal meinungsbildend wären - vielleicht sogar in Deutschland; das stände uns als größtem Land gut an -; denn die Menschen möchten gerne einmal stolz sein auf dieses Land. Sie möchten nicht nur negative Berichte hören.

(Walter Grevener [SPD]: Sie sind stolz!)

- (C) - Ja, Sie sind stolz, aber ohne jeden Background. Sie können ihren Stolz noch dreimal beteuern. Wenn Sie Zahlen wie diese vorlegen, dann können Sie den Stolz vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir so verfahren würden, dann würde das, so glaube ich, vielleicht auch bei den Unternehmen Schule machen. Denn die stehen vor der gleichen Situation. Auch sie stehen vor der Frage, ob sie Finanzanlagen, die sie nun zum Teil reichhaltig haben, nicht in innovative Unternehmensbereiche, in die Forschung - auch die Erforschung neuer Möglichkeiten - stecken sollten. Denn nur dann hat die Kostendiskussion, die wir in Deutschland zu Recht führen, ein Ende. Aber wir haben eine Kosten- und eine Innovationskrise. Deshalb müssen wir auf beides achtgeben, und deshalb wäre es gut, wenn auch das Land in innovative Bereiche investieren und damit den Unternehmern zeigen könnte: Es lohnt sich, an diesem Standort zu bleiben. Wir tun alles für gute Rahmenbedingungen. Kehrt zurück von den Ländern, in die ihr euch verzogen habt, weil ihr auf die Dauer hier in Deutschland, vor allen Dingen hier in Nordrhein-Westfalen, besser untergebracht seid! Das muß die Botschaft in diese Tage hinein sein.

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bereich der Zukunftsinvestitionen - ich habe die Themen Schule und Hochschule genannt - ist zu beachten, daß sie zum Teil in der ureigensten Zuständigkeit der Länder liegen. Wir sind stolz auf diesen Föderalismus und müssen ihn mit Leben erfüllen. Föderalismus heißt, daß wir als Land Nordrhein-Westfalen zum Beispiel im Bereich der Hochschulen für 90 Prozent der Aufwendungen die Verantwortung tragen.

(Ministerin Anke Brunn: 95 Prozent!)

Deshalb darf man die Schuld, wie das in diesen Tagen wieder passiert, nicht dauernd auf Bonn schieben.

Ich mache Ihnen einmal einen Vorschlag, Frau Brunn - ich lese und höre das ja alles, was Sie im Rundfunk und sonstwo tönen -: Vielleicht könnten wir uns einmal gemeinsam überlegen, ob wir nicht versuchen sollten, die Hindernisse der Mischfinanzierung - die Ihnen natürlich die Möglichkeit bieten, dauernd zu sagen, der Bund gebe

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) nicht genügend Geld, deshalb könne man den Hochschulbau nicht genügend finanzieren - in bestimmten Bereichen endgültig abzuschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir müssen dazu kommen - und die Länder sind aus meiner Sicht dazu stark genug -, daß wir z. B. im Bereich des Hochschul- und des Wohnungsbaus selber entscheiden, was Sache ist. Dann wäre auch der Wettbewerb zwischen den Ländern wieder einmal ausgeprägt, und es könnten Verantwortlichkeiten festgemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben unsere ganze Unterstützung, wenn Sie versuchten, insofern etwas in Bewegung zu bringen. Und, Frau Bruns, Sie geht es auch an - das ist klar -, und es geht ebenso den Wohnungsbauminister an. Sie müssen allerdings wissen: Sie haben dann nicht mehr die Gelegenheit, dauernd mit dem Finger irgendwo anders hinzudeuten, sondern Sie sind dann selber verantwortlich. Ob Sie das auf Dauer können, dahinter mache ich große Fragezeichen. Aber wir wollen es. Und wenn Sie sich dem anschließen, begrüßen wir es.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Weil ich gerade bei Frau Brunn bin: Man muß natürlich feststellen, daß Nordrhein-Westfalen das Schlußlicht bei den Grundmitteln der Länder für Forschung und Lehre je Student bildet. Im Jahre 1996 wurden hier 10 900 DM pro Student ausgegeben - das ist viel Geld -, in Bayern 17 700 DM und in Baden-Württemberg 17 800 DM. Das muß doch irgend etwas mit Landespolitik zu tun haben, Frau Brunn. Sie können doch nicht dauernd erklären, Sie seien leider im Bund-Länder-Finanzausgleich zu großen Zahlungen verpflichtet, tun aber nichts dagegen! Sie können im Hinblick auf die Mischfinanzierung nicht dauernd beklagen, der Bund gäbe nicht genug, tun aber nichts dagegen! Unser Prinzip muß lauten: Wir kämpfen für die Verlagerung von Verantwortlichkeiten vom Bund auf die Länder und für die Verlagerung von Verantwortlichkeiten von den Ländern auf die Kommunen; denn die können zum Teil mit Geld auch besser umgehen, als wenn wir ihnen alles vorschreiben und sie an der kurzen Leine führen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mich mit Facetten der Zukunft beschäftigen, müssen wir über Existenzgründer sprechen.

- (C) Ich habe das im Wahlkampf vorgetragen, habe die Defizite offengelegt. Ich bin froh gewesen, daß der Wirtschaftsminister dieses Thema dann aufgegriffen hat, daß er herumgelaufen ist mit dem Motto: Jawohl, wir brauchen mehr Existenzgründer. Es gibt die "GOI"-Initiative, es gibt verschiedene Initiativen, es gibt eine von Privaten, die sehr gut läuft.

Wir stellen fest: Es fehlen 170 000 Selbständige und damit 500 000 bis 700 000 Arbeitsplätze, wenn wir es vergleichen, wie viele Selbständige pro 100 000 Einwohner es in anderen Ländern gibt.

(Walter Grevener [SPD]: Machen Sie Planwirtschaft?)

- Dümmer kann es doch wohl nicht sein! Entschuldigen Sie mal, ich mache doch keine Planwirtschaft, wenn ich mich darauf berufe, daß uns diese Selbständigen im Vergleich zu der Zahl in anderen Bundesländern fehlen. Denn alle, auch Sie, sagen: Nur in diesem Bereich werden die Arbeitsplätze geschaffen. Deshalb müssen wir uns stärker darauf konzentrieren!

(Beifall bei der CDU)

- (D) Wenn ich mir anschau, wie sich dieser Bereich entwickelt hat, dann sehe ich: In 1996 in Nordrhein-Westfalen plus 1,4 %, in Baden-Württemberg plus 3,35 %, in Bayern plus 7,45 %, und das dann sogar von einer höheren Grundgesamtheit; insofern muß man jetzt auch fair sein, denn ich habe vorhin auch eine Einschränkung vorgenommen, als sich diese zugunsten von Nordrhein-Westfalen auswirkte. Sie haben mittlerweile erkannt und geben es auch zu - Wirtschaftsminister Einert genauso wie Minister Clement -, daß Sie zu lange auf die Großen in diesem Land geschaut haben. Ich finde es schön, daß Sie es erkennen. Nur leider haben wir auf diese Weise wieder viele Jahre verloren. Wir haben Ihnen das Ganze schon vor zehn Jahren vorgetragen, sind dafür aber nur beschimpft worden.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn ich mir anschau, wie sich der Bereich der modernen Technologien unter dieser Koalition entwickelt, sehe ich, daß sich bei der Gentechnologie die SPD ordentlich und in die richtige Richtung bewegt hat, daß sie aber mit den GRÜNEN einen unglaublichen Klotz am Bein hat. Die GRÜNEN sagen es öffentlich, daß sie von all dem

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) nichts halten. Wenn die Koalition ein solches Signal in die Bevölkerung sendet, wird die Frage laut: Was muß ich denn jetzt glauben? Wo wird eigentlich irgend etwas bewegt, wenn es nicht gerade Herr Rüttgers zusammen mit dem Wirtschaftsminister bewegt oder wenn sich nicht, wie etwa bei Verkehrsprojekten - beispielsweise der A-44-Rheinquerung - im Grunde ausschließlich nur etwas bewegt, wenn der Bundesverkehrsminister die Landesregierung anweist, damit es passiert. Sie waren doch froh, Herr Clement, als Sie aus der Klemme befreit wurden. Frau Höhn wollte nicht, Sie wollten. Der Bundesverkehrsminister hat Sie dann angewiesen, und dann lief es Gott sei Dank. Aber das kann doch in unserem Land nicht die Regel sein! Es muß doch von dieser Koalition einmal ein gemeinsames Zeichen gesetzt werden!

(Beifall bei der CDU)

Und wenn ich mir Stichworte wie "Ahaus" und andere anschau, dann weiß ich, was uns im nächsten Jahr bevorsteht. Ich bedanke mich - ich betone es - ausdrücklich beim Innenminister, der in der Frage "Ahaus" sehr klare Signale gesetzt hat, und hoffe, daß er dies auch durchhält.

(B) Meine Damen und Herren, Herr Mahlberg, der ausgeschiedene Chef des DGB in Nordrhein-Westfalen, hat erklärt, daß der ganze Industriemix bei uns nicht mehr stimmt. Ich denke, daß wir bei uns im Lande enorm an Risikofreude verloren haben. Der unternehmerische Geist, der auch von politisch Verantwortlichen ausgehen muß, der ist abhanden gekommen. Und deshalb sind viele Verhältnisse bei uns so, wie sie sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe des öfteren schon Sie, Herr Ministerpräsident, daran erinnert, daß das schöne Wort von Ihnen "Wandel braucht Zeit" eine Formel war, die in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre vielleicht noch ihre Berechtigung hatte, weil wir mit viel Geld bei sehr viel langsamerem Tempo der Entwicklung versuchen konnten, jeden in dieser Entwicklung mitzunehmen. Und natürlich ist es unser Bestreben, möglichst jeden mitzunehmen. Aber Sie können es in der heutigen Zeit bei diesem Tempo nicht mehr. Sie werden überholt von anderen. Und wenn Sie diese Formel weiter vortragen, dann ist sie sehr sympathisch, aber sie schädigt das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Ein paar Schlaglichter auf diese Regierung und ihre Führungsschwäche! Das betrifft nicht nur Garzweiler II. Denn wenn Sie sich die Haushaltsberatungen noch einmal vor Augen führen: Da widerspricht Frau Landsberg Herrn Clement, und das in einer Form, daß es sich gewaschen hat! Ich weiß gar nicht, wo sich eigentlich Gemeinsamkeiten in der Wirtschaftspolitik finden lassen. Da widerspricht der GRÜNE Herr Busch Herrn Clement und erklärt: Viele gute Worte sind keine Taten! - Recht hat er! Aber was ist denn das für eine Koalition? Da widerspricht die GRÜNE Frau Schumann Frau Behler von der SPD und enthält sich beim Schuletat! Die schulpolitische Sprecherin der GRÜNEN enthält sich beim Schuletat!

(Beifall bei der CDU)

Und dann setzt sie noch eins oben drauf und erklärt, die Geduld mit der SPD ginge bei ihr und den GRÜNEN langsam zu Ende.

"Herzlichen Glückwunsch zu dieser Koalition!", kann ich da nur sagen.

(Beifall bei der CDU)

Die GRÜNE Frau Fitzek widerspricht Frau Brunn und enthält sich beim Wissenschaftsetat. Also, das sind doch Stücke aus dem Tollhaus, das müssen Sie sich doch einmal vorstellen. In welcher Koalition leben Sie hier eigentlich?

(Beifall bei der CDU - Gegenruf des Loke Mernizka [SPD]: In einer lebendigen!)

- Ich muß Ihnen etwas ehrlich sagen, Kollege Mernizka: Ich weiß doch, daß Sie es fast genauso sehen wie ich. Nur: Sie lassen sich hier dauernd verbiegen, um einigermaßen das Ziel der Bundestagswahl zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Da widerspricht die GRÜNE Frau Koczy Herrn Horstmann. Ich meine, es ist nicht schwer, Herrn Horstmann zu widersprechen.

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist normal - Lachen beim Minister Dr. Axel Horstmann und Frau Ute Koczy [GRÜNE], die mit ihm an der Regierungsbank spricht. - Zuruf von der CDU: Da stehen sie wieder zusammen! - Lachen bei der CDU)

- Ja, da stehen sie, herrlich!

Also, Herr Horstmann, da verkünden Sie Maßnahmen für das GTK, also für die Kindertages-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) stätten, und die Frau Koczy läuft draußen herum und verkündet genau das Gegenteil. Sie erinnert sich überhaupt nicht daran, daß die GRÜNEN-Minister im Kabinett mit gestimmt und daß die Fraktion mit gestimmt haben. Dann erzählt auf einmal die Basis, daß es so nicht geht, und dann macht sie draußen gegen die eigene Regierung mobil und bildet die Opposition gegen die eigene Regierung. - Was sollen die Menschen draußen eigentlich noch von einer solchen Koalition halten?

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Herr Bajohr widerspricht Herrn Schlußer und Herrn Trinius locker vom Hocker in diesem Parlament.

Meine Damen und Herren, Sie eint offensichtlich nur die Machtversessenheit auf Kosten der Menschen im Lande.

(Beifall bei der CDU)

Es geht in der Endphase dieser Koalition offensichtlich nur noch um den Erhalt von Ministersesseln. Das ist das Wichtigste gewesen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Und wie oft die GRÜNEN in diesen zweieinhalb Jahren schon umgefallen sind, das kann man gar nicht mehr zählen.

(Heinz Hardt [CDU]; Saltomeister!)

Darum meine ich, daß man an dieser Stelle einmal an das erinnern muß, was die grüne Gründungsmutter der Partei, Jutta Dittfurth, seinerzeit bei ihrem Abschied gesagt hat.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das müssen wir uns von Ihnen aber nicht sagen lassen!)

- Ich weiß, es tut Ihnen weh. Trotzdem muß ich es vortragen. Sie hat wörtlich erklärt - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

"Die Grünen sind eine kleine anpasserische Partei geworden, die für Geld, vermeintlichen politischen Einfluß und Anerkennung heute fast alles tun."

(Beifall bei der CDU - Heftiger Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das ist die bittere Erkenntnis.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege (C) Dr. Linssen, ich darf Sie einmal unterbrechen. Möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Löhrmann zulassen?

Dr. Helmut Linssen (CDU): Aber gerne!

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Löhrmann, bitte sehr.

Sylvia Löhmann (GRÜNE): Herr Dr. Linssen, eben haben Sie noch gesagt, wir führten die SPD am Nasenring durch die Arena. Jetzt sagen Sie, wir würden immer umfallen. Was stimmt denn jetzt?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Zuruf von der CDU: Beides!)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Bei dem Thema Garzweiler gilt das erstere von dem, was Sie gesagt haben,

(Unruhe - Glocke)

und bei allem anderen haben der Fraktionsvorsitzende der SPD, Friedhelm Farthmann, und sein Nachfolger recht, wenn sie sagen: Du mußt sie peinigern, bis sie umgefallen sind. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Bündnis des Mißvergnügens sendet nicht nur falsche Signale für den Wirtschaftsstandort, sondern auch für die gesamte gesellschaftspolitische Entwicklung bei uns.

Ich will daran erinnern, daß bei aller selbstverständlichen Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensformen für uns klar ist, daß wir keineswegs die Auffassung des Kollegen Appel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Eignung von gleichgeschlechtlichen Partnern als Pflegeeltern teilen; ich denke, der Ministerpräsident sieht das nicht anders.

(Roland Appel [GRÜNE]: Wieso denn! Begründen Sie das doch einmal!)

Ich möchte aber den Ministerpräsidenten bitten, den Sozialminister darauf hinzuweisen, daß Ehe und Familie in Artikel 5 der Landesverfassung als

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft anerkannt werden

(Beifall bei der CDU)

und, meine Damen und Herren, unter dem besonderen Schutz des Landes stehen. Gleichgeschlechtliche Lebensformen bedürfen der Toleranz, nicht aber der besonderen Förderung durch das Land.

(Beifall bei der CDU)

Sie setzen falsche Signale in dieser Koalition, wenn Sie das Diskriminierungsverbot für die Polizei - dieses wollten Sie in die Landesverfassung schreiben, es ist aber an unserem Widerstand gescheitert -

(Haha-Zurufe von der SPD)

in das Beamtengesetz schreiben wollen - dieser Gesetzentwurf liegt ja im Ausschuß vor - und nun versuchen, dies auf einmal durch die Einführung von sechs "Aufpassern" - so Herr Appel bezüglich der Ombudsmänner - zu realisieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Polizei schützt die Bürger, und es gilt nicht: Die Bürger müssen vor der Polizei geschützt werden.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die Polizei, meine Damen und Herren, braucht Rückhalt und keine Vorhaltung. Sie braucht Vertrauen und die Unterstützung der Politik, und wir von der CDU sind bereit, ihr dieses Vertrauen zu geben. Die Polizei braucht klare Signale von der Politik, und sie braucht Rechtssicherheit. - Wie soll sie diese bei einer Strategie der Bagatellisierung und Verharmlosung von Alltagskriminalität bekommen?

Das paßt nicht zusammen, Herr Innenminister, und ich denke mir, daß wir auch im Falle der Fixerstuben, die jetzt "schöndeutscherisch" mit "Gesundheitsräumen" umschrieben werden, Recht tun, wenn wir ganz vehement dagegen angehen.

(Beifall bei der CDU)

Denn der Beschluß, den Sie im Kabinett gefällt haben, ist gegen geltendes Recht gefaßt worden.

(Heidi Berger [SPD]: Unmöglich!)

Für die Einrichtung von Fixerstuben wollen SPD und GRÜNE im nächsten Jahr 1,5 Millionen DM zur Verfügung stellen. Nach Auffassung unserer Fraktion, meine Damen und Herren, wird damit eine drogenpolitische Weichenstellung vorgenommen, die - ich sage es ganz deutlich - nur ins Unglück führen kann.

(Beifall bei der CDU)

Bezeichnend ist, daß der Versuch unternommen wird, diese Fixerstuben entgegen dem Rat des eigenen Justizministers durchzusetzen. Dieser ist jedenfalls im Zusammenhang mit der Frage nach der Rechtmäßigkeit von Fixerstuben in der "Rheinischen Post" vom 24. November dieses Jahres mit dem Satz zitiert worden: "Ich warne davor, gegen das Recht zu verstoßen." - Recht hat er!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dies sind keine Hilfen, sondern sie dienen nur der Verlängerung der Sucht, aber nicht dem Ausstieg aus der Sucht.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Immer das gleiche!)

Ich denke, es ist unsere Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß dies nicht der erste Anstoß zur staatlichen Abgabe von Heroin wird.

(D)

Wir dürfen, meine Damen und Herren, die Drogenabhängigen mit ihrer Sucht nicht alleine lassen. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, die von der rot-grünen Mehrheit für die Fixerstuben vorgesehenen Mittel in Höhe von 1,5 Millionen DM für die Bereiche Prävention und Nachsorge einzusetzen. Wir müssen den Drogenabhängigen helfen, sich aus den Fesseln ihrer Sucht zu befreien. Das ist allemal menschlicher, als die Sucht, wenn auch vielleicht in einer angenehmeren Umgebung, zu verlängern. Kehren Sie um auf diesem falschen Weg, Sie führen die Betroffenen in eine Sackgasse!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Kriminalität ist in den letzten zwanzig Jahren enorm gestiegen; das alles wissen wir. Dabei ist der Anteil reisender Krimineller, also der importierten Kriminalität, besonders groß geworden. Dessen müssen wir uns mit allen Mitteln annehmen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Jetzt fangen Sie wieder mit Ihrer Hetze an! - Widerspruch bei der CDU)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) - Herr Appel, vielleicht ist es einmal möglich, daß man hier ruhig und nüchtern darüber sprechen kann, was die Kriminalitätsstatistik aussagt,

(Roland Appel [GRÜNE]: Jetzt sind Sie wieder bei den Ausländern!)

und daß man die Menschen bei uns vor Kriminellen, die hier einreisen und ihr Unwesen treiben, schützt. Das ist die Aufgabe von Politikern,

(Beifall bei der CDU)

Gerade im Interesse der hier lebenden ausländischen Mitbürger müssen wir das tun. Wir müssen es tun mit Repression, und wir müssen es tun mit Prävention. Dazu gehört auch, daß sich diese Regierung darüber Gedanken macht, wie man die Integration der rechtmäßig hier Lebenden intensiver nach vorn bringt. Das fängt mit Schulbetreuungsprogrammen an, und das fängt mit dem sprachlichen Unterricht in der Vorschule und in der Schule an.

(Roland Appel [GRÜNE]: Ändern Sie das Staatsbürgerschaftsrecht, Herr Linssen!)

Meine Damen und Herren, das Problem der rot-grünen Landesregierung ist: Sie schwächt mit ihrer Politik den nordrhein-westfälischen Standort. Sie verprellt hier ansässige Unternehmen. Sie schreckt potentielle Investoren ab. Sie läßt kaum Vertrauen und Planungssicherheit aufkommen.

(B)

Das Problem der Koalition ist - das hat Frau Höhn einmal sehr klar ausgedrückt -, daß die Koalition keine positive Ausstrahlung hat. Recht hat sie!

(Beifall bei der CDU)

Das hat schlimme Folgen für unser Land. Rot-Grün an Rhein und Ruhr - ein Modell für Bonn? Gott bewahre uns!

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hälfte der Legislaturperiode ist vorbei. Zweieinhalb Jahre vertane Zeit! Diese Regierung hat dem Land Zeit gestohlen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben nicht gegenüber denjenigen mit Rücktritt gedroht, die als Ihr Koalitionspartner permanent Arbeitsplätze in un-

serem Land aufs Spiel setzen. Sie, Herr Ministerpräsident, haben gegenüber denjenigen mit Rücktritt gedroht, die sich als Mitglieder der SPD-Fraktion berechnende Sorgen um Arbeitsplätze in unserem Land machen.

(C)

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Sie haben es getan, um Frau Höhn 2 Millionen DM zu verschaffen, mit denen sie Chancen auf Arbeitsplätze vernichten wird. Sie haben sich damit - entgegen anderen Versprechungen - zum Handlanger der Garzweiler-Gegner gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben einmal gesagt: Wer seinen Rücktritt ankündigt, kann gleich gehen. - Wir sagen: Wer mit Rücktritt drohen muß, der wäre besser schon vorher gegangen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb: Treten Sie zurück, Herr Ministerpräsident, bevor die Krise Ihrer Landesregierung vollends zur Krise unseres Landes wird.

(Bravol und anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU - Viele Abgeordnete der CDU-Fraktion erheben sich.)

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Matthiesen für die Fraktion der SPD das Wort.

(Oliver Wittke [CDU]: Judas! - Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Zurufe von der SPD. Unglaublich! - Unruhe)

Wer war das?

(Oliver Wittke [CDU] meldet sich: Ich nehme es zurück! - Klaus Matthiesen [SPD]: Ich beginne meine Rede nicht, Herr Präsident, bevor das nicht geklärt ist!)

Herr Kollege Wittke, Sie haben den Begriff "Judas" gebraucht. Ich rüge Ihr Verhalten und rufe Sie zur Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(A) **Klaus Matthiesen** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin noch nicht ganz befreit von diesem Zwischenruf.

(Oh-Rufe bei der CDU - Laurenz Meyer [CDU]: Im Verteilen ganz groß, aber beim Einstecken hapert es! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Es ist ja sehr schön, daß Ihre Reaktion sozusagen noch als Billigung verstanden werden kann.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir beraten heute den Landeshaushalt. Viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande hören und schauen uns zu. Weil der Haushaltsentwurf, den wir heute beraten, der Haushaltsentwurf der gesamten Landesregierung und auch dieser Koalition, aber insbesondere eines Mannes ist, der heute wegen seiner Erkrankung nicht anwesend sein kann, nämlich unseres Finanzministers Heinz Schleußer, wobei ich davon ausgehe, daß er, wenn er es kann, diese Debatte verfolgt, möchte ich ihm im Namen der SPD-Landtagsfraktion und, wie ich denke, im Namen des gesamten Hohen Hauses gute Genesungswünsche zurufen.

(Allgemeiner Beifall)

(B) Es geht, meine Damen und Herren, bei diesem Landeshaushalt um ein Stück Zukunft für unser Land.

(Zuruf von der CDU: Schön wär's!)

Bei aller Notwendigkeit, über wichtige Einzelkomplexe miteinander zu reden, muß der Landeshaushalt im Gesamtzusammenhang politisch diskutiert und bewertet werden. Es ist schon typisch für den Oppositionsführer, daß er die politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und finanziellen Rahmenbedingungen, denen auch wir in Nordrhein-Westfalen unterliegen, weil wir in den Gesamtstaat eingebettet sind, mit keinem einzigen Satz erwähnt hat. Kein Wort von ihm zu den Rahmenbedingungen, die uns beschweren, dafür aber alleiniges Abheben auf landespolitische Verantwortung, die wir, Herr Ministerpräsident, was unseren Teil anbetrifft, gar nicht leugnen.

Ich möchte mich an diesem Punkt Ihnen, Herr Oppositionsführer, zuwenden, weil Sie sich an die Adresse unseres Ministerpräsidenten mit dem Ziel gerichtet haben, ihn unter dem Motto zu stig-

matisieren, daß ihm - so habe ich es jedenfalls gehört - der Bestand dieser Koalition wichtiger sei (C)

(Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

- bleiben Sie einmal ruhig! - als die Interessen unseres Landes.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen dazu in aller Deutlichkeit: Wer wie Johannes Rau, Ministerpräsident weit über ein Jahrzehnt für unser Land und in diesem Land, wer wie Johannes Rau, wie kein anderer während seiner Amtszeit die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen zu seinen eigenen gemacht hat, der gehört nicht nur in Schutz genommen vor solchen unflätigen Angriffen, sondern dann halte ich Ihnen auch entgegen, verehrter Oppositionsführer: Wenn Sie nur ein Zehntel dieser Leistung für unser Land erbracht hätten wie Johannes Rau, dann wären Sie ein guter Oppositionsführer. Aber Sie haben nicht einmal dieses eine Zehntel gebracht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Das war aber billig!)

Ich füge hinzu: Die Interessen des Landes haben auch - ob es Ihnen paßt oder nicht - mit der Koalition insofern zu tun, als das Land eine handlungsfähige Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit braucht. Und das Land hat diese handlungsfähige Regierung. (D)

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt wird beraten in einer sich zuspitzenden ökonomischen, sozialen und finanziellen Krise der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe wiederholt - ich sage das auch hier - keinen Hehl daraus gemacht, daß mich die Gesamtentwicklung tief besorgt macht.

Wir haben eine Massenarbeitslosigkeit, wir reden noch gar nicht über die Millionen, die sich außerhalb der Statistik befinden, wir haben eine Zunahme der illegalen Arbeit - wir liegen jetzt bei geschätzten fast 3 Millionen illegalen Arbeitsverhältnissen -, wir haben fast 7 Millionen sogenannte 610 DM-Jobs. Das alles ist nicht nur ein schreckliches Ausmaß des Fehlens von Erwerbsarbeit und damit ein riesiges ökonomisches Problem, sondern es ist gleichzeitig ein zentraler Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme und eine zentrale Erschütterung aller sozialen Sicherungssysteme. Unsere sozialen Sicherungssysteme

(Klaus Matthiesen [SPD])

(A) sind darauf aufgebaut, daß Leistungen für viele nur dann gewährt werden können, wenn es Beiträge durch viele gibt. Deshalb ist das ein Alarmzeichen für alle sozialen Sicherungssysteme.

Die Folge ist, daß wir auf allen Ebenen der öffentlichen Hände eine zunehmende Zerrüttung der öffentlichen Finanzen haben. Dies, verehrter Herr Oppositionsführer, können Sie bei aller sonst legitimen Oppositionsattacke nicht dem Ministerpräsidenten und seiner Regierung anlasten, sondern das ist ausschließlich und allein dieser Bonner Koalition anzuheften, die durch Fehlentscheidungen vieler Art das Land in diese Sackgasse und Krise geführt hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will Ihnen das an einem dramatischen Punkt, der viel mit dem Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen zu tun hat, belegen: Wir hatten früher immer die Gleichung Steigerung des Brutto- sozialproduktes - Steigerung des Wirtschaftswachstums - gleich Steigerung der Steuereinnahmen. Wir haben heute - das ist das eigentlich historische Alarmzeichen - eine Entkopplung von dieser Entwicklung. Die Entwicklung der Steuereinnahmen ist nicht mehr identisch mit den Steigerungsraten des Wirtschaftswachstums und des Brutto- sozialproduktes. Diese Entwicklung, die von vielen Menschen im Lande überhaupt noch nicht wahrgenommen worden ist, ist als dramatisch zu kennzeichnen. Denn die wegbrechenden Steuereinnahmen führen zu einer Krise der Staatsfinanzen.

(B)

Das wirkt sich in doppelter Weise aus: Die Entwicklung der Steuereinnahmen bleibt immer stärker hinter dem ohnehin schon schwachen Wachstum der wirtschaftlichen Leistung zurück, und die öffentlichen Haushalte lassen sich nicht mehr seriös kalkulieren. Das zerstört die Basis für eine planvolle Haushalts- und Finanzpolitik.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden ist weder zufällig noch naturgegeben. Sie ist das Ergebnis einer Fehlsteuerung der letzten Jahre durch die Bonner Politik. Das hat fatale Folgen für Länder und Kommunen.

Daß Sie, Herr Oppositionsführer, mit keinem einzigen Wort auf diese Entwicklung eingegangen

sind, kennzeichnet Ihren begrenzten politischen Horizont (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und Ihre dahintersteckende Absicht, allein diese Landesregierung für den Scherbenhaufen der Bonner Politik, den wir in den Ländern und in den Kommunen aufzuräumen haben, verantwortlich zu machen. Das glaubt Ihnen keine Zuhörerin und kein Zuhörer im Lande Nordrhein-Westfalen, die bisher diese Debatte verfolgt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Besorgniserregend kommt hinzu - vielleicht nutzt eine Debatte bei aller Begeisterung für die Rede Ihres Oppositionsführers, um auch noch bei Ihnen ein offenes Ohr für wirkliche Fakten zu finden -, daß in früheren Jahren Einbrüche bei den Steuereinnahmen in erster Linie auf die großen Gemeinschaftssteuern wie Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer zurückzuführen waren. Die reinen Landessteuern ließen sich dagegen relativ zuverlässig voraussagen. Seit dem Inkrafttreten des Jahressteuergesetzes 1997 ist es damit vorbei. Jetzt gilt für die Landessteuern die gleiche Unsicherheit.

Die Bundesregierung hat gegen den Willen der Mehrheit der Länder dafür gesorgt, daß die Vermögensteuer, eine der wichtigsten Landessteuern, seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben werden kann. Zum Ausgleich wurden die Erbschaftsteuer und die Grunderwerbsteuer so erhöht, daß die Länder 90 % ihres Verlustes ausgeglichen bekommen sollten. Nun haben wir zu verzeichnen - das ist besorgniserregend und geht weit über den Haushalt 1998 hinaus -, (D)

(Albert Leifert [CDU]: Ihr habt doch mitgemacht!)

daß die Erbschaftsteuer und die Grunderwerbsteuer nicht den Ausgleich bringen werden, der den Ländern für den Wegfall der Vermögensteuer zugesagt worden ist.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr habt doch zugestimmt!)

Im Gegenteil: Die westlichen Flächenländer haben bis Ende September nicht mehr Erbschaftsteuer eingenommen als 1996, Herr Oppositionsführer, sondern weniger. Diese negative Entwicklung bei den Landessteuern führt dazu, daß die Steuer-

(Klaus Matthiesen [SPD])

- (A) mindereinnahmen in diesem Jahr die Länder in ganz besonderer Weise treffen.

Hinzu kommen - das haben viele auch noch nicht begriffen - Unsicherheiten bezüglich des Aufkommens der Kfz-Steuer, weil der Gesetzgeber mit einem so schnellen Umstieg der Käufer auf ökologisch verträglicherer Fahrzeuge, was umweltpolitisch richtig ist, steuerpolitisch nicht gerechnet hat.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren deshalb zu zwei Fehlentwicklungen geführt, die gleichermaßen gefährlich und nicht akzeptabel sind. Verehrter Herr Kollege Dr. Linssen, wenn Sie als Oppositionsführer wirklich Interessenvertreter unseres Landes wären, was ist das dann für eine Haushaltsrede gewesen, die nicht einen einzigen Punkt der Anforderung an die Bonner Regierung^h enthalten hat, das aus den Fugen geratene Gleichgewicht der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wieder in ein vernünftiges Maß zu bringen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie stellen sich hierhin und bejammern, daß unsere Investitionsquote zu niedrig ist. Wer will das denn nicht beklagen? Wenn wir könnten, würden wir doch die Investitionsquote auch erhöhen. Aber Sie verschweigen, wer

(B)

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

die Verursacher dafür sind, daß uns eine Verstärkung der Zukunftsinvestitionen nicht möglich ist.

Zugleich wurde die steuerliche Belastung der Durchschnittsverdiener immer weiter erhöht. Mit jedem Schritt in der langen Reihe der sogenannten Steuerreformgesetze - ich kann das Wort Reformgesetz kaum noch in diesem Zusammenhang in den Mund nehmen -, zuletzt mit dem Jahressteuergesetz 1997, ist unser Steuersystem ungerechter geworden.

Das Steuersystem führt dazu - die Menschen in unserem Lande wissen das und sollen es heute auch in dieser Debatte erfahren -, daß viele Bezieher hoher Einkommen durch eine Unzahl von Steuerprivilegien entlastet werden und Normalverdiener und alle, die die kleine und mittlere Einkommen haben, zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben weiter stärker beitragen müssen, als das angemessen und für sie vertretbar ist.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang vorhin von einer nach Ihrer Auffassung "schwindenden Moral" reden, dann frage ich einmal: Wer hat sich denn die geistig/politisch/moralische Wende auf die Fahnen geschrieben? Wie kommen Sie dazu - wenn man die Steuermoral durch die Politik der Bundesregierung so verkommen läßt, wie das heute der Fall ist -, sich als Hüter einer angeblich verfallenden Moral hier aufzuspielen, ohne wirklich diejenigen zu nennen, die uns in diese Situation geführt haben?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Steuermoral in Deutschland ist auf dem Wege, gen null zu gehen. Das ist der eigentliche gesellschaftspolitische Skandal, den nicht der Ministerpräsident Rau und seine Landesregierung, sondern der Bundeskanzler Kohl und seine Bundesregierung, damit auch Ihre Partei, mit zu verantworten haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nun stimme ich Ihnen an einem Punkt zu: Deutschland braucht eine Steuerreform. Da sind wir meiner Meinung nach alle nicht auseinander.

(Zuruf von der CDU: Dann mal los!)

- Nein, die Frage lautet nur: Wie sieht sie aus? Da füge ich gleich hinzu: Deutschland kann sich keine Steuerreform leisten, die dazu führt, daß die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden noch einmal um rund 30, 40 oder 50 Milliarden DM geringer werden.

Es geht vielmehr darum, mit einer Steuerreform das Steuerrecht transparenter und einfacher, gerechter und familienfreundlicher zu machen; es geht darum, Steuerprivilegien zu streichen, Steuerschlupflöcher konsequent zu stopfen und die Verbrauchsteuern so zu erhöhen, daß die Sozialversicherungsbeiträge deutlich gesenkt werden können.

Ich bringe es auf einen Satz - er ist nicht neu; viele wissen, daß es mich tief besorgt macht -: Es geht schlicht um die Erhaltung der staatlichen Handlungsfähigkeit.

Um das einmal in wenigen Zahlen auszudrücken: Vor sechs Jahren hatten wir in Nordrhein-Westfalen noch einen 20%igen Anteil am Gesamtsteueraufkommen durch die veranlagte Einkommensteuer. Heute tendiert das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer gen null.

(C)

(D)

(Klaus Matthiesen [SPD])

- (A) Die kleinen Leute verlieren ihren Glauben an den Staat, wenn sie hören und lesen müssen, daß sich Einkommensmillionäre systematisch jeder Steuerverpflichtung entziehen, aber sie ständig die dadurch entstehenden Mehrlasten tragen müssen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen Herr Oppositionsführer, wenn Sie hier über Steuerreformen reden - ich denke auch, daß Sie das im Kern begriffen haben jedenfalls will ich Ihnen das zugestehen -: Es steht in der Republik gerade bei dieser Frage viel auf dem Spiel, nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern nach meiner Überzeugung auch der Nachweis der Handlungsfähigkeit von Politik, und es steht auf dem Spiel, daß die Menschen, vor allen Dingen diejenigen, die jeden Tag ihrer harten körperlichen Arbeit nachgehen und nachgehen müssen, ihren Glauben an die Gerechtigkeit in unserem Gemeinwesen nicht verlieren. Deshalb bin ich an diesem Punkt - das hat viel mit dem Landeshaushalt zu tun - tief besorgt und habe das auch, wie Sie wissen, wiederholt kundgetan.

- (B) Die jüngste Steuerschätzung vom November hat ergeben, daß Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr rund 18 Milliarden DM weniger einnehmen als noch im Mai geschätzt. 1998 werden Steuerausfälle bei rund 31 Milliarden DM liegen.

Das heißt konkret für Nordrhein-Westfalen: Seit der Einbringung des Haushaltsentwurfes 1998 in den Landtag durch die Landesregierung müssen bis 1998 weitere Steuerausfälle in Höhe von 1,75 Milliarden DM erwartet werden. Hinzu kommt: Im Gegensatz zur Einschätzung für die übrigen finanzstarken Länder erhöht sich die relative Finanzkraft Nordrhein-Westfalens. Von daher müssen die bereits im Haushaltsplan 1998 mit 3,1 Milliarden DM etatisierten Mittel für den Länderfinanzausgleich um weitere 300 Millionen DM erhöht werden.

Nun haben Sie an diesem Punkt den Eindruck erweckt, es gebe eine große Gemeinsamkeit zwischen Ihnen und mir, aber dann wiederum einen Dissens zwischen mir und der Landesregierung. Das ist nicht der Fall.

Ich habe wiederholt - der Ministerpräsident und der Finanzminister haben darauf reagiert - gesagt: Dieser Länderfinanzausgleich ist aus der Sicht Nordrhein-Westfalens überprüfungsbedürftig. Die

Landesregierung hat dies ausdrücklich politisch erklärt, hat aber den Weg der Änderung einer sorgfältigen Prüfung vorbehalten. Und das ist auch korrekt.

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Denn ist gibt zwei Wege: Es gibt den politischen Weg einer Verständigung, auf welcher Basis auch immer, und es gibt den juristischen Weg. Richtig ist, daß man, bevor man vor Gericht geht - der Weg wird grundsätzlich gar nicht ausgeschlossen - zunächst den politischen sucht. Dabei muß klar sein und bleiben - das ist unser Markenzeichen -, daß Nordrhein-Westfalen immer nach innen und nach außen ein solidarisches Land war. Und das muß es bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Insofern werden wir die weiteren Entwicklungen aufmerksam verfolgen. Ich bin ganz sicher, daß die Landesregierung die geeigneten Schritte unternehmen wird, um zu einer neuen Vereinbarung zu kommen, die - ich drücke es einmal vorsichtig aus, Herr Ministerpräsident - ein bißchen weniger ungerecht ist als die jetzige. Denn daß die Trauben gerade bei diesem Thema ganz niedrig hängen, davon sind weder Sie noch ich überzeugt.

- (D) Die Aufstellung des Landeshaushalt 1998 war ein finanzpolitischer Kraftakt. Die meisten Ansätze mußten gekürzt werden, konnten bestenfalls überrollt werden. Als ehemaliger Minister weiß ich, wie Ressortchefs und -chefinnen darunter zu leiden und auch schwer daran zu tragen haben. Trotz weitreichender Einsparungen, trotz Konzentration auf absolut vordringliche Aufgaben war eine geringe Ausweitung der Schuldenaufnahme unvermeidlich.

Mit dem Nachtragshaushalt 1997 war es noch einmal gelungen, Einnahmeausfälle von rund 1,8 Milliarden DM aufzufangen, ohne die Neuverschuldung anzuheben. Für 1998 und die Folgejahre werden die Einnahmeausfälle allerdings ein Ausmaß erreichen, das trotz äußerst restriktiver Ausgabenplanung nicht mehr nur durch Einsparungen zu kompensieren ist.

Die Nettokreditemächtigung wird 1998 7,3 Milliarden DM betragen. Die Verschuldung bleibt damit unter der Verfassungsgrenze. Sie, verehrter Herr Kollege Dr. Linssen, haben es nicht behauptet, aber es lag ja nahe, daß Sie das sagen. Das Überschreiten der Verfassungsgrenze kommt

(Klaus Matthiesen [SPD])

- (A) nicht in Frage, und zwar weder für den Finanzminister noch für die Landesregierung, noch würde die SPD-Landtagsfraktion das mittragen und - soweit ich das verstanden habe - beide Koalitionsfraktionen auch nicht.

Wir werden deshalb, meine Damen und Herren, weiterhin alles tun, um in den kommenden Jahren die Neuverschuldung, soweit wir es können, zurückzuführen. Das kann allerdings nur dann gelingen, wenn die Einnahmepositionen des Landes, ja aller Länder wieder eine verlässliche Basis erhalten. Deshalb ist und war es notwendig, etwas breitere Ausführungen zu diesem Thema zu machen, damit unsere Menschen im Lande wissen, wie sie und in welche Rahmenbedingungen sie den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalens einzuordnen haben.

Wir müssen im Landeshaushalt 1998 530 Millionen DM mit Hilfe einer globalen Minderausgabe einsparen. Es gibt keine andere Lösung. Wir wissen alle, das ist nicht die denkbar beste aller Lösungen, aber es gibt keine andere. Die globale Minderausgabe gibt der Landesregierung die Möglichkeit, soweit es geht, bei einem immer noch engeren finanziellen Korridor wenigstens noch etwas Entscheidungsspielraum und Flexibilität zu behalten. Globale Minderausgabe - wir wissen, was das bedeutet. Und wir werden auch Forderungen und Beteiligungen des Landes im Wert von rund 500 Millionen DM verkaufen müssen.

- (B) Mir fällt es jetzt sehr schwer zu sagen, aber es muß auch fairerweise angesprochen werden, daß unser Haushaltsplanentwurf für unsere Städte und Gemeinden im Rahmen des allgemeinen Steuerverbundes leider auch Konsequenzen hat. Ich glaube, jeder in diesem Hohen Hause wäre gerne bereit gewesen, wenn es eine andere Möglichkeit gäbe, unser Städte und Kommunen von weiteren Belastungen freizuhalten; denn sie stehen mit dem Rücken zur Wand.

Vorgesehen waren eigentlich 13,4 Milliarden DM. Gegenüber dem Vorjahr hätten die Gemeinden damit 870 Millionen DM mehr zur Verfügung gehabt. Die dramatischen Steuerausfälle, die ich eben skizziert habe und die durch die Steuerschätzung im November bekannt geworden sind, werden jedoch auch die Städte und Gemeinden treffen. Sie müssen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf Einbußen in Höhe von rund 560 Millionen DM verkraften. Ich will erwähnen, daß wir

ein Artikelgesetz auf den Weg gebracht haben - eine der in parlamentarischer Hinsicht besten Leistungen dieser Koalition. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Kommunalisierungsmodell bietet den Gemeinden zusätzlich Handhaben, aber es macht nicht das wett, worüber ich eben geredet habe, und dieser Eindruck darf auch nicht entstehen.

Wir werden also die Kommunen belastet müssen. Das tut allen weh, weil unsere Kommunen als letztes Glied in der Kette mit schweren sozialen Problemen und mit Ausgabesteigerungen, für die sie originär nichts können, zu tun haben. und gegen diese Entwicklung können sie sich auch kaum wehren.

Dennoch gibt es bei all diesen Zwängen auch deutliche Schwerpunkte. Im Mittelpunkt stehen die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen. Anders ausgedrückt: Die zentrale Frage in der Bundespolitik wie in der Landespolitik ist die Frage: Wie schaffen wir für immer mehr Menschen, die Erwerbsarbeit nachfragen, Erwerbsarbeit?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ohne Beantwortung dieser Frage ist weder das Beschäftigungsproblem zu lösen, noch ist das Problem der zunehmenden Erosion unserer sozialen Sicherungssysteme in den Griff zu bekommen. Hier in Nordrhein-Westfalen haben wir trotz beachtlicher Erfolge der Landesregierung und der sie tragenden Fraktion natürlich auch den Trend, den andere ebenfalls beklagen, nämlich in einem atemberaubenden Tempo wegbrechender Industriearbeitsplätze. Wir haben Zuwachs in Dienstleistungsbereichen und sind froh darüber, aber dieser Zuwachs in Dienstleistungsbereichen kann das Wegbrechen in den anderen Bereichen nicht wettmachen. (D)

In diesem Zusammenhang will ich ein Wort zur Energiepolitik und zu dem sagen, was Herr Linsen dazu geäußert hat, aber vielleicht warte ich noch einmal einen Moment ---

(Dr. Helmut Linssen [CDU] befindet sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Plenarsaal. - Laurenz Meyer [CDU], auf die Regierungsbank zeigend: Ihre Leute interessieren sich nicht für Ihre Ausführungen! - Leo Dautzenberg [CDU]: Er verhandelt noch!)

(Klaus Matthiesen [SPD])

(A) In Nordrhein-Westfalen haben wir in der Wirtschaftspolitik neue Konzepte und Instrumente eingeführt. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik steht die Politik für den Mittelstand, insbesondere für das Handwerk. Erfolgreiche Initiativen des Landes sind die Gründungsoffensive, die Meistergründungsprämie und der Ausbildungskonsens NRW, die weit über unser Land hinaus das Interesse an diesen Konzepten und Instrumenten geweckt haben.

Die Gründungsoffensive, für die Minister Clement steht, ist sehr erfolgreich. Im vergangenen Jahr konnten wir in NRW mit 158 000 Gewerbebeanmeldungen einen Gründungsrekord verzeichnen; das ist die höchste Zahl seit 1980. Der Zugewinn lag bei rund 23 000 Unternehmen. Im Rahmen der Gründungsoffensive wurden 28 Gründernetze aufgebaut. Die öffentliche Förderung wurde mit vielerlei Instrumenten verbessert.

(Laurenz Meyer [CDU]: Es interessiert sich niemand dafür, wenn Sie ihn loben!)

- Wissen Sie, wenn man Minister lobt, dann rennen die Mitarbeiter ganz schnell heraus, um das zu verkünden, denn das ist ja ein freudiges Ereignis.

(B) (Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU
- Leo Dautzenberg [CDU]: Dann können Sie auch noch ein paar mehr loben!)

Insofern, Herr Kollege Linssen, gehen Ihre Attacken auf den Wirtschaftsminister nun wirklich ins Leere. Wir sind in Nordrhein-Westfalen mit dieser Gründungsoffensive außerordentlich erfolgreich, und wir werden diesen Kurs unbeirrt fortsetzen,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und zwar auch deshalb, weil wir alle wissen, daß die Chance, um den Arbeitsmarkt wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen, auch die konsequente Nutzung der Gründung von neuen Unternehmen beinhaltet. Ohne dies geht es überhaupt nicht.

Die Meistergründungsprämie hat sich zu einem sehr effizienten Förderinstrument entwickelt. Bisher haben wir damit rund 2 400 Unternehmensgründungen beziehungsweise Betriebsübernahmen mit einem Fördervolumen in Höhe von fast 50 Millionen DM gefördert. Damit konnten über 8 000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Das ist eine Fördersumme von rund 6 000 DM pro Arbeitsplatz.

(C) Das Jahr 1997 stand im Zeichen der Diskussion über die Bereitstellung von Wagniskapital. Ab dem 1. Januar 1998 werden vier Wagniskapitalfonds mit einem Volumen von über 100 Millionen DM ihre Arbeit aufnehmen. Das Land stellt für die Fonds einen Garantierahmen in Höhe von 100 Millionen DM jährlich zur Verfügung. Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft wird in die Lage versetzt, Beteiligungen in einem größeren Maße als bisher einzugehen. Damit ist in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von innovativen Unternehmensgründungen geschaffen worden.

Meine Damen und Herren, das ist auch wiederum solch ein Beispiel, wo die Attacken des Oppositionsführers völlig ins Leere gehen. Wir haben doch die Krise auf dem Arbeitsmarkt, die Krise unserer Sozialsysteme und die Krise der Finanzen nicht erst seit Herbst 1997 in der Bundesrepublik Deutschland, sondern das bahnt sich, sich dramatisch verschärfend, seit fünf Jahren an. Seit fünf Jahren wird über Wagniskapital geredet. Wieso ist diese Bonner Koalition nicht in der Lage gewesen, dazu wirklich etwas auf die Beine zu stellen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Sie muß offenbar Anstöße von den Ländern her bekommen!

Ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftspolitik ist die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Damit werden arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Investitionen in gewerblichen Unternehmen und Investitionen im Bereich der wirtschaftlichen Infrastruktur, des Tourismus, der Förderung nichtinvestiver Maßnahmen der gewerblichen Wirtschaft und so weiter gefördert.

Ich will, meine Damen und Herren, ein paar Sätze zum Ausbildungskonsens sagen. Dieser Ausbildungskonsens, von vielen befördert und von manchen bestritten, hat die hochgesteckten Erwartungen, die in ihn gesetzt waren, erfüllt. Ich bin sehr stolz darauf, daß viele daran mitgewirkt haben, vor allen Dingen die zuständigen Minister der Landesregierung, aber eben auch die Verbände der Wirtschaft, die Gewerkschaften und die SPD-Landtagsfraktion.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Wenn gerade gestern in den Zeitungen stand, daß nach Angaben des Statistischen Landesamtes

(Klaus Matthiesen [SPD])

- (A) von Oktober 1996 bis September 1997 4,3 % mehr Auszubildende in Nordrhein-Westfalen einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, dann ist das ein stolzer Erfolg, auf dem wir aufbauen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage damit nicht, daß wir uns jetzt nach dem Motto "Wir haben alle Probleme gelöst" ruhig zurücklehnen können. Nein! Aber es ist bisher gelungen: Auch im letzten Ausbildungsjahr war Nordrhein-Westfalen das einzige westliche Bundesland, das mit 2,0 % einen Zuwachs bei den Ausbildungsstellen zu verzeichnen hatte.

Wir werden - Herr Minister Clement hat es oft gesagt - jedem Jugendlichen, der ausbildungsfähig und dazu bereit ist, auch einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen. Aber mittelfristig - und das ist mir in der Perspektive noch sehr wichtig - ist der Ausbildungskonsens ein Reformprojekt mit dem Ziel der Modernisierung des dualen Berufsausbildungssystems. Mit dem Ausbildungskonsens werden wir Reformen einleiten, indem wir die Abstimmung zwischen Betrieb und Berufsschule noch weiter verbessern, die Differenzierung in der Berufsausbildung einführen, rasch neue Berufsbilder schaffen wie zum Beispiel im Medienbereich, und vorhandene Berufe dem technischen Wandel anpassen.

(B)

Deshalb sage ich an die Adresse mancher Kritiker: Die SPD-Fraktion und die zuständigen Minister in der Landesregierung und diejenigen im Lande, die diesen Ausbildungskonsens mitgegeben und zum Erfolg gebracht haben, wir alle werden in unseren Bemühungen, auf diese Weise jungen Menschen konkret und nicht durch abstrakte Versprechungen zu helfen, nicht nachlassen.

(Beifall bei der SPD)

Die jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich auf uns verlassen!

Wir haben Initiativen zur Beschleunigung des Technologietransfers eingeleitet. Innovative Technologiepolitik wird in den folgenden Feldern umgesetzt: Medien-, Telekommunikationstechnologien, Bio- und Gentechnologie, Mikrostrukturtechnologie, Medizintechnik, Werkstofftechnik und vieles andere mehr. Wir müssen das tun; denn ohne moderne Technik und ohne das Setzen auf

moderne Technik ist keine Zukunft für unser Land zu gewinnen. (C)

Dies alles - und das ist ein Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen - wird in Kooperation mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Wissenschaft umgesetzt. Das war ein wesentliches Merkmal der nordrhein-westfälischen Politik. Ich habe den Ministerpräsidenten so verstanden, daß das auch so bleiben soll, - und das ist gut so!

Wir brauchen eine neue Kultur der Selbständigkeit, eine andere Kultur bei der Bereitstellung von Wagniskapital, und wir brauchen eine neue Dienstleistungsmentalität. Ohne diese verschiedenen Elemente, zusammengefügt zu einem Gesamtprogramm, und ohne das, was ich in Richtung Bundesregierung gesagt habe, werden wir die Krise auf dem Arbeitsmarkt keiner vernünftigen Lösung zuführen und auch nicht die schweren Belastungen, denen jetzt die sozialen Sicherungssysteme ausgesetzt sind, in ein ruhigeres Fahrwasser kriegen, ganz zu schweigen von der Konsolidierung und der Rückgewinnung von Gestaltungsspielraum für die öffentlichen Haushalte.

Im Zusammenhang mit dem wirtschaftspolitischen Teil der Debatte, Herr Kollege Linssen, haben Sie Vorwürfe an Minister Clement gerichtet. Zunächst haben Sie gesagt, daß seine Äußerung im Parlament am letzten Mittwoch den Tatbestand einer unwahren Behauptung oder - so ist auch gesagt worden - einer Lüge beinhalte. Die Äußerung von Minister Clement hatte und konnte keinen direkten Zusammenhang mit den konkreten MP-Äußerungen haben. Der Vorwurf der Lüge - das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit - ist deshalb nichts anderes als die Fortsetzung der Methode der Ehrabschneidung. (D)

(Beifall bei der SPD)

Daß Sie Minister Clement ob seiner Leistungen als Wirtschaftsminister immer mehr ins Visier nehmen, das ehrt ihn ja in Wahrheit. Daß Sie ihn aber mit diesen Verunglimpfungen belegen, das allerdings fällt auf Sie und nur auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen würde ich Ihnen empfehlen, Herr Linssen: Machen Sie sich keine Sorgen um das Image führender Sozialdemokraten. Was den Wirtschaftsminister anbetrifft, aber auch andere, so ist das Image ganz in Ordnung. Es steht bei ihm

(Klaus Matthiesen [SPD])

(A) für klare Linien in der Industriepolitik, für klare Linien in Standortfragen, für den vernünftigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, für unermüdlischen Einsatz für die Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in einem gnadenlosen Standortwettbewerb. Dafür steht Wolfgang Clement!

Ich will nach Ihren Attacken gerne sagen, daß Wolfgang Clement dafür die volle und uneingeschränkte Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion hat.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie zur Energiepolitik gesprochen und haben eine ganze Reihe von Fragen - so habe ich das verstanden - an die Verfahrensbeteiligten gerichtet. Die SPD-Landtagsfraktion ist nicht Verfahrensbeteiligte. Die Landesregierung muß also selbst entscheiden, ob und wie sie als Verfahrensbeteiligte Ihre Fragen in der Debatte beantworten will.

(B) Nun will ich zur Energiepolitik etwas sagen und zwei Sätze zum Thema an sich. Ich bin sehr stolz darauf gewesen, daß wir bei der Steinkohle unter Mitwirkung vieler - Sie haben es erwähnt - einen Kompromiß zustandegebracht haben, der zwar nach allem, was wir wissen, dem Land, den Bergleuten und dem Unternehmen schwere Lasten aufbürdet, der aber insgesamt tragfähig ist. In der Rückschau sieht manches anders aus. Aber mir ist es schon ein Bedürfnis darauf hinzuweisen, weil wir zwar nicht unmittelbar, aber doch ziemlich nahe am Geschehen dran waren, daß, wenn wir es vier Wochen später hätten machen müssen, es wahrscheinlich nicht mehr hinzubekommen gewesen wäre. Insofern war es richtig, es so und nicht anders zu machen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Dr. Linssen?

Klaus Matthiesen (SPD): Gerne!

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Matthiesen, Sie haben die Beteiligten an diesem Kompromiß zu Recht erwähnt und gewürdigt. Es ist Ihnen entgangen - so vermute ich -, daß der Hauptbeteiligte der Bund war, der von den 69 Milliarden DM, die bis zum Jahre 2005 zur Verfügung gestellt werden, alleine 60 Milliarden DM schultert

(Bodo Champignon [SPD]: Das ist seine Zuständigkeit! - Weitere Zurufe von der SPD)

und dabei für das Saarland alles übernommen hat, weil dieses nicht bezahlen kann.

Klaus Matthiesen (SPD): Mir ist das alles nicht entgangen, und ich könnte Ihnen jetzt die Gesamtsumme der Belastungen, die das Land Nordrhein-Westfalen in zwanzig, dreißig, vierzig Jahren getragen hat, dazutun. Aber das bringt uns alles nicht weiter.

Ich wollte das Ergebnis durchaus würdigen, aber es ist gleichzeitig richtig, auf Ihre Frage hin, an Sie gewandt, festzustellen, daß der Bund unter welcher Regierung auch immer in den vergangenen Jahrzehnten durch politische Beschlüsse der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages, immer festgelegt hat, daß die deutsche Steinkohle aus Gründen der nationalen Energiesicherheit die Rolle spielen sollte, die man ihr zugemutet hat.

(Beifall bei der SPD - Loke Mernizka [SPD]: So ist es!)

Wenn das, werter Herr Kollege Linssen, von der Bundespolitik aus nationalen Gründen so gesehen und gewollt wird, dann kann man daraus nicht nachträglich eine Höchstleistung des Bundes ableiten und mit dem Finger auf das Land auf Nordrhein-Westfalen zeigen. In Wahrheit haben wir getan, was das Land bis an die Grenze des Vertretbaren noch tragen konnte. Wir haben es aus Gründen der Wertschöpfung hier im Lande getan, um nicht noch importabhängiger zu werden, und vor allen Dingen haben wir es getan, weil die Kumpel sich hinsichtlich des Schutzes ihrer Arbeitsplätze immer auf diese Landesregierung und die SPD-Fraktion verlassen konnten. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

(Klaus Matthiesen [SPD])

- (A) Das gilt auch für die Braunkohle. Wir wären ja wohl "bekloppt", wenn ich das einmal so salopp sagen darf, diese heimische Braunkohle, die zu vernünftigen wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar ist, aus dem Lande zu vertreiben und die damit verbundene Wertschöpfung woanders stattfinden zu lassen. Wir wären ja wohl mit dem Klammerbeutel gepudert, würden wir die neuen Kraftwerkstechnologien, die hier in Nordrhein-Westfalen entwickelt worden sind, nicht auch dort zur Anwendung kommen lassen und gleichzeitig die damit verbundenen Exportchancen weltweit nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Die Welt wartet auch aus Gründen des Weltklimas auf eine Kraftwerkstechnologie auf der Basis Kohle, die die Ressourcen schont und vernünftig mit den damit verbundenen Umweltbelastungen umgeht beziehungsweise die CO₂-Emissionen reduziert. Deshalb kann es an dieser Grundsatzposition, die wir einnehmen und für die es keine Modifizierung gibt, überhaupt keinen Zweifel geben.

- (B) Was das Verfahren anbetrifft, ist weder der Landtag noch die SPD-Fraktion noch Ihre Fraktion noch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Verfahren über die Zulassung des Rahmenbetriebsplans beteiligt. Der Berichterstattung der letzten Tage entnehme ich folgendes: Dem Unternehmen ist im Rahmen einer Anhörung Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des Rahmenbetriebsplans gegeben worden. Das Unternehmen hat sich dazu geäußert, wie ebenfalls der Presse zu entnehmen ist. Es ist Aufgabe des Bergamtes Düren, zu entscheiden, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Es ist noch einmal zu betonen: Von einem Verfahren nach Recht und Gesetz darf nicht abgewichen werden, und ich erkenne auch nicht, daß das beabsichtigt ist. Insofern verstehe ich Ihre Sorgen nur begrenzt. Politische Einflußnahmen sind nicht statthaft und mit der Landtagsentscheidung, die wir hier getroffen haben, auch nicht vereinbar. Alle Beteiligten wissen das.

Was die Wirkung des Rahmenbetriebsplan anbetrifft, so habe ich mich schon dazu geäußert, will es aber abschließend noch einmal tun. Es ist völlig klar, daß wir es formalrechtlich mit zwei unterschiedlichen Verfahren zu tun haben: Rahmenbetriebsplan und wasserrechtliches Verfahren.

Aber genauso klar ist, daß ein Rahmenbetriebsplan Auswirkungen auf die wasserrechtliche Erlaubnis hat.

Mit der Rahmenbetriebsplanzulassung wird die Frage, ob die Sümpfung mit § 6 Wasserhaushaltsgesetz vereinbar ist, abschließend entschieden. Dabei sind auch keine Ausflüchte möglich. Die materiell-rechtliche Rahmenbetriebsplanzulassung schließt nicht nur die Prüfung ab, ob der Braunkohleabbau bergbautechnisch machbar und wasserwirtschaftlich beherrschbar ist, sondern schreibt auch fest, daß die Grundwasserabsenkung als rechtlich zulässig zu gelten hat. Bewirtschaftungskonzeptionen für das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren, die schon im Braunkohleplan enthalten sind, werden mit der Rahmenbetriebsplanzulassung rechtlich verfestigt.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal - und wir sollten uns alle miteinander davor hüten, uns gegenseitig zu überfordern oder Illusionen zu wecken -: Das ist Recht und Gesetz. Weil das so ist, gibt es darüber zwischen den handelnden Personen der Landespolitik auch keine Auffassungsunterschiede.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU] -
Zurufe von der CDU)

Ich betone das deshalb so sehr, weil wir gut daran tun, uns an diesem Punkt wechselseitig nicht zu überfordern, nicht zu strapazieren und keine Illusionen zu erwecken, die sich verselbständigen und die dann möglicherweise nur noch schwer zueinanderzubringen sind.

Alle Eingeweihten wissen, was ich meine. - Und das soll's denn auch zu diesem Thema gewesen sein!

(Zurufe von der CDU)

Für die SPD, meine Damen und Herren, sind Bildung, Wissenschaft und Forschung Schlüsselressourcen für die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Sie haben, an Frau Behler gerichtet, sinngemäß gesagt, das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen sei nicht nur reformbedürftig, sondern im Kern und jedenfalls teilweise marode.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wirtschaftsminister Clement habe ich zitiert!)

Ich sage Ihnen darauf: Bei allen Mängeln, die wir vielleicht noch haben, und bei allem, was auch

(C)

(D)

(Klaus Matthiesen [SPD])

- (A) noch verbesserungsfähig ist: Wir in Nordrhein-Westfalen sind auf die Vielfalt und Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems zu Recht stolz.

(Beifall bei der SPD)

Und an diesem Kurs wird auch durch Ihre Attacken nichts geändert. Nichts geändert!

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind Schlüsselressourcen, wenn wir an die Zukunft denken. Weil wir Innovationen nicht zuletzt für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen brauchen, sind weitere Anstrengungen des Staates in den Bereichen von Bildung, Wissenschaft und Forschung zwingend notwendig.

Die Finanzierung und die inhaltliche Ausgestaltung von Bildung, Wissenschaft und Forschung ist Aufgabe des Gesamtstaates, nicht nur der Länder. Die Länder haben über die verfassungsrechtlich garantierte Kulturhoheit die Kompetenz für Bildung und Wissenschaft. Zu dieser Verantwortung stehen wir auch. Aber wir müssen auch in die Lage versetzt werden, diese Verantwortung wahrzunehmen, und das ist nicht zuletzt eine Frage an diejenigen, die für Finanzpolitik in Deutschland Verantwortung tragen, also eine Frage auch und gerade an die Bundesregierung.

- (B) Sie haben natürlich bei dem Thema "Hochschulen" verschwiegen, Herr Kollege Linssen, daß der Bund in den letzten Jahren keine ausreichende finanzielle Ausstattung für die Hochschulen über die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau und die Forschungsförderung sichergestellt hat. Und ich frage Sie: Wer hat denn die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz immer weiter zusammengestrichen? Das Ministerium in Bonn, das sich da "Zukunft" nennt, verdient angesichts dieser Fehlentwicklung nicht diesen Namen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen ist seinen Verpflichtungen nicht nur voll nachgekommen, sondern wir haben sogar mehr getan, als wir müssen. Die Vorleistungen des Landes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz betragen nach dem Stand Ende 1996 256 Millionen DM, Herr Kollege Linssen. Die Vorleistungen des Landes gegenüber dem Bund nach dem Hochschulbauförderungsgesetz! Die Gesamtvorleistung aller Länder beläuft sich auf 800 Millionen DM. Wie kommen Sie angesichts dieser Versäumnisse des Bundes dazu, die

Verantwortung hier der Landesregierung an die Brust heften zu wollen? Das ist doch schlichtweg unerträglich.

(Beifall bei der SPD)

Die jahrelange Vernachlässigung der Hochschulen durch die Bundesregierung ist unverantwortlich, und zwar auch deshalb, weil Reden und Handeln in Bonn in einem krassen Gegensatz stehen. Wer redet denn ständig davon, daß wir als rohstoffarmes Land auf Wissen und Qualifikation elementar angewiesen sind? Das finden Sie doch in jeder Rede des Bundeskanzlers oder des F.D.P.-Vorsitzenden. Nur: Sie handeln nicht danach.

Weil wir die Studenten auf diese Weise zu den langen Studienzeiten nötigen, die die Bundesregierung dann anschließend lauthals beklagt, weil wir ein Interesse daran haben, daß viele junge Menschen eine gute Qualifizierung erhalten, müssen wir auf diesen Gebieten mehr tun, und schließlich auch, weil wir doch miteinander den jungen Menschen eine gute Ausbildung schulden.

Ich habe sehr wahrgenommen, was die Studenten in diesen Wochen und Monaten bewegt, und ich verstehe vieles gut. Ich verstehe auch, daß sie sich gegen die ständigen Sympathieerklärungen der Politik oder einzelner Politiker wehren und daß sie sagen: Wenn es denn stimmt, was ihr sagt, daß Wissen und Qualifikation die Zukunft unseres Landes ausmachen, warum setzt ihr dann nicht auf diesen Zukunftsfaktor, warum setzt ihr dann nicht auf uns? Und daß junge Menschen bei den Summen, um die es hier geht, irre werden können, wenn sie gleichzeitig erfahren, daß für fragwürdige Rüstungsprojekte Milliarden freigegeben werden können, das kann ich verstehen, und das führt nicht zu einem zusätzlichen Vertrauensgewinn junger Menschen in diesem Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wir sind in der Verpflichtung, die Modernisierung der Universitäten durch mehr Autonomie voranzutreiben, und wir sind in der Verpflichtung, die Studiengänge zu reformieren. Ich denke, daß die Wissenschaftsministerin heute in der Regierungserklärung mehr dazu sagen wird. Ich wollte dem auch nicht vorgreifen, Frau Ministerin, sondern nur Herrn Dr. Linssen die notwendige Antwort geben, weil er das Thema hier angesprochen hat.

(C)

(D)

(Klaus Matthiesen [SPD])

(A) Ich hatte gesagt: Zukunft und Zukunftspfade. Es geht nicht ohne moderne Technologien. Wir wollen und wir müssen die modernen Schlüsseltechnologien weiter fördern. Dazu gehören aus heutiger Sicht Mikroelektronik, Bio- und Gentechnologie. Es ist alles genannt worden.

Um den Technologietransfer zu beschleunigen, vor allen Dingen kleine und mittlere Unternehmen mit Informationen zu versorgen, werden wir daran arbeiten müssen, stärker als bisher Technologiemarketing zu betreiben. Die An-Institute an den Fachhochschulen leisten wertvolle Arbeit. Die Professoren in den Technologiebereichen der Hochschulen müssen mehr Anreize haben, sich verstärkt um Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu bemühen.

Wir unterstützen uneingeschränkt die Forderung der Hochschulen, ihre Angelegenheiten in noch größerer Selbständigkeit und Eigenverantwortung wahrzunehmen. Gerade das Thema der Hochschulen und von Technologie- und Wissenstransfer ist ein wichtiges Thema für die Zukunft unseres Landes.

Sie haben das Thema der inneren Sicherheit angesprochen. Ich will dazu nur wenige Bemerkungen machen. Ich teile Ihre Auffassung, daß innere Sicherheit ein wichtiges Thema ist und daß die Menschen zu Recht vom Staat erwarten, daß er alles tut, um diese innere Sicherheit zu gewährleisten. Ich kann auch nicht erkennen, daß Regierungen oder Polizei ihren Verpflichtungen und Aufgaben nicht nachkommen. Deshalb brauchen Sie uns als Sozialdemokraten, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten gerade eine offensive Politik hinsichtlich der Polizei betrieben haben, nicht wegen unserer Verantwortung gegenüber der Polizei zu ermahnen. Die Polizei kann unserer Unterstützung sicher sein.

Aber wenn ich über Bekämpfung der Kriminalität rede, darf ich bei aller Anerkennung der Rolle und der Notwendigkeit auch der Repression durch Polizei, wenn ich an die Ursachen heran will, nicht verschweigen, daß es auch gesellschaftspolitische Gestaltungsnotwendigkeiten gibt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie im Zusammenhang der Debatte um die innere Sicherheit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Enttäuschung junger Menschen ausblenden, die keine Ausbildungsplätze bekommen, erzählen Sie hier nur die Hälfte der Wahr-

heit. Die Organisierte Kriminalität muß mit aller Härte bekämpft werden. Wenn Sie von Prävention und Repression sprechen, kann ich dem als politisches Gesamtkonzept folgen. Wenn Sie allerdings nur von Repression sprechen, ohne daß dem Prävention vorangeht, kann ich dem nicht mehr folgen. Meine Damen und Herren, beides gehört für den Staat zusammen. Anders ist das nicht zu sehen.

(Beifall bei der SPD)

Eine herzliche Bitte beim Thema Drogenpolitik, obwohl ich nicht weiß, ob ich damit durchdringe. Vielleicht sage ich es dann aber einmal denjenigen, die uns vor dem Fernseher zuschauen:

Seien wir glücklich darüber, daß wir in unserer Familie - z. B. bei unseren Kindern - eine Entwicklung hatten, die vor solchen Heimsuchungen bewahrt hat. Seien wir glücklich! Ich glaube, daß jeder einzelne unter uns Schicksale betroffener Kinder und Jugendlichen kennt, die darunter leiden. Mit ihnen leiden Eltern und Verwandte, und jeder weiß, welches Leid und Elend damit verbunden sind. Wenn dem so ist, ist es dann zu viel verlangt, auch in einer solchen Debatte mit diesem Thema sorgfältig, das bedeutet "sensibel" umzugehen?

Wenn man der weiteren Verelendung von jungen Menschen nicht auf andere Weise abhelfen kann als durch die Möglichkeit des Besuchs eines kontrollierten und staatlich überwachten sogenannten Gesundheitsraumes und die Alternative die Verelendung dieser Menschen wäre, frage ich Sie: Darf man vor diesem Hintergrund nicht doch eine ernsthafte Debatte ohne Polemik darum führen, ob es Möglichkeiten gibt, diesen jungen Menschen zu helfen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich weiß, daß in diesem Zusammenhang Rechtsprobleme bestehen, Rechtsprobleme, die man auch nicht durch Entscheidungen der Landesregierung aus der Welt schaffen kann, auch nicht dadurch, daß die Landesregierung nicht dorthin guckt oder der Innenminister zur Polizei sagt, sie solle nicht dorthin gucken. Das weiß ich. Aber darf eine vernünftig, seriös und sensibel geführte Debatte nicht auch einmal Anlaß sein, nach Pfaden der Hilfe zu suchen, selbst wenn sie noch so schmal und noch so schwierig begehbar sind?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Klaus Matthiesen [SPD])

- (A) Herr Kollege Linssen, ich möchte Sie, alle anderen - damit übrigens auch uns selber - vor dem Spielen mit Gefühlen und Vorurteilen gerade auf diesem Gebiet warnen. Ich warne uns!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir für Nordrhein-Westfalen die Zukunft gewinnen wollen, müssen wir uns neue Gestaltungsspielräume schaffen, damit wir die Zukunftspfade, von denen ich geredet habe, beschreiten können. Die Stichworte "Bildung", "Ausbildung", "Forschung", "Entwicklung", "Technologieförderung" und "Aktive Strukturpolitik" sind genannt worden. Das sind die Zukunftspfade.

So wir das tun wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen verändern, uns in unserem Lande zwei Aufgaben vornehmen, die in ihren Dimensionen ungeheuerlich sind und nicht NRW-spezifisch, sondern auch von allen anderen Bundesländern - ausgenommen die neuen Bundesländer, die zeitlich einen anderen Start hatten - zu bewältigen. Als erstes nenne ich die Pensionslasten. Dazu ganz wenige Zahlen: 1997 hatten wir in Nordrhein-Westfalen rund 111 800 Versorgungsempfänger. Im Jahre 2020 werden wir allen Vorausberechnungen nach 225 500 Versorgungsempfänger haben. Das entspricht einer Steigerung um 102 %. Die Versorgungsbezüge als Teil der Personalkosten steigen von 1996 mit rund 5,6 Milliarden DM auf im Jahre 2020 rund 12,9 Milliarden DM an. Das ist eine Steigerung um 130 %.

- (B) Gerade Herr Kollege Trinius wird mir recht geben, wenn ich sage, daß die Leitlinie der Landesregierung und der SPD-Fraktion immer richtig war und bleibt, zu versuchen, bei einer Personalkostenquote von 50 % gemessen an den Gesamtsteuereinnahmen zu bleiben. Wollen wir das beibehalten, würde die Gleichung, die ich eben aufgestellt habe, bedeuten, daß wir bis zum Jahre 2020 zum Ausgleich sukzessive zu dem, was als künftig wegfallende Stellen vorgesehen ist, 92 000 Stellen in Wegfall geraten lassen müßten. Jeder hier in diesem Hohen Hause und im Lande wird spüren, daß selbst bei dem Willen der Politik dies überhaupt nicht ginge, weil wir dann in die Kernbereiche der staatlichen Dienstleistungen eingreifen müßten, von denen wir eben gesagt hatten, wir sollten sie um der Zukunft willen sogar noch verstärken: Schule, Ausbildung, Polizei, Justiz und vieles andere mehr.

Es ist deshalb unvorstellbar, daß alle westlichen Bundesländer, die dieses Problem, das unter anderem durch die Jahrgänge nach dem Krieg bedingt ist - weiter will ich das im einzelnen nicht ausführen - haben, ohne eine große, gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern bewältigen können. Deshalb kommen wir um eine gemeinsame Aktion von Bund und Ländern nicht herum. Alle müssen in die Pflicht genommen werden, eine Gesetzgebung auf den Weg zu bringen, die diese Zukunftslasten reduziert, wenn wir dadurch Gestaltungsspielräume für Zukunftsgewinnung an anderer Stelle haben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen auch die öffentlichen Ausgaben so weit es geht auslagern, jedenfalls darüber ideologiefrei diskutieren. Auch wenn ich weiß, was das, was ich jetzt sage, bedeutet, füge ich hinzu: Wir werden auch nicht darum herumkommen, alle Leistungsgesetze - ich sage ausdrücklich: alle! - auf den Prüfstand zu stellen. Meine Damen und Herren, wir müssen uns auch durch Nachdenken darüber, was wir mit unseren Liegenschaften machen, Spielräume verschaffen. Ich weiß, daß der Finanzminister an diesem Thema arbeitet. Ich will ihm zurufen: Diese seine Arbeit, konzeptionell etwas auf die Beine zu stellen, wird von der SPD-Landtagsfraktion im Grundsatz und auch pauschal volle Unterstützung finden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine Unzahl von Liegenschaften im Lande, bebaute Liegenschaften und unbebaute Liegenschaften. Es muß erlaubt sein, zu prüfen, ob wir alle unbebauten Liegenschaften brauchen oder ob wir sie nicht durch Veräußerung und dadurch Erzielung von Einnahmen verwenden können, um das, was ich Zukunft nenne, verstärkt zu bedienen. Es muß die Frage gestellt werden, ob die bebauten Liegenschaften in jeder Beziehung in der traditionellen Weise bewirtschaftet werden müssen oder auch durch andere Gesellschaftsformen effizienter und möglicherweise in dem einen oder anderen Fall auch kostengünstiger gemacht werden können.

Was ich nicht will, Herr Kollege Linssen, und wozu Sie unsere Zustimmung weder heute noch sonst wann bekommen: Es wird keine Verabschiedung der SPD-Fraktion und der Landesregierung von der strategischen Beteiligung

(C)

(D)

(Klaus Matthiesen [SPD])

- (A) an der Westdeutschen Landesbank geben. Ich füge hinzu: Hätten wir diese Beteiligung nicht, sähe es strukturpolitisch an der einen oder anderen Stelle in Nordrhein-Westfalen ganz anders aus, nämlich nicht so gut, wie wir es jetzt haben. Dieses Instrument würden wir deshalb auch aus der aktiven Landespolitik nicht verbannen. Ich sage Ihnen das in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist bei allen Schwierigkeiten - lassen Sie mich das zum Schluß sagen - solide und seriös. Das ist und bleibt Markenzeichen der NRW-Finanzpolitik, für die insbesondere der Name von Heinz Schleußer steht.

Die Spielräume werden in den nächsten Jahren nicht größer. Sie werden enger. Das heißt, wir haben uns auf die wesentlichen Kernaufgaben der Zukunftssicherung zu konzentrieren. Das heißt: Mut zu Prioritäten und Mut zu gemeinsam zu tragenden und zu vertretenden Entscheidungen.

Die Koalition beweist mit diesem Haushalt - obwohl Sie anderes gern nachgewiesen hätten, aber Sie werden heute wieder eines besseren belehrt - Handlungsfähigkeit. Das ist auch wohltuend - ich leugne nicht manche Schwierigkeiten, die wir haben -, wenn ich mir das Bonner Finanzchaos ansehe und jeden Tag in den Zeitungen nachlesen kann.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ihre Rede, Herr Oppositionsführer, kann trotz der Standing Ovationen - die ich Ihnen von Herzen gönne, denn Sie haben ja in der Vergangenheit wenig Zuspruch gehabt, und es war nötig, daß man Ihnen etwas Gutes tut -

(Beifall bei der SPD)

nicht verdecken, daß sich die Opposition - wie soll ich sagen? - noch neulich in einem ziemlich erbärmlichen Zustand befand. Ich weiß nicht, ob das heute sozusagen der Beginn der Genesung war. Warten wir es ab. Aber daß Sie sich in einem erbärmlichen Zustand befanden oder noch befinden, ist nun nicht zu leugnen. Das haben ja die Spatzen von den Dächern gepfiffen. Das führte zu einem erheblichen Autoritätsverlust des Oppositionsführers, zu Mißtrauen im engsten Führungskreis, zu strategischer Vielstimmigkeit und dann natürlich in besonderer Weise - aber diese vermisse ich jetzt - zu diesen bei Ihnen be-

kannt berüchtigten herzlichen Männerfreundschaften, (C)

(Lachen des Reinhold Trinius [SPD])

zum Beispiel mit Herrn Reul.

(Beifall bei der SPD)

Der Dolch im Gewande gehört ja zur Alltagskleidung der Führungscrew der CDU-Fraktion.

(Beifall und Lachen bei der SPD)

Für die SPD-Fraktion bleiben die drei Schwerpunkte der Politik richtig als Gesamtkonzept: Arbeit und Ausbildung bleiben wichtig und sind wichtiger denn je. Soziale Gerechtigkeit ist und bleibt unser Markenzeichen. Hinzu kommt die Verantwortung für die Umwelt, damit unsere Kinder nicht nur eine gute berufliche Zukunft haben, sondern künftig auch eine Welt vorfinden, in der es sich für sie zu leben lohnt. Dieser Dreiklang der Politik ist und bleibt unser Markenzeichen und wird das Gestaltungsmerkmal der Politik des nächsten Jahres sein. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Appel. (D)

Roland Appel (GRÜNE)*: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat heute über einen Haushalt in dritter Lesung zu entscheiden - auch wenn man das bei der Rede des Herrn Oppositionsvorsitzenden vorhin nicht immer gemerkt hat -,

(Lothar Hegemann [CDU]: Da waren Sie doch gar nicht da!)

der unter schwierigsten Rahmenbedingungen zustande gekommen ist, Herr Hegemann. Das ökonomische und steuerpolitische Versagen der Bundesregierung von Helmut Kohl und seines Finanzjongleurs Waigel hat die Bundesrepublik in eine vielfache Krise getrieben:

Die ökonomische Krise ist ausgelöst durch 15 Jahre neoliberale Ellbogenpolitik, die neben einer Steigerung der Unternehmensgewinne vor allen Dingen die Verbesserung der vielfältigen Möglichkeiten zur Kapitalflucht zum Ziel hatte und oben-

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) drein nichts unversucht ließ, das Investitionsklima in der Bundesrepublik Deutschland herunterzureden. Das ist eine Lieblingsbeschäftigung übrigens von Herrn Rexrodt, die hier in Nordrhein-Westfalen - das haben wir heute morgen wieder gemerkt - vom hiesigen Oppositionsführer ebenfalls leidenschaftlich geteilt wird.

Die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte aufgrund einer Steuerpolitik der Bundesregierung mit Milliardenengeschenken für Besserverdienende - dazu müssen Sie mit Ihren dicken Diäten nur lachen und grinsen. Tun Sie das nur.

Dazu kommen Steuerschlupflöcher. Ich will ja nicht wissen, wer welche Steuerschlupflöcher nutzt. Man liest ja in diesen Tagen so einiges aus den Vorstandsetagen. Man hat auch schon das eine oder andere aus politischen Etagen gelesen. Die Steuerschlupflöcher haben sämtliche Haushalte an den Rand jeglicher Gestaltungsmöglichkeiten getrieben. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen auch zu spüren bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(B) Wir haben die Strukturkrise der dauerhaften Erwerbslosigkeit für mehr als sechs Millionen Menschen, die aufgrund der Finanzierung der Deutschen Einheit über die Lohnnebenkosten nicht nur keine neuen Arbeitsplätze bekommen; sondern aufgrund dieser Politik, aufgrund dieser Finanzpolitik wird die Arbeitsplatzvernichtung praktisch noch weiter vorangetrieben. Und dies, obwohl die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich am günstigen liegen - die Lohnstückkosten, die als seriöser Indikator über Produktivität und Standortqualität viel mehr aussagen als Ihre Märchenstunde über angebliche Investitionsunsicherheit hier heute morgen, Herr Linssen!

(Dr. Helmut Linssen [CDU] [der gerade telefoniert]: Das hatten Sie doch alles schon vor meiner Rede schriftlich!)

- Herr Linssen, Sie müssen wahrscheinlich gerade mit Kohl telefonieren und sich Ihre neuen Direktiven abholen. Mal so, mal so - mal Opposition, mal bei Clement auf dem Schoß. Es würde mich interessieren, was er jetzt gerade sagt.

Aber ich mache trotzdem weiter

(Lachen des Laurenz Meyer [CDU])

- hören Sie nur zu, Herr Meyers! -: Die Rentenkrise, die durch die in den letzten Tagen be-

(C) schlossene Mehrwertsteuererhöhung nur unzureichend, mit völlig begrenzter Reichweite, praktisch vertagt worden ist, ohne auf Dauer gelöst worden zu sein. Und nicht zuletzt die auch vom Bund mitverschuldete Krise des Hochschulsystems, die Bildung und soziale Chancen immer ungleicher verteilt, verknappt und das Studium unter zum Teil unerträglichen Bedingungen mittelfristig wieder zu einem Privileg der sozial Bessergestellten machen will.

Das, Herr Linssen, haben Sie ja heute morgen in Ihrer Rede auch angedeutet. Sie verkleiden das immer mit so schönen Worten wie: "Es gibt halt Begabtere und Unbegabtere." Und wenn sich die Bildungsforscher dann hinstellen und dazu etwas sagen, sind komischerweise immer die Unbegabteren die Arbeiterkinder, und die Begabteren sind immer die aus einem reicheren Elternhaus. Das ist komisch, das kann keiner erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es scheint wohl zusammenzupassen.

(D) Herr Waigel in Bonn stolpert derweil von Haushaltsloch zu Haushaltsloch. 17 Milliarden DM hier, 50 Milliarden DM dort. Erst im Sommer 1997 gab es ein Haushaltsloch, das Nordrhein-Westfalen Steuerausfälle in Höhe von 1,7 Milliarden DM bescherte. Und nun, im November, mitten in die Haushaltsberatungen hinein, kommt die nächste Bankrotterklärung mit 2,05 Milliarden DM Einnahmeverlusten allein für Nordrhein-Westfalen. Von den anderen Bundesländern sowie von den Schwierigkeiten der Gemeinden rede ich hier überhaupt nicht.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen stellen Sie sich hierhin, Herr Linssen, und beklagen die Investitionsquote unseres Haushaltes. Und 20 Minuten später fordern Sie in derselben Rede die Einstellung von 1000 Lehrerinnen und Lehrern, nicht nur ohne zu sagen, woher Sie eigentlich das Geld nehmen wollen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das habe ich gesagt!)

sondern Sie fordern, ohne rot zu werden, weitere konsumtive Ausgaben in diesem Haushalt!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nur ein Oppositionsführer auf die Reihe bringen, der so wieso sicher ist, daß die Menschen überhaupt

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) nichts auf das geben, was er hier im Parlament sagt.

Ich lege Wert darauf, daß den auf uns abgewälzten Einnahmeverlusten keine Ausgabenauweitungen gegenüberstehen, sondern eine den Umständen entsprechend solide Ausgabendisziplin der rot-grünen Landesregierung. Das hat vielen weh getan. Wir haben viele Programme, die wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Sozialdemokraten lieber aufgestockt hätten, um die sozialen Schwierigkeiten zu mildern. Da hat es tiefe Einschnitte gegeben. Auch die Gemeinden sind die Leidtragenden dieser Entwicklung. Sie werden - hören Sie zu, Herr Meyers! - in diesem Jahr nur mit 0,9 Milliarden DM getroffen.

(Laurenz Meyer [CDU]: Ich heiße "Meyer"!
- Dr. Helmut Linssen [CDU]: Er heißt "Meyer"!)

Die Gemeinden werden nach dem Wahljahr 1999 Einnahmeausfälle von 3,2 Milliarden DM zu verkraften haben. Ich wette mit Ihnen, auch wenn das im Bundesfinanzministerium so schön ausgerechnet worden ist, daß der Zeitplan dafür nach der Bundestagswahl 1998 liegt und dann nicht deutlich wird, wer das zu verantworten hat.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Während Nordrhein-Westfalen die für einen Strukturwandel und die Schaffung neuer Arbeitsplätze notwendigen Maßnahmen sichert, während auch wir gezwungen sind, Einschnitte vorzunehmen, hat die Bundesregierung nebenbei 100 Millionen oder ein paar Milliarden DM für den Eurofighter und für den Transrapid übrig. Und während bei den Sozialleistungen in großem Stil Einschnitte kommen, die den Flüchtlingen demnächst das Allernötigste zum Lebensunterhalt vorenthalten - so weit sind Sie schon! -, muß gleichzeitig Herr Waigel noch hergehen und, wie es im letzten Haushalt stand, die Notrufsäulen an den Autobahnen verscherbeln. Wie marode ist dieses System in Bonn eigentlich? Wie weit hat Ihr Herr Waigel es eigentlich zugrunde gerichtet?

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dabei ist es nicht so, daß kein Geld da wäre. Es sind doch die privaten Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland auf 10 Billionen DM angewachsen. 10 Billionen DM! Eine Verbesserung der Lage der Erwerbslosen hat es jedoch nicht

gegeben. Statt dessen wurde in 14 Jahren Kohl-Regierung den Menschen von Neujahrsansprache zu Neujahrsansprache das gleiche Märchen, manchmal auch die gleiche Kassette von der Halbierung der Arbeitslosigkeit zum St. Nimmerleinstag serviert.

Neuerdings wird das angebliche Jobwunder USA empfohlen. Dort übrigens, meldete "dpa" gestern, haben trotz blühender Wirtschaftsentwicklung Hungersnot und Obdachlosigkeit in den Großstädten so zugenommen, daß die Armenküchen auch Familien mit Kindern hungrig wieder wegschicken müssen. Die Ursache dieser Entwicklung sind Billigjobs, von denen etwa 7 % der USA-Bürger zwei haben müssen - zwei Jobs gleichzeitig -, um überhaupt überleben zu können.

Die Einschnitte, die auch Ihre Bundesregierung ständig fordert und die Sie uns als Modell empfehlen, die im Sozialsystem dort durchgeführt worden sind, haben dazu beigetragen, daß immer weniger Bedürftige Lebensmittelgutscheine und nach fünf Jahre ohne Arbeit überhaupt nichts mehr erhalten. Schon heute leben bei uns zehn Millionen Menschen an oder unter der Armutsgrenze

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- Sie sehen nicht arm aus, Herr Hegemann -,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

während nur 5,5 % aller Haushalte fast ein Drittel des gesamten Nettogeldvermögens besitzen. Für Nordrhein-Westfalen heißt das, daß 2 Millionen Menschen als arm gelten. Das heißt, ihnen stehen weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens zu Verfügung.

Eine weitere Entsolidarisierung und Systemveränderung, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht uns in der Bundesrepublik bevor, wenn es im kommenden Jahr 1998 nicht gelingt, den Finanz- und Sozialchaoten Waigel und Blüm in Bonn ihr Handwerk zu legen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In Zukunft wird es uns dann nicht gelingen, Haushalte wie diesen auch nur annähernd zu konsolidieren, wenn sich weiterhin die Einkommensteuer - dank Ihrer Koalition in Bonn mit der Par-

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) teil der Besserverdienenden, die aktuell an Geldmangel leidet,

(Lothar Hegemann [CDU]: Lieber arm dran als Arm ab! - Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

aber wahrscheinlich schon irgendwo eine Quelle finden wird, vielleicht einen anonymen Spender - mit 2 % Anteil am Steueraufkommen im freien Fall befindet.

Dieser Landeshaushalt ist in mehrfacher Hinsicht rekordverdächtig: Niemals in der Geschichte des Landes war das Milliardenloch, das uns die unsoliden Finanzpolitik einer Bundesregierung hinterließ, so groß.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wo ist Ihr Koalitionspartner eigentlich, Herr Appel? Es ist keiner mehr da!)

- Hören Sie doch einmal zu. Ich rede doch mit Ihnen, Herr Linssen. Ich weiß ja, daß Ihnen das unangenehm ist.

(B) Niemals in der Geschichte unseres Bundeslandes mußten innerhalb so kurzer Zeit derartige Summen eingespart werden. Niemals war das Risiko eines Landeshaushaltes so groß, in wenigen Monaten vor einem weiteren Einnahmeloch zu stehen; denn die Steuereinnahmen brechen in Milliardenhöhe weg - immer dramatischer, wie erst neulich eine Stichprobe des Finanzministeriums bei den Finanzämtern in Nordrhein-Westfalen gezeigt hat.

Theo Waigel, der Herr der Milliardenlöcher, hinterläßt in immer kürzeren Abständen Mindereinnahmen, die in der Republik eine Spur der fiskalischen Verwüstung, Land für Land und Kommune für Kommune, hinter sich ziehen. Hören Sie sich einmal die Zahlen an, Herr Linssen: Noch vor zwei Jahren kalkulierte Waigel für 1997 ein Steueraufkommen von 962 Milliarden DM. Heute ist er bei 795 Milliarden DM gelandet. Das ist ein Minus von 167 Milliarden DM. In der Vorausschau für 1998 fehlen gar 206 Milliarden DM gegenüber den Schätzungen von 1995.

Aufgrund dieser finanzpolitischen Stümpereien haben wir 1998 9,93 Milliarden DM weniger in der Landeskasse als die Summe, die wir 1995 absehen konnten. Und Sie sagen hier, die Probleme Nordrhein-Westfalens seien von der Koalition

hausgemacht! In Bonn sitzen die Verursacher dieser Entwicklung. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Diese Summe liegt übrigens um 2,5 Milliarden DM höher als die Nettokreditaufnahme, die wir für 1998 veranschlagt haben.

Wer sich diese Summen vor Augen führt und auch nur ein bißchen von Haushaltspolitik versteht, der wird mir - über alle Parteigrenzen hinweg - darin zustimmen müssen, daß die Leistung unseres Finanzministers, Heinz Schleußer, in den letzten Jahren von ganz außerordentlicher Solidität und Qualität gekennzeichnet war.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Er hat es, sicher auch zusammen mit den Koalitionsfraktionen, geschafft, in sehr schwierigen Zeiten immer wieder grundsolide Landeshaushalte vorzulegen und die Nettokreditaufnahme in Grenzen zu halten. Dafür möchte ich Heinz Schleußer ganz persönlich danken.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(D) Ich weiß, daß er, manchmal sogar gegen ärztlichen Rat, fernsieht oder Radio hört und die Geschicke dieses Landes, besonders die Haushalts-situation, engagiert mitgestaltet, auch wenn er heute nicht hier sein kann. Ich möchte ihm auch von hier aus Genesungswünsche schicken. Im übrigen möchte ich in den Dank für die geleistete gute Arbeit auch Herrn Staatssekretär Gerlach einbeziehen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir reden nicht drum herum und geben dennoch zu: Die Verschuldung ist auch in Nordrhein-Westfalen zu hoch. Wir haben die in dem Koalitionsvertrag von 1995 vereinbarte Senkung der Nettokreditaufnahme nicht einhalten können. Die Ursachen habe ich benannt. Aber dieses Problem geht eindeutig auf den abenteuerlichen steuerpolitischen Kurs der Bundesregierung zurück. In unserem Haushalt dagegen haben wir so viel gespart und gekürzt

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- hören Sie doch einmal zu! -, daß wir bereits 1998 die Nettokreditaufnahme auf Null hätten senken können, Herr Linssen, wenn sich der Herr

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) Theo Waigel nicht immer verrechnet und uns immer wieder neue Haushaltslöcher präsentiert hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Trotz dieser Fehler aus Bonn können wir auch 1998 eine prozentuale Mehrbelastung des Haushaltes mit Zinsen vermeiden. Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Landes wird 1998 bei 9 % liegen. Die Zinslastquote ist damit in NRW seit 1990 um 1 % gesunken, während sie im Bund dramatisch gestiegen ist.

Wir GRÜNEN legen Wert darauf zu betonen, daß Nordrhein-Westfalen die Fähigkeit behält, wichtige soziale, ökologische und demokratische Reformvorhaben zu finanzieren. Das kann nur gelingen, wenn wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung unnötige Ausgaben konsequent abbauen, Synergieeffekte nutzen, Verwaltungstätigkeiten minimieren, die Effektivität von Programmen, Subventionen und Wirtschaftsmodellen und auch von Förderungsgrundsätzen auf den Prüfstand stellen,

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

- (B) Stellenkegel und Hierarchien in Frage stellen. Wir werden auch nicht - da gebe ich Ihnen recht, Herr Matthiesen - darum herumkommen, Leistungsgesetze und Strukturen zu untersuchen, um ungenutzte Ressourcen zu mobilisieren und sie dort hin umzuschichten, wo sie den Leistungen der Menschen zugute kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Zweck hatten die GRÜNEN schon im laufenden Jahr eine Sparkommission durchgesetzt, die eine Reihe wichtiger, praktikabler und sozialverträglicher Einsparverträge erarbeitet hat. Ein erheblicher Teil davon wurde vom Finanzminister bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes 1998 umgesetzt. Leider ist uns die Koalitionspartei diesmal noch nicht in allen Fällen gefolgt, zum Beispiel bei unserem Vorschlag, weitere 550 Millionen DM einzusparen. Aber die Koalitionsparteien sind sich einig, daß es 1998 eine weitere Sparkommission geben wird, die erneut alle Bereiche unter die Lupe nimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten öfter als Systemveränderer hingestellt worden. (C)

(Zuruf von der SPD: Seid Ihr gar nicht, ne?)

Auch Sie haben das hier öfter versucht. Die wahren Systemveränderer, liebe Kolleginnen und Kollegen, sitzen in Bonn. Wenn es 1998 keinen Politikwechsel gibt, dann stehen wir alle vor der tiefgreifendsten Systemveränderung, gekennzeichnet durch organisierten Egoismus, der Entsolidarisierung und der Plünderung der öffentlichen Haushalte - der größten der Nachkriegsgeschichte.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir werden gemeinsam alles tun, um hier in Nordrhein-Westfalen diese Systemveränderungen hin zum rigorosen Standortkapitalismus zu verhindern.

(Zuruf von den GRÜNEN: Verfassungsschutz einsetzen!)

Und auch Sie, Herr Oppositionsführer Linssen, beteiligen sich doch an vorderster Stelle daran, sozialverpflichtete Lösungen des rheinischen Kapitalismus durch Strategien der verbrannten Erde zu ersetzen. Wer hat denn, Herr Linssen, Wortbruch und Verrat des Bundeskanzlers an der Steinkohlefinanzierung durch den Sturzflug von 10 auf 3,8 Milliarden DM mit dem Verlust von 50 000 Arbeitsplätzen im Bergbau hier im Landtag als "tragfähige Lösung" verkauft? Wer war das denn? - Helmut Linssen, wenn ich mich recht erinnere. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Und Sie, Herr Linssen, haben hier heute morgen die Stirn, sich als Anwalt der Bergleute aufzuschwingen! Sie sind einer der profiliertesten Demonteurs der Kohlesubventionen und besitzen die Frechheit, heute als der Kohlefreund aufzutreten!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das können Sie uns nicht weißmachen! Ich sage nur: Chamäleon, dein Name sei Linssen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, Herr Dr. Linssen hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie diese? - Bitte schön!

(A) Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß es Ihrer Bundestagsfraktion und Ihrer Bundespartei vorbehalten geblieben ist, in ihrem neuesten Wahlprogramm den Ausstieg aus der Steinkohle für 2010 festzuschreiben, was heißt, daß Sie jetzt offensichtlich für den forcierten Rückgang der Subventionen eintreten wollen?

Roland Appel (GRÜNE*): Ich darf Sie darauf hinweisen, lieber Herr Kollege Linssen, daß Sie aus einem Wahlprogramm-Entwurf zitiert haben.

(Lachen bei der CDU)

Sie werden mir sicherlich zubilligen, daß der nordrhein-westfälische Landesverband, der über ein Drittel der Mitglieder der GRÜNEN stellt, da noch ein ordentliches Wörtchen mitzureden hat. Im übrigen darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß wir die Beschlußlage in Nordrhein-Westfalen für einen ehrlichen Gleitflug in Sachen Steinkohle sehr wohl schon lange klar haben,

(Beifall bei den GRÜNEN)

aber nicht für einen Sofortausstieg und nicht für einen steilen Abfall, sondern für einen sozialverträglichen Gleitflug, den Ihnen der Kollege Busch hier schon mindestens fünfzehnmal in dieser Legislaturperiode erklärt hat.

(B)

(Zurufe von der CDU: Lügen haben kurze Beine! und weitere Zurufe)

Ich unterstelle, daß Sie genau wissen, was damit gemeint war.

Während Ihr CSU-Parteigenosse Seehofer den Kahlschlag der Kuren durch eine versichertenfeindliche, angebliche Gesundheitsreform durchzieht, die 100 000 Arbeitsplätze in den Kurorten in Nordrhein-Westfalen in Gefahr bringt, lamentieren Sie mal wieder darüber, daß hier die Investitionssicherheit litte, bloß weil die Koalition ein durchaus gigantisches Braunkohleprojekt nach Recht und Gesetz prüft.

(Lachen bei der CDU)

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, daß da behördliches Prüfen in irgendeiner Weise falsch sein könnte oder einen Effekt auf das Investitionsklima hätte. Das ist wohl eine der Linssen-Schimären oder so. Aber gut, das mögen ja Sie verstehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen haben bei der Aufstellung dieses Haushaltes dafür gearbeitet, der chaotischen Bonner Politik entgegenzusteuern.

(C)

(Tätä, tätä! bei der CDU)

Von der ökologischen Innovation zur Investition in zukunftssichere, nachhaltig sichere Arbeitsplätze, lieber Herr Oppositionsschreier! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auf neue Arbeitsmaßnahmen, auf die Sicherung und Verstetigung des Landesprogramms "Arbeit statt Sozialhilfe" bis zur Förderung sozialer Wirtschaftsbetriebe mit zusätzlichen 8 Millionen DM - ich betone: bei langfristiger Verstetigung dieser Mittel durch entsprechende Verpflichtungsermächtigung - hingewirkt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auch durchgesetzt, daß 3,5 Millionen DM Hilfen für Wohnungslose, die bereits dem Rotstift zum Opfer gefallen waren, wieder zur Verfügung stehen, um die Not der Ärmsten der Armen zu lindern.

Rot-grüne Landesregierungen sind übrigens - das werden Sie ungerne hören, und es gehört sicher in die Rubrik "ungemeldete Sensationen", Herr Oppositionsvorsitzender - ökonomisch viel besser als ihr Ruf. Erklären Sie mir doch einmal, wieso eigentlich neben Bayern, dem einzigen schwarzen Bundesland, nur noch die drei rot-grün regierten Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg in den Bund-Länder-Finanzausgleich einzahlen, und zwar nicht zu wenig! Erklären Sie mir das einmal! Es ist das 40 Jahre lang schwarz mit gelb oder rot regierte Baden-Württemberg, das in den letzten fünf Jahren über 400 000 Arbeitsplätze abgebaut hat.

(D)

Natürlich gibt es Probleme, die wir in Zukunft mit anderen Mitteln angehen müssen. Ich nenne an dieser Stelle das ganz bedrückende Problem der Jugendarbeitslosigkeit. Der Lehrstellenmangel ist auch in diesem Jahr wieder erschreckend! Und er ist in den Auswirkungen für die Betroffenen ein erster Schritt zur Perspektivlosigkeit. Eine Gesellschaft, die ihren Jugendlichen keine Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben gibt, vergeht sich nicht nur an den einzelnen jungen Menschen. Sie verspielt auch ihre ökonomische und soziale Basis, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Wo aber Vernunft und die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft versagen - und im Bereich der beruflichen Ausbildung ist das der Fall -, sind Regierungen und Gesetzgeber verpflichtet, dem Recht auf Bildung und dem Grundrecht auf freie Berufswahl

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) nötigenfalls gesetzlich Geltung zu verschaffen. So sieht es unsere Verfassung vor.

Zum sogenannten Ausbildungskonsens habe ich doch einige kritische Anmerkungen. Er hat eben nicht in erforderlichem Umfange so viele Lehrstellen schaffen können, wie wir uns gewünscht hätten.

Herr Linssen, Sie mögen noch so grinsen: Stellen Sie sich einmal vor, es ginge nach Ihren Vorstellungen: Ich bin sicher, dann würden Zehntausende von Jugendlichen nicht einmal in Warteschleifen und Weiterbildungsmaßnahmen auf ihre zweite Chance warten; es gäbe dann nichts außer einer Lehrstellenlotterie. Sie, Herr Meyer, wären der erste, der sich hämisch freuen und es anprangern würde, müßten der Wirtschaftsminister oder gar der Ministerpräsident jedes Jahr mit dem Präses auf Betteltour gehen, um am Ende zwar medienwirksam, aber, wie ich kritisch meine, schon etwas begrenzt effektiv 453 Lehrstellen einzusammeln.

Man stelle sich vor: Minister Horstmann mit dem Roten Kreuz auf Reisen für Drogentherapieplätze! Minister Behrens mit der Caritas auf Tour für Haftplätze! Und Minister Vesper und Kardinal Meißner führen mit jedem Bauherren Vier-Augen-Gespräche über die Installation von Sonnenkollektoren ohne einen Pfennig Geld! - Ich finde, da gibt es doch noch ein bißchen was am Konzept zu verbessern.

- (B)

So, wie Sonnenkollektoren der REN-Breitenmittel im Haushalt bedürfen, braucht es zur Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen nach unserer Überzeugung der Ausbildungsplatzumlage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen keinen Dirigismus, sondern in der Regie der Kammern ein Umlagefinanzierungssystem. Und wir wissen, daß uns viele Handwerksmeister und -meisterinnen in Nordrhein-Westfalen insofern völlig folgen und daß es auch ihr Dachverband hinter vorgehaltener Hand immer wieder zugibt, auch wenn er öffentlich immer wieder in die Nibelungentreue zu den Industrie- und Handelskammern gezwungen wird. Das ist nämlich der eigentliche Punkt. Ich bin nach den Beschlüssen des SPD-Bundesparteitages optimistisch, daß wir im kommenden Jahr darüber mit unserem Koalitionspartner erneut sprechen werden.

Rot-grün ist entgegen Ihren ideologischen Ablenkungsmanövern, Herr Linssen, gut für Arbeitsplätze und ein gutes Investitionsklima.

(Huil bei der CDU)

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat mit dieser Koalition wichtige Schritte zum Strukturwandel in Richtung auf eine ökologische Wirtschaft getan, auch wenn uns GRÜNE das Tempo manchmal noch nicht befriedigt. Mit dem 256-Millionen-DM-Programm zur Abwasserabgabe der Umweltministerin sind über 6 000 Arbeitsplätze dauerhaft gesichert worden.

Damit werden ökologische Sinnhaftigkeit und positiver Arbeitsplatzeffekt von Ökoabgaben beispielhaft nachgewiesen.

Das REN-Breitenförderungsprogramm im Haushalt des Bauministers wurde um weitere 4 Millionen DM aufgestockt und wird Arbeitsplätze sichern. Während sich der Bund 1998 im sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen mit schlappen 160 Millionen DM engagiert, bringt der Bauminister mit 830 Millionen DM mehr als fünfmal soviel wie der Bund für den sozialen Wohnungsbau auf, und er sichert und schafft damit Arbeitsplätze.

(Zuruf von der CDU: Das ist auch seine Aufgabe!)

Das REN-Programm hat Erfolge wie etwa den bundesweit dritthöchsten Anteil Nordrhein-Westfalens an der Energieerzeugung mit Windenergie und den größten Anteil von Photovoltaik an der Energieerzeugung gefördert und vorgebracht. Trotzdem reichen diese Anstrengungen angesichts der globalen Erwärmung und Veränderungen der Erdatmosphäre keinesfalls aus.

Mit mehreren Millionen DM an Investitionen ist die Solarzellenfabrik in Gelsenkirchen zu begrüßen. Dort werden weitere nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen und im Jahr ein Viertel der Gesamtproduktion an Solarzellen des gesamten Erdballs hergestellt. Ich glaube, das ist ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Energiewende, aber jeweils einige wenige Millionen DM im Landeshaushalt. Kein Vergleich wäre das zum Energiespar- und Arbeitsplatzeffekt, wenn sich die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke endlich dazu entschließen könnten, auf das energiepolitisch gefährliche Projekt Garzwei-

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) ler II zu verzichten und statt dessen die 25 Milliarden DM Rücklagen, die sie für die Kraftwerks-erneuerung haben, in Kraft-Wärme-Kopplung zu investieren, um damit den Energieverbrauch in Nordrhein-Westfalen drastisch zu senken und viele Zehntausende neue Arbeitsplätze im Ruhrgebiet zu schaffen; das wäre möglich. Leider scheitert das an der Einsicht.

Noch gibt es in diesem Raum viele, Herr Linssen - Sie amüsieren sich offensichtlich wieder darüber -, die an altem Denken hängen. Herr Linssen, welches Wort haben Sie doch so gerne in mancher Debatte hier benutzt? - Ja, es war das Wort "mannhaft": Mannhaft sollte sich der Wirtschaftsminister gegen die Umweltministerin durchsetzen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Damit waren Sie nicht gemeint! Fühlen Sie sich nicht angesprochen!)

Wenn "mannhaft" bedeutet, daß Sie sich gegen die Vernunft für manche Projekte einsetzen,

(Zuruf der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

dann empfinde ich das als eine eigenartige Terminologie. Sie können diese Form der Mannhaftigkeit von uns nicht verlangen.

(B) (Zuruf der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es könnte auch sein, daß diese Mannhaftigkeit von einem unserer Urenkel als eine wesentliche Ursache der Zerstörung der Erdatmosphäre genannt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist übrigens wahrscheinlich eine Chance für Herrn Linssen, in der Geschichte nachträglich noch einmal ganz groß herauszukommen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen schafft mit diesem Haushalt durch das Umsteuern in der Umweltpolitik und durch erste Schritte zu einer Verkehrswende Arbeitsplätze. Die Sicherung nichtbundeseigener Eisenbahnen wird aufgestockt, wie schon der integrierte Taktverkehr im ÖPNV verstärkt worden ist. Zusätzliche Mittel fließen in die Rad-Schiene-Technik.

Es bleibt eine zentrale Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, daß der bis zum Jahre 2010 um 50 % ansteigende Güterverkehr auf die Schiene verlagert wird. Die Einrichtung der Güterverkehrszen-

tren Duisburg und Köln ist ein erster Schritt. Leider ist zu befürchten, daß dadurch eher Verkehr von der Schiene auf die Straße gebracht wird, wenn es uns nicht gelingt, die Güterverkehrsstraßen im Ruhrgebiet auf der Schiene zu erhalten und für den Güterfernverkehr zu mobilisieren und zu sichern.

(C)

Aber auch mit zusätzlichen Mitteln für den kommunalen Radwegebau haben die Fraktionen nochmals einen kleinen, aber wichtigen Beitrag geleistet, um die Verkehrswende voranzubringen.

Darüber hinaus fördert die Koalition von GRÜNEN und SPD ökonomische Alternativen in Technologiezentren, und wir haben erreicht, daß es spezielle Existenzgründungsprogramme für Frauen gibt, die neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk fördern. Verstehen Sie, Herr Linssen: Das ist unser Beitrag gegen die Mannhaftigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit uns ist eine Umstellung der Wirtschaftsförderung zu kleinen und mittleren Unternehmen hin erfolgt, weil diese volkswirtschaftlich betrachtet nicht nur das höchste Plus an Arbeitsplätzen bringen, sondern auch nach Untersuchungen von Wirtschaftsprüfungsunternehmen wesentlich effektiver als Großkonzerne arbeiten.

(D)

Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen kann nicht eine der wichtigsten Zuwachsbranchen des Landes, nämlich die Medienwirtschaft, außer acht lassen. Auch hier ist es das Bestreben von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vorrangig mittelständischen und kleinen Unternehmen den Zugang zur schönen neuen Medienwelt zu sichern. Vor dem Hintergrund der Medienglobalriesen Bertelsmann und Kirch ist die Frage nach dem Marktzugang des mittelständischen TV-Betriebes noch völlig offen und muß gesichert werden.

Seit - ich nenne es einmal so - Kirch/Bertelskom oder Telekom/Bertelskirch ihre d-box als Monopolisten vermarkten, sind meines Erachtens, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern in Gefahr, weil die Kartellgesetzgebung und auch die Konzentrationsbestimmungen des Medienstaatsvertrages, den wir vor einem Jahr entwickelt haben, völlig versagt haben.

Da schweigen Sie übrigens, Herr Linssen, und sagen überhaupt nichts dazu. Sie könnten sich

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) doch einmal für mehr Marktwirtschaft einsetzen. Davon habe ich überhaupt nichts gehört. Mit Marktwirtschaft, für die Sie hier immer plädieren, haben Sie offensichtlich ebenso wenig zu tun wie mit anderem. Das ist aber wahrscheinlich daraus erklärlich, daß die CDU heute etwas blasse Politiker dort hinsetzt, wo früher einmal so markante Personen wie Hans Katzer oder Heinrich Köppler gesessen und deutliche Worte in diesem Landtag gefunden haben. Ich glaube, auch Ludwig Erhard würde sich im Grabe umdrehen, könnte er den Medienwirtschaftskurs der CDU in Nordrhein-Westfalen verfolgen.

Immer mehr Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen, arbeiten unter Bedingungen, die mit der Veränderung der neuen Arbeitswelt und mit der Aufklärung über Chancen und Risiken der Telearbeit - so zum Beispiel den Rahmenbedingungen eines Call-Centers, wo Menschen anrufen und bestellen oder Aufträge tätigen - nicht Schritt halten. Um Innovation und Strukturwandel aber im Einklang mit sozialer Verantwortung zu halten - und das ist der Kurs dieser Koalitionsregierung hier in Nordrhein-Westfalen -, sind Schutzvorschriften für die Menschen notwendig, die dort arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Das, Herr Linssen, ist auch ein Aspekt von Sicherheit - des Wortes, das Sie so gerne als Wahlkampfthema und als Sprechblase im Mund führen. Es sind doch immer die unsicheren sozialen Lebensbedingungen, die Unsicherheiten über den Arbeitsplatz und die soziale Zukunft, die Ängste bei den Menschen mobilisieren.

Sie versuchen, diese Ängste mit Ihrer Kampagne über angeblich importierte Kriminalität und Ausländerkriminalität sowie durch Stigmatisierung von Minderheiten zu kanalisieren, um die Verantwortung von sich zu schieben und hier politische Ablenkungsmanöver zu starten. Sie wollen auch im kommenden Bundestagswahlkampf die Kriminalitätsfurcht so instrumentalisieren, wie Sie manchen latenten Rassismus in Ihrer Kampagne gegen das Asylrecht hier jahrelang instrumentalisiert haben. Ich finde es beschämend, daß Sie sich heute in der Debatte auch noch gerühmt haben, Artikel 16 GG ausgehöhlt zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Öffentliche Sicherheit hat mit Ihrer Politik wenig zu tun, Herr Linssen. Das zeigt sich schon daran, daß Ihre Bundesregierung nicht nur für die Polizei- und Strafgesetze der letzten 15 Jahre verantwortlich ist. Wenn Sie hier den Kriminalitätsanstieg beschwören, müssen Sie sich die Frage stellen lassen: Was haben denn Herr Kanther und andere getan? Ich will es Ihnen sagen: Sie konnten gar nichts tun. Sie haben Bürgerrechte eingeschränkt, Sie haben aber nicht dabei geholfen, die wirklichen Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen, und das sind immer soziale Ursachen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Heinz Paus meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Herr Paus, wenn Herr Linssen hier von Repression und Prävention redet, so klingt das alles wunderbar. Aber Prävention ist eine gesellschaftliche und nicht in erster Linie eine polizeiliche Aufgabe. Ich bin dankbar, daß die nordrhein-westfälische Polizei - übrigens bundesweit führend - mit Präventionsprojekten vorangeht. Wir haben in dieser Koalition in Nordrhein-Westfalen doch opferspezifische Präventionsprojekte durchgesetzt. Da haben Sie die Aktion "Liebe verdient Respekt", bei der es darum ging, die Opfer antischwuler und antilesbischer Gewalt zu schützen, hier durch den Kakao zu ziehen versucht. Sie haben sie mädig gemacht, und dann reden Sie hier von Prävention. Das ist doch, das ist doch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Appel, würden Sie eine Frage von Herrn Paus zulassen?

Roland Appel (GRÜNE)*: Wenn ich mit dem Punkt fertig bin, kann er gerne fragen.

Präsident Ulrich Schmidt: Also jetzt noch nicht?

Roland Appel (GRÜNE)*: Richtig, Herr Präsident. - Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat sich eindeutig und früher, als Sie das überhaupt wollten, mit zielgruppenspezifischen Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit beschäftigt, hat Prävention betrieben, und diese Prävention hat auch genutzt. Aber, Herr Linssen, wenn Sie mit Ihrem Reden

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) von importierter Kriminalität und Ausländerkriminalität im nächsten Jahr wieder anfangen, bin ich nicht sicher, daß wir dann nicht wieder Präventionsprojekte in diesem Bereich brauchen. Die Wirkung, die Ihre Reden in manchen Wirrköpfen haben, setzt ein Zeichen, daß das, was die tun, zumindest von der Richtung der Diskussion her stillschweigend auch von anderen ein bißchen so gesehen wird. Ich finde das ganz schwierig.

Sie haben sich hier darüber ausgelassen - wir haben das schon in der Debatte um den Innenhaushalt gehört -, daß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD erwägen, in Nordrhein-Westfalen einen Polizeibeauftragten einzuführen, weil wir sehr wohl wissen, daß oft, unverschuldet von der gut ausgebildeten Polizei, im Eifer des Gefechts ein Mißverständnis zwischen Bürgerinnen und Polizei entsteht.

Ich nenne Ihnen dazu ein Beispiel: In Bonn bekommt ein Polizist, dessen Ruf völlig einwandfrei ist und der keinerlei fremdenfeindlicher Aktivitäten zu zeihen ist, einen Anruf: Wohnungseinbruch, Schwarzer ist flüchtig. - Er fährt nach Bonn-Tannenbusch. Auf dem Weg dahin kommt ihm ein Schwarzer entgegen. Die Polizisten halten an und nehmen ihn fest. Bedauerlicherweise spricht der Mann nur französisch, die Polizisten sprechen nur deutsch oder rheinisch.

(B) Das Mißverständnis nimmt seinen Lauf. Sie müssen ihm unter Anwendung unmittelbaren Zwangs klarmachen, daß sie ihn mitnehmen müssen, stellen ihn am Tatort gegenüber, alles klärt sich auf: Er ist nicht der Täter gewesen. Weil sie sich immer noch nicht verständigen können, fühlt er sich diskriminiert, geht zum antirassistischen Telefon in Bonn. Dort rät man ihm, eine Anzeige zu erstatten. Das tut er auch, und dann ermittelt die Staatsanwaltschaft. Nach einiger Zeit wird das Strafverfahren wegen rassistischen Übergriffs eingestellt.

Beide sind am Ende unzufrieden. Der Betroffene fragt sich: Was ist das für eine Justiz? Ich werde festgenommen, bloß weil ich eine andere Hautfarbe habe, und am Ende kriegen die auch noch recht. Der andere sagt: Ich wollte ihm doch gar nichts.

Das ist ein klassischer Fall, im außergerichtlichen Bereich dafür zu sorgen, daß die Menschen an einen Tisch kommen. Weil es eine Vielzahl solcher und ähnlicher Fälle gibt und weil uns daran

gelegentlich ist, das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Polizei zu verbessern, und weil wir wissen, daß 98 % der Straftaten nicht durch polizeiliche Arbeit, sondern durch Mithilfe der Bevölkerung aufgeklärt werden, wir also ein vertrauensvolles Klima zwischen Polizei und Bevölkerung brauchen, um Kriminalität wirksam zu bekämpfen, will diese Koalition einen Polizeibeauftragten. Deshalb sollten Sie sich nicht darüber hermachen, Sie verstehen nämlich gar nichts davon.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich erspare es mir, Herr Paus, Ihre Herangehensweise an die Drogenkriminalität hier weiter auszubreiten. Ich erlaube mir nur ein Wort zu dem, was Herr Linssen gesagt hat. Herr Linssen, in der Zeit Ihrer Bundesregierung hat die Drogenkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland um 360 % zugenommen.

(Heinz Paus [CDU]: Das belegen Sie einmal)

- Das ist eine Zahl, die die Bundesregierung in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage angegeben hat. Das können Sie nachlesen, Herr Paus.

Spätestens dieses Ergebnis und die Tatsache, daß 16 Polizeipräsidenten in der Bundesrepublik fordern, daß an schwerst Abhängige Heroin als Originalstoff abgegeben werden sollte, um zu verhindern, daß sie nicht weiter beschaffungskriminell sind, sollten Ihnen wenigstens ein bißchen zu denken geben und sollten ein wenig Ihre einfachen Antworten auf komplizierte Fragen bremsen, die Sie uns hier immer wieder zu servieren versuchen.

(Heinz-Helmich van Schewick [CDU]: Aber ist Prävention nicht besser?)

Wir haben uns in diesem Haushalt bemüht ---

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen)

- Herr Linssen, wenn Sie meinen, anstatt zum Haushalt 25 Minuten über Ihr Lieblingsthema Garzweiler in einer Art und Weise reden zu müssen, daß RTL oder SAT.1 das demnächst als Soap-Opera weitertreiben kann, dann ist das doch Ihr Problem, dann werde ich doch nicht aufhören, hier vom Haushalt zu reden. Der steht nämlich heute auf der Tagesordnung!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) Wir haben uns im Haushalt mit unserer Forderung - dazu sage ich: wir hätten es gern anders gehabt - leider nicht durchsetzen können, den Gemeinden die Kosten für Bürgerkriegsflüchtlinge auch 1998 voll zu erstatten. Wir wissen um den Vertreibungsdruck, der im nächsten Jahr möglicherweise in den Kommunen entstehen wird, wenn im Wahlkampf wieder so manches erzählt wird. Wir haben schweren Herzens zugestimmt, nachdem die SPD-Fraktion lediglich in eine Finanzierung für die traumatisierten Opfer und Kontingentbosnier im Umfang von 30 Millionen DM eingewilligt hat. Es ist aber auch hier wieder der Bund, der die Länder mit der Finanzierung der staatlichen Aufgabe "Finanzierung der Bürgerkriegsflüchtlinge" allein gelassen hat. Das muß man hier so klar sagen und benennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Appel, lassen Sie jetzt eine Frage des Kollegen Paus zu?

Roland Appel (GRÜNE)*: Wenn es der Wahrheitsfindung dient.

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Wahrscheinlich - oder nicht? Ich gebe einmal weiter.

Heinz Paus (CDU)*: Da bin ich nicht ganz so optimistisch, aber ich will es trotzdem versuchen, Herr Appel.

Jetzt haben wir von Ihnen in der Diskussion gehört, Sie hätten gern in Sachen Asylbewerberkostenerstattung das getan, Sie hätten sich aber nicht durchsetzen können. Dasselbe haben Sie SPD-Kollegen gesagt. Wer hat das denn nun in der Koalition entschieden?

Roland Appel (GRÜNE)*: Wir haben das nach den Mitteln und Möglichkeiten beschlossen, die uns dieser Haushalt und die uns das Finanzloch Ihres Chaos-Bundesfinanzministers Waigel noch gelassen haben.

(Lachen bei der CDU)

Sie wissen ganz genau, daß es dann, wenn eine Fraktion etwas möchte - das war in diesem Fall

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - und die andere sagt, sie könne das nicht, etwas schwieriger wird. Das wissen Sie auch selber. Das würden Sie auch wissen, wenn Sie einmal in die Lage kämen zu koalieren. Aber zum Glück kommen Sie nicht in diese Lage.

Wir haben im übrigen - das möchte ich an diesem Punkt noch einmal deutlich sagen - in Nordrhein-Westfalen übereinstimmend in dieser Koalition darauf verzichtet, die 108 Millionen DM bei den Gemeinden einzukassieren, um die diese in diesem und auch im nächsten Jahr dadurch entlastet werden, daß der Wirkungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes durch Kürzungen ausgedehnt worden ist. Ich will hier keinen Zweifel aufkommen lassen: Wir halten das gegenüber den Flüchtlingen für falsch. Aber wenn diese Bundesregelung schon durchgreift und umgesetzt werden muß nach Recht und Gesetz, dann sind wir als Land wenigstens nicht diejenigen gewesen, die diese eigentlich den Gemeinden abzuziehende Differenz kassiert haben. Das heißt, es findet also weiterhin eine gewisse Entlastung der Gemeinden in Höhe von 108 Millionen DM statt. Wir sind uns in der Koalition darin einig, daß diese Mittel in 1998 nicht kassiert werden und daß es so bleiben soll.

Ich nenne noch ein anderes Beispiel, bei dem der Oppositionsvorsitzende heute morgen recht zweifelhafte Worte gefunden hat. Ich spreche dazu die Kindergartenfinanzierung an.

Vollmundig - das ist so ähnlich wie bei den Bürgerkriegsflüchtlingen, wo Bonn sagt, sie würden aufgenommen, aber die Länder hätten zu bezahlen - beschließt die Bundesregierung den Rechtsanspruch und läßt die Länder bei der Finanzierung weitgehend allein. Nun droht eine immer größere Finanzierungslücke. Ich sage angesichts der berechtigten Elternproteste eines ganz klar: Einer Absenkung der Qualitätsstandards in Kindergärten werden wir uns widersetzen. Der Referentenentwurf des GTK ist zurückgezogen. Wir haben ihn als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch nicht geteilt. Ihre konkreten Vorschläge, Herr Linssen, wie diese Situation verbessert werden könnte, habe ich heute morgen in Ihrer Rede vermißt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dagegen haben Sie sich noch einmal der Zerstörung des Asylrechts gerühmt. Das habe ich vorhin schon benannt. Dazu sage ich Ihnen folgen-

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) des: Weder durch immer stärkere Abschottung der Bundesrepublik Deutschland und der EU gegenüber Flüchtlingen noch mit großem Lauschangriff und immer schärferen Strafgesetzen können Sie die soziale Unsicherheit der Menschen aus der Welt schaffen, deren Ursachen in Ihren Vorstellungen von Gesellschaft, nämlich in der geistig-moralischen Wende hin zur Ellbogengesellschaft, hin zur Entsolidarisierung, liegt. Da liegen die wirklichen gesellschaftlichen Ursachen.

Dabei sind Ihnen ja Bürgerrechte und Rechtsstaat und manchmal auch die Verfassung ziemlich gleich. Das ist meines Erachtens heute morgen auch ganz schön deutlich in Ihren Einlassungen zu Garzweiler II zum Ausdruck gekommen. Das wird derjenige feststellen, der das ganz genau liest. Aber ich sage dazu noch etwas.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in Nordrhein-Westfalen eine völlig andere Migrationspolitik durchgesetzt. Der Migrationsausschuß des Landtages, das Migrationsinstitut in Solingen, das in diesen Tagen eröffnet wird, und die institutionell geförderte Vertretung der Selbstorganisation von Eingewanderten sind vorbildliche Schritte zur aktiven Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland. Wir sind seit Jahrzehnten eine Einwanderungsgesellschaft, Herr Linssen, auch wenn Sie das hier immer wieder zu negieren versuchen.

(B) Ich finde es, ehrlich gesagt, peinlich, Herr Linssen, wenn Sie sich heute morgen hier hinstellen und von der Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechtes und von Integration reden. Wir wissen doch ganz genau, daß es die Betonköpfe in Ihrer eigenen Partei und in der CSU sind, die sich immer noch weigern, das Blutsstaatsbürgerschaftsrecht von 1913 - ich habe mich nicht versprochen - in ein modernes, am Geburtsort orientiertes Staatsbürgerschaftsrecht umzuwandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ergebnisse, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Konferenz von Kyoto sind - so zeigt sich das heute - ziemlich skandalös. Eine nennenswerte Reduzierung der Treibhausgase konnte nicht vereinbart werden. Im Klartext: Wir wissen nicht, ob die Probleme des Planeten Erde und das empfindliche Gleichgewicht seiner Atmosphäre im Jahre 2050 noch beherrschbar sein werden. Diese Situation, lieber Herr Linssen, läßt die Problematik der CO₂-intensiven Braunkohleverstromung in

zusätzlichem Zwielficht erscheinen. Wenn menschliche Vernunft angesichts der globalen Erwärmung der Erdatmosphäre mit allen ihren Folgen eine andere Energieerzeugung, nämlich kleine dezentrale kraftwärmegekoppelte Erdgaskraftwerke mit bis zu 85 % Wirkungsgrad, erschaffen und bauen kann, wieso, frage ich Sie, sollten statt dessen braunkohlebefeuerte Kraftwerkssaurier mit maximal 42 % Wirkungsgrad gebaut werden. Ein solches Weltbild kann doch nur aus Mannhaftigkeit entsprungen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Herr Linssen, ich werde mir an dieser Stelle nicht die Freude versagen, Sie mit Ihren Äußerungen zu Garzweiler II in der Vergangenheit zu konfrontieren. Wie klingt es uns allen noch im Ohr, wie der heutige Oppositionsvorsitzende und damalige Mitkonkurrent von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um die Meinungsführerschaft in der Opposition im Frühjahr 1995 die Rückholbarkeit des Projekts unterstrichen hat.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja, dazu stehe ich auch!)

Die CDU hat damals sogar gegen den Antrag der SPD-Landesregierung zur Leitentscheidung Garzweiler II gestimmt. Das ist heute alles vergessen. Sie haben heute morgen wieder ein glühendes Bekenntnis zur Braunkohle abgelegt. Eines dieser Bekenntnisse jagte in den letzten Tagen das andere.

Das Genehmigungsverfahren zu Garzweiler II, meine Damen und Herren, wird nach Recht und Gesetz zügig und sorgfältig abgewickelt. Das bedeutet aber auch, daß die wasserrechtlichen Fragen, die ein Projekt von 48 Quadratkilometern Umfang mit sich bringt, nicht in einem Versuch politischer Einflußnahme vom Tisch gewischt werden dürfen.

Wir haben es bei Garzweiler II erstmalig mit einem Projekt zu tun, für das - das ist neu in der Geschichte der Braunkohletagebaue - ein Rahmenbetriebsplan für einen Zeitraum von 50 Jahren in einem Stück erteilt werden soll. Bei allen vorangegangenen Tagebauen sind jeweils Teilrahmenbetriebspläne für Abschnitte von 5 bis 8 Jahren erstellt worden.

Ich will jetzt keine Spekulationen darüber anstellen, warum in diesem politisch umstrittenen, en-

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) gergiepolitisch unserer Meinung nach unsinnigen und umweltrechtlich zweifelhaften Projekt gerade das Unternehmen von der bisherigen Praxis, Teilgenehmigungen zu beantragen, abgewichen ist. Die Gründe kann sich jeder denken. Um so entscheidender ist, daß die Umweltministerin die Prüfung der wasserrechtlichen Fragen souverän, sorgfältig und zügig ohne politische Einflußnahme nach Recht und Gesetz ergebnisoffen durchführen kann.

Wer vor dieser Prüfung die wasserrechtliche Entscheidung präjudizieren will, wer die Umweltministerin aus diesem Verfahren ausklammern will oder das Ergebnis der wasserrechtlichen Prüfung im Rahmenbetriebsplan vorwegnehmen oder rechtliches Ermessen einschränken will, der würde nicht nach Recht und Gesetz handeln, sondern sich dem Verdacht aussetzen, Unternehmensinteressen über die Frage möglicher Gemeinschaftlichkeit und den Schutz der Umwelt zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein solches Verfahren wäre nicht rechtsstaatlich. Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben von Anfang an erklärt und stehen dazu, daß wir ein rechtsstaatliches Verfahren mittragen,

- (B) (Zuruf von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

egal, ob uns das Endergebnis gefällt oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt für die Arbeit der Umweltministerin, das muß aber auch für alle anderen Beteiligten gelten.

Ein einwandfreies Verfahren nach Recht und Gesetz tragen wir mit; aber einer Genehmigung unter Einflußnahme von Interessengruppen und damit der Schaffung einer Art - ich will es so sagen - rheinischen Landrechtes würden wir uns widersetzen müssen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was soll das denn? - Beifall bei den GRÜNEN)

Was aber hat die CDU in der letzten Woche versucht, Herr Linssen, als sie 2 Millionen DM, die im Haushalt der Umweltministerin für Gutachten im Zusammenhang mit der Prüfung der wasserrechtlichen Erlaubnis vorgesehen sind, streichen wollte? Das ist am besten zu verstehen, wenn man sich vor Augen führt, daß der Innenminister einen ähnlichen Titel in seinem Haushalt hat, bei

dem es um Gutachten zur Ermittlung von Rechtsstatsachen nach Blutproben in polizeilichen Kontrollen geht. (C)

Ein Parlament, das hier in das laufende Geschäft der Regierung eingreifen wollte, würde allerdings

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was soll das denn für ein Vergleich sein?)

- Ja, es handelt sich hier um die Ermittlung von Tatsachen, Herr Linssen. Das muß zügig und im Notfall auch sehr schnell passieren können.

Wenn Sie nun mit verschiedenen Tricks versuchen würden, die Mittel zu streichen - Ihr Antrag, die Mittel zu streichen und dort einzugreifen, war ja ein Trick -, würden Sie die unverzügliche Ermittlung von Tatsachen im laufenden Verfahren behindern. Aber Sie haben es Gott sei Dank nicht geschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist dabei völlig unerheblich, Herr Linssen, ob es sich wie im Fall des Innenministers um Strafverfahren gegen Verkehrsteilnehmer oder eben um bergrechtliches Genehmigungsverfahren handelt. Im ersten Fall würden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft behindert, im zweiten Fall entstünden durch die Verzögerung Schadenersatzansprüche. (D)

Wenn etwa die Umweltministerin erst im Umweltausschuß das Parlament um Erlaubnis für ein Gutachten oder um besondere Mittel fragen müßte, entstünden dadurch eine vermeidbare Verzögerung und damit unter Umständen ebengenannte Schadenersatzansprüche des bergbautreibenden Unternehmens.

Herr Linssen, es ist deshalb völlig widersinnig - ich verstehe das auch nicht -, daß Sie letzte Woche die Streichung dieser Mittel beantragt haben.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich meine auch, daß die IG Bergbau, Chemie und Energie mit ihrer Forderung, diese Mittel zu streichen - Sie haben Ihren Vorschlag wohl aufgenommen -, in Wahrheit gegen die Interessen des Unternehmens und damit ihrer Mitglieder gehandelt hat und sich vor ihren parteipolitischen Karren hat spannen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) Ich spreche den SPD-Fraktionsvorsitzenden an dieser Stelle ausdrücklich an: Lieber Klaus, ich bin dir dankbar, daß auch du in der letzten Woche in den eigenen Reihen eine solche politische Einflußnahme auf das Verfahren mittels eines Sperrvermerks im Haushalt verhindert hast.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Politische Einflußnahme über einen Haushaltsbetrag auf ein Genehmigungsverfahren in einem Titel, den die Landesregierung und hier insbesondere Bärbel Höhn und Wolfgang Clement einvernehmlich mit der Ergänzungsvorlage in den Haushalt eingestellt haben, das ---

(Zurufe von der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Appel, würden Sie eine Frage des Abgeordneten Matthiesen beantworten?

Roland Appel (GRÜNE): Aber immer.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön.

(B)

Klaus Matthiesen (SPD): Lieber Roland!

(Allgemeine Heiterkeit - Heinz Hardt [CDU]: Soweit sind sie schon!)

Du bist ja für Späße bekannt, aber ernsthaft gefragt: Ist ein Fall aus der Vergangenheit vorstellbar, jetzt abstrakt gesprochen, in dem sich dieses Parlament oder Ausschüsse nach Ihren Aussagen dieses "unverschämte" Recht genommen hätten, im Sinne des Budgetrechtes einzelne Etatpositionen zu sperren und dann nach Diskussionen mit der Regierung freizugeben, worauf Schadenersatzforderungen an das Parlament durch diejenigen gerichtet worden wären, die da irgendwie ... ? Das hätte ich gerne aufgeklärt, weil das für mich eine Grundsatzfrage von Parlament und überhaupt und so ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Roland Appel (GRÜNE)*: Ja, lieber Kollege Matthiesen, das war gerade der Kern meiner Aussage.

(C)

(Allgemeine Heiterkeit)

Wenn das Parlament hier eingreifen würde und es zu Verzögerungen käme, wäre das Parlament nicht - das habe ich auch nicht gesagt - für den Schaden haftbar zu machen. Es würde aber gleichwohl eine Verzögerung entstehen, die, wenn sie die Landesregierung zu verantworten hätte, entsprechende Schadenersatzpflichten nach sich ziehen könnte. Aber das ist eine ganz theoretische Frage, Herr Matthiesen.

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Matthiesen möchte eine Zusatzfrage stellen. Gestatten Sie?

(Zustimmung des Roland Appel [GRÜNE])

- Bitte schön.

Klaus Matthiesen (SPD): Deshalb frage ich auch nur theoretisch weiter, verehrter Herr Kollege Appel, ob Sie jetzt nicht auf einem Weg sind, der tendenziell darauf hinauslaufen könnte, daß Sie uns als Parlament überflüssig machen wollen?

(D)

Roland Appel (GRÜNE)*: Lieber Kollege Matthiesen, wer wollte denn den Versuch auch nur wagen, Sie überflüssig zu machen?

(Allgemeine Heiterkeit - Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist richtig! Und da das Fernsehen das jetzt mitschneidet, ist das eine schöne Botschaft, zumal sie gerade von Ihnen kommt!)

Präsident Ulrich Schmidt: Keine Zwiegespräche bitte. Die Fragen sind beantwortet. - Kollege Linssen hat noch eine Frage. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen (CDU)*: Herr Kollege Appel, könnte es denn sein, daß, wenn das stimmt, was der SPD-Fraktionsvorsitzende erklärt hat, daß es nämlich überhaupt keine Frage mehr gibt, die offen ist und geprüft werden könnte, selbst dann,

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) wenn jetzt Mittel im Haushalt vorhanden sind und Sie nicht die Beschwerden mit dem Umweltausschuß haben, dennoch eine Verzögerung des ganzen Verfahrens eintreten könnte?

Roland Appel (GRÜNE)*: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, Herr Linssen, weil es einen solchen von Ihnen unterstellten Zeitdruck oder Zeitplan meines Wissens überhaupt nicht gibt.

(Heinz Paus [CDU]: Doch!)

Das unterstellen Sie. Das müssen Sie schon in Ihren eigenen Oppositionsreden nachlesen. Ich kann da nicht zur Aufhellung beitragen.

Ich weiß auch nicht, ob Ihre Frage zielführend gemeint war. Zielführend ist vielmehr - und da bin ich sicher -, daß die Klärung der wasserrechtlichen Fragen nach Recht und Gesetz, das heißt frei von politischen Einflüssen, stattfinden kann und damit das Verfahren ergebnisoffen bleibt, wie es Recht und Gesetz erfordern.

Herr Linssen, ich muß Ihnen sagen, ich verstehe auch nicht, was Sie am letzten Freitag mit Ihrem Theater in Wirklichkeit wollten. Sie sind ja ganz schön eingebrochen.

- (B) (Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was? Wer ist eingebrochen?)

Grundlage - der Ministerpräsident war in diesem Fall die Zielperson - war ein großer Lauschangriff. Spätestens seit einem "Aktuelle Stunde"-Bericht in der letzten Woche wissen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daß der große Lauschangriff eben nicht nur gegen Schwerverbrecher, sondern auch gegen völlig unbescholtene, vor allem nichtsahnende Bürger, sogar gegen Ministerpräsidenten Realität werden kann. Ich finde, das sollte sich die SPD bei Ihrem Abstimmungsverhalten im Bundestag noch einmal überlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Linssen, Sie können sich noch so anstrengen, Sie werden mit ihren Schauergeschichten und Rücktrittsinterpretationen - und was es da alles gibt - keinen Kratzer am Bild dieses Ministerpräsidenten machen können,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

weil die Menschen es merken, wie durchsichtig Ihre Methoden - Lauschangriff, Zitat - sind, daß

Ihre Methoden unlauter sind, daß Sie Klamauk machen um des Klamauks willen und daß Ihnen zum Beispiel der Klamauk vom letzten Freitag wichtiger war als eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Not an den Hochschulen in diesem Land. Das ist doch der Kern Ihrer Politik.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Heinz Paus [CDU]: Wer ist denn ausgezogen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich weiß - und das unterscheidet uns auch grundsätzlich -, daß sich einige Kollegen auch in der Koalition in den Debatten der letzten Tage ein bißchen darüber geärgert haben, daß es hier Kolleginnen und Kollegen gegeben hat, die im Rahmen ihrer Tätigkeit auch ihre persönliche Meinung und ihre Gewissensgründe als Abgeordnete zum Ausdruck gebracht haben. Ich sage hierzu: Ich muß das, was dort aus Gewissensgründen vorgebracht worden ist, inhaltlich nicht teilen, aber ich verteidige das Recht, hier aus Gewissensgründen die Meinung sagen zu können. Ich meine, daß es eine Verneigung vor den parlamentarischen Rechten ist, wenn man das tut, und daß es auch einer Fraktion, die das zuläßt, gut ansteht, weil es nämlich zur Demokratie gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eben etwas anderes als der Klamauk, den Sie hier zum Teil vorführen.

(Heinz Paus [CDU]: Wer ist denn hier ausgezogen! Hören Sie auf mit dem Schwachsinn! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie machen hier doch Theater!)

Er ist ohne Linie. Sie schwanken doch von Debatte zu Debatte zwischen der Frage, ob Sie nun einmal richtige Opposition machen wollen, und dem tiefen Wunsch, sich jedem künftigen Ministerpräsidenten am liebsten auf den Schoß zu setzen.

(Zurufe von der CDU: Helau! Helau!)

Herr Linssen, Ihre Fraktion kann froh sein, daß es keinen Elchtest für Fraktionsvorsitzende und ihre Linie gibt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Linssen, es entspricht übrigens auch ihrer gewohnten Sachkenntnis - eigentlich müßte man gar nicht dazu Stellung nehmen, aber es hat mich schon ein bißchen gejuckt -, daß Sie einen GRÜNEN-Parteitag sehr schlecht kennen, wenn

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) Sie meinen, er wäre für 2 Millionen DM zu kaufen. Das finde ich ein absurdes Beispiel.

(Heinz Paus [CDU]: Ist der etwa billiger?)

Das entspringt vielleicht Ihrer Phantasie und Ihren Assoziationen. Ich erinnere mich an das letzte Mal, als in der politischen Geschichte Stimmen gekauft wurden. Das war beim Mißtrauensvotum gegen Willy Brand 1972. Da hat man so manches gesehen. Das war wie übrigens auch die Landschaftspflege von Schmiergeldern von Flick in Bonn einer der Gründe dafür, daß die Menschen mit ihrer Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gezeigt haben und immer wieder zeigen, daß sie eine unbestechliche und nicht käufliche politische Alternative wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmüt Linsen [CDU] und Heinz Paus [CDU]: Tätä, Tätä, Tätä!)

(B) Herr Linssen, um zu Ihrem Chaos zu kommen und es am Ende auch richtig einordnen zu können, mache ich mir schon die Mühe, an folgendes zu erinnern: Vor zwei Jahren haben Sie an dieser Stelle Haushaltsanträge ohne jede Deckung vorgelegt. Im letzten Jahr haben Sie erst die Haushaltsdebatte boykottiert, dann haben Sie in der dritten Lesung Anträge nachgereicht und geglaubt, daß Sie hier eine historische Rede halten würden, und sind ganz kläglich eingebrochen.

Schade eigentlich, Herr Linssen. Ich finde, die CDU-Wählerinnen und -Wähler hätten eine bessere Opposition für ihre Stimme verdient. Ich finde, Ihre Fraktion sollte das tun, was Sie nach Ihrer Wahl öffentlich angekündigt hat: Sie sollte Sie entlasten. - Vielen Dank, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Heinz Paus [CDU]: Daß wir das noch erleben durften!)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Appel. - Ich erteile das Wort dem Ministerpräsidenten Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heinz Kühn nannte den Haushaltsplan das Schicksalsbuch des Landes. So ist es angemessen, daß wir uns anläßlich der dritten Lesung des Landeshaushal-

tes mit unserem Land beschäftigen, mit dem, was die Menschen bewegt, mit dem, was die politischen Diskussionen ergeben haben. (C)

Es sind in den dreieinhalb Stunden der Diskussion bereits viele Stichworte genannt worden. Auf einige will ich einzugehen versuchen.

Der Oppositionsführer hat an mehreren Stellen den Versuch gemacht, zwischen politischen Sachverhalten und mir als Person und meiner Lebensplanung Verbindungen herzustellen:

(Heinz Paus [CDU]: Das ist sehr interessant!)

beim Länderfinanzausgleich, bei der Steuerreform, bei Garzweiler II. Sie müssen es nicht glauben, Herr Linssen, aber Sie müssen es anhören: Ich tue nichts und ich unterlasse nichts, weil ich etwas werden will oder weil ich etwas bleiben will, sondern ich tue meine Arbeit, weil ich diesem Land gern diene. Ich tue das ohne den Blick auf mögliches Kommendes, ohne den Blick auf Gewesenes. Ich tue es gern.

(Zuruf von der CDU: Zukünftiges!)

- Zukünftiges!

Daß man an der Seite seines Parteivorsitzenden steht wie ich bei Lafontaine in der Frage der Steuerreform, das ist so wenig vorwerfbar wie der Verdacht, daß Sie in der Nähe von Helmut Kohl zu suchen sind. (D)

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Ich will meine Arbeit tun; ich will sie richtig tun. Ich tue sie mit einem Kabinett, das das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses hat, mit unterschiedlichen Akzenten, die sich aus dem Wahlergebnis von 1995 ergeben, das Sie kennen, das Sie bis heute erleiden. Aber das haben die Bürger so gewollt, und wir tun unsere Arbeit in der Verantwortung vor dem Bürger.

Wir haben allerdings seit diesem Wahlergebnis wichtige Veränderungen. Die allerwichtigste Veränderung, meine Damen und Herren, ist die, daß das einzige Mal in der Geschichte unseres Landes in zweieinhalb Jahren, in der Hälfte einer Wahlperiode, fünfmal Steuerschätzungen vorgelegt wurden, die jeweils unter der vorhergehenden lagen.

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) Daß sich die Staatsfinanzen im freien Fall befinden, und zwar bei Bund, Ländern und Gemeinden, das ist der Sachverhalt. Angesichts dieses Sachverhaltes haben wir es mit schwierigen Verhandlungen zwischen den Ländern, zwischen Bund und Ländern zu tun. Dabei spielt der Länderfinanzausgleich, auf den ich später noch zurückkomme, eine wichtige Rolle.

Nun haben Sie berichtet, ich hätte mich vor meiner Fraktion für die Rücktrittsandrohung entschuldigt. Das haben Sie gelesen.

(Zurufe von der CDU: So steht es in der Zeitung!)

- Ja, sicher steht es in der Zeitung. Ich würde es Ihnen gern im Wortlaut vorlesen: "Es tut mir leid, daß ich dieser Fraktion Mühe und Arbeit gemacht habe dadurch, daß ein freundschaftliches Gespräch mit Hans Vorpeil und mir über den WDR gelaufen ist." Das habe ich gesagt. Das stimmt auch, daß mir das leid tut. Es stimmt auch, daß ich zwei Sätze des Unmuts angesichts einer Diskussion über eine Haushaltsposition gesagt habe, die das Kabinett einstimmig beschlossen hatte und die ich zu vertreten und zu verteidigen habe. Mehr ist nicht geschehen.

(B) Wer daraus eine Rücktrittsdrohung macht, der überhöht einen Sachverhalt. Das sollte er nicht tun. Überhaupt meine ich, Herr Dr. Linssen, wir sollten mit der Sprache etwas vorsichtiger umgehen, als wir das manchmal tun.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer angesichts eines in der Tat streitigen Sachverhalts - wir haben ja eben darüber auch eine fröhliche Diskussion zwischen Klaus und Roland gehört -,

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

von dem ich ja nicht bestreite, daß er manche irritiert haben mag und daß man das wieder in Ordnung bringen muß, damit die Irritationen wegkommen, aber wer angesichts eines solchen Sachverhalts den Begriff "Silberlinge" benutzt, Herr Kollege Linssen, der sollte in den Spiegel schauen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C) Ich sage Ihnen, Herr Kollege Linssen: Wer die Bibel nicht als Quelle benutzt, sondern als Waffe, der betreibt Mißbrauch mit ihr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben freundlicherweise, Herr Kollege Linssen, meine Dienstzeit als Abgeordneter in eine Relation zu Ihrer gestellt: fast 40 Jahre zu 17 Jahren. Sie können verstehen, daß ich dabei einen gewissen Stolz empfinde, obwohl Verweildauer noch kein Verdienst ist. Sie haben zu Recht gesagt, Sie seien seit 17 Jahren im Landtag. Ich füge hinzu: Sie sind auch seit 17 Jahren in der Opposition.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Haben Sie sich vielleicht einmal gefragt, ob das damit zusammenhängen könnte, wie Sie zum Landeshaushalt und bei anderen Gelegenheiten reden?

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie sind ja sonst nie hier! Sie wissen das doch gar nicht! - Widerspruch bei der SPD)

- Ach, Herr Kollege Uhlenberg! Lassen Sie mich das eben auch noch sagen: Ich habe im Fernsehen gesehen, wie Herr Meyer hier gesagt hat, ich sei wieder nicht da; es schein mich ja nicht zu interessieren.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das hat er nicht so gesagt! Das stimmt nicht!)

- Ich habe es gesehen. Ich hatte mich vorher wegen Grippe entschuldigt. Das gibt's doch mal! Und daß man die Leistung eines Politikers nach seiner körperlichen Anwesenheit bemißt, halte ich nicht für zulässig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Laurenz Meyer [CDU]: Ich habe gesagt, daß Sie sich für diese Frage, die wir im Landtag diskutieren, nicht so interessieren wie für manches andere draußen! - Beifall bei der CDU)

- Entschuldigung! Dann habe ich das mißverstanden und nehme es zurück. Denn wenn man etwas mißverstanden hat, soll man es zurücknehmen.

(Zurufe von der CDU)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) - Ich habe mich gerade bei Herrn Kollegen Meyer entschuldigt, weil ich ihn offenbar falsch zitiert oder falsch verstanden habe. Das müssen wir doch noch dürfen!

Also, Herr Kollege Linssen! Ich entdecke in den Reden, die Sie hier halten, keine klare inhaltliche Linie, keine Alternative, keinen schwarzen Faden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe mich heute nicht zum erstenmal gefragt: Was würde diese Opposition eigentlich machen, wenn es Garzweiler II nicht gäbe?

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Womit würden Sie sich warmreden, womit würden Sie sich künstlich in Rage bringen?

Sie machen bei Garzweiler II der Landesregierung und mir persönlich schwere Vorwürfe. Dafür bringen Sie keinen einzigen Beleg und keinen einzigen Beweis. Das hat einen einfachen Grund: Es gibt keine Belege und keine Beweise für Unzuverlässigkeit und Wortbruch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Sie setzen an die Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung persönliche Herabsetzung. Ich werde mich daran auch in Zukunft nicht beteiligen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer das, was ich in den zwei Sätzen gesagt habe, die Sie dankenswerterweise aktuell verbreitet haben, für eine dramatische Rücktrittsdrohung hält oder gar für einmalig, kennt wenig vom politischen Geschäft, weder in den Ländern noch im Bund.

Es geht übrigens auch nicht darum, Herr Kollege Linssen, diese Koalition nur bis zur Bundestagswahl zu retten.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Erst einmal!)

- Erst einmal, sicher. - Aber unser Ziel, das wir miteinander vereinbart und unterschrieben haben, ist gemeinsame Regierung bis zum Jahre 2000. Das wollen wir,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und das wollen wir mit Erfolg - mit einem Erfolg, der nach der letzten Wählerentscheidung begon-

nen hat. Sie sollten die Entscheidung, die der Wähler über Sie getroffen hat, nicht vergessen. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will einige Bemerkungen zu Themen, die Sie angesprochen haben, machen. - Sie haben darauf hingewiesen, daß die Investitionsquote bei uns in den vergangenen Jahren stark gesunken ist. Ich finde es immer interessant, welche Vergleiche Sie dann bringen. An anderer Stelle haben Sie uns Baden-Württemberg vorgeworfen. Hier haben Sie Baden-Württemberg nicht genannt; denn unsere Investitionsquote ist genauso hoch wie die Baden-Württembergs. Sie haben die des Bundes genannt, aber den Hinweis vergessen, daß der Bund 13 % Personalausgaben hat, wir über 40 %.

Sie haben dann darauf hingewiesen, daß wir es uns zu leicht machten und den Gegenwartskonsum zu Lasten der Zukunft förderten. Da werden Sie, Herr Kollege Linssen, Opfer der haushaltswirtschaftlichen Abgrenzung. Denn wir alle sprechen doch davon - Sie heute auch -, daß die Investitionen in die Köpfe, die Ausgaben für Wissenschaft, Bildung und Forschung, die wichtigsten Zukunftsinvestitionen sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das sind aber nach der Haushaltssystematik konsumtive Ausgaben. Ich halte mich da lieber an die Wirklichkeit als an die Statistik. (D)

Sie haben davon gesprochen, daß die Menschen Angst vor Gewalt und Verbrechen hätten. Das stimmt. Viele Menschen haben Angst vor Gewalt und Verbrechen, und ich nehme diese Ängste und Sorgen sehr ernst. Wir müssen die Ängste ernst nehmen, aber wir dürfen sie auch nicht schüren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darum sage ich: Man muß den Menschen aufs Maul schauen, aber man darf Ihnen nicht nach dem Munde reden. Das ist der Unterschied zwischen Volksnähe und Populismus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dazu gehört, daß wir die Situation so darstellen, wie sie ist.

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

- (A) Es gibt in der Bundesrepublik 43 Städte mit über 200 000 Einwohnern. In diesen Städten ist die Kriminalität deutlich höher als in ländlichen Bereichen. Weit überdurchschnittlich viele dieser Großstädte liegen in Nordrhein-Westfalen. Die Kriminalitätsstatistik 1996 zeigt uns: Von den zehn großen deutschen Städten mit der geringsten Kriminalität liegen neun in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Anders ausgedrückt: Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen leben in den sichersten Großstädten.

Unter den zehn deutschen Großstädten mit der höchsten Kriminalitätsbelastung gibt es keine aus Nordrhein-Westfalen. Deutschlands sicherste Großstadt ist Wuppertal.

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Danach folgen Oberhausen, Bielefeld, Hagen, Gelsenkirchen, Krefeld, Mönchengladbach, Bonn und Duisburg. Anders ausgedrückt: Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen leben in den sichersten Großstädten.

- (B) Sie haben beklagt, daß es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Selbständige gibt. Das stimmt. Wir müssen bei der Selbständigkeit und bei den Neugründungen noch ein ganzes Stück zulegen. Unser Land ist lange Zeit durch die Großindustrie geprägt gewesen. Darum ist die Selbständigenquote im Ruhrgebiet besonders niedrig. Sie liegt bei 7,2 %. In den anderen Landesteilen liegt die Selbständigenquote nur um 0,5 % unter der in den westdeutschen Ländern.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wer regiert denn da?)

Entscheidend ist aber nicht der Status quo, entscheidend ist, daß sich in diesem Bereich etwas tut! Wir sind auf dem richtigen Wege. Wenn 1980 in Nordrhein-Westfalen jeder 13. Erwerbstätige selbständig war, war es 1996 fast jeder 11. Der Beschäftigungszuwachs hat in den letzten zehn Jahren bei den Selbständigen fast doppelt so hoch gelegen wie bei den Erwerbstätigen insgesamt: 13,9 % Zuwachs bei den Selbständigen, 7,5 % bei den Erwerbstätigen insgesamt.

Es zeigt sich: Nordrhein-Westfalen hatte im ersten Halbjahr nicht nur die mit Abstand meisten Neugründungen, sondern auch die dritthöchste

(C) Neugründungsquote auf 100 bestehende Unternehmen, gerechnet auf alle westdeutschen Flächenländer. Wir lagen klar vor Bayern und Baden-Württemberg. Vor uns lagen Schleswig-Holstein und Hessen.

Sie haben, Herr Kollege, den Länderfinanzausgleich angesprochen und mich gefragt, ob ich bei den bayerisch/baden-württembergischen Versuchen, ihn zu ändern, mitmache. Ich mache das mit, aber ich mache es mit Augenmaß mit. Denn auch da müssen wir uns ein paar Sachverhalte in Erinnerung bringen, die nicht allen bewußt sind.

Wenn Sie sich den Länderfinanzausgleich von 1950 bis 1994 ansehen, werden Sie feststellen, daß in diesen 44 Jahren Bayern kassiert hat und Nordrhein-Westfalen gezahlt. Bayern hat bis heute insgesamt 38 Jahre lang kassiert. Das sagt auch etwas über Erfolgsaussichten einer Klage. Nordrhein-Westfalen hat 34 Jahre lang gezahlt. Bayern hat 7 Milliarden DM bekommen, wir haben 11,4 Milliarden DM gezahlt.

(D) Seit 1995 haben wir es nun mit anderen Dimensionen zu tun, weil sich da der Länderfinanzausgleich vor allem zugunsten der neuen Länder verändert. Hier nehme ich auf, was Klaus Matthiesen gesagt hat: Auch wenn ich eine Lösung möchte, bei der das zahlende Land am Schluß der Rechnung je Bürger nicht weniger hat als das nehmende Land, muß es beim Grundsatz der Solidarität zwischen den Ländern bleiben, auch zwischen armen und reichen Ländern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, alle sind widerlegt, die uns in Nordrhein-Westfalen eine negative Sonderentwicklung der Wirtschaft einreden wollen. Es gibt viele Beispiele dafür, daß das Gegenteil der Fall ist. Aber unser größtes Problem bleibt, daß bisher selbst günstige wirtschaftliche Entwicklungen keine oder nicht genügend neue Arbeitsplätze schaffen und daß die Steuereinnahmen nicht mitwachsen. Das gilt vor allem für die industrielle Produktion.

Das Urteil bei den Industrieunternehmen über die aktuelle Geschäftslage hat sich sehr stark zum Positiven verändert. Im Herbst des vergangenen Jahres haben 23 % der Unternehmen die Geschäftslage als gut bezeichnet; ein Jahr später waren es 41 %. Die Zahl der negativen Urteile ist von 25 % auf 12 % zurückgegangen. Das hat

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) etwas mit der tatsächlichen Lage in der Industrie unseres Landes zu tun.

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres ist die Industrieproduktion in Nordrhein-Westfalen um 4,8 % gestiegen; in Westdeutschland waren es 3,2 %. Wir haben außerordentlich starke Zuwächse bei der Herstellung und der Verarbeitung von Metallprodukten; das sind plus 13,4 %, in den westdeutschen Ländern 8,8 %. In der chemischen Industrie haben wir einen Zuwachs von 8,8 %, die westlichen Länder von 6 %.

Die hohen Zahlen beim Wachstum ändern aber nichts am Abbau der Beschäftigung. Im Metallbereich ist die Zahl der Beschäftigten von August 1996 bis zu diesem August um 3,2 % zurückgegangen, und in der chemischen Industrie lag der Rückgang bei 3,8 %. Das zeigt: Hier gehen Arbeitsplätze nicht deshalb verloren, weil die Produktion in andere Länder verlagert würde, sondern weil effektiver gearbeitet und produziert wird.

In der Bauwirtschaft zeigt sich ein anderes Bild. Da sind die wirtschaftliche Leistung und die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen. Aber auch da gibt es Lichtblicke. Das Auftragsvolumen beim öffentlichen Hochbau ist um 19,1 % gestiegen, im öffentlichen Tiefbau um 11,9 %.

(B) Neue Arbeitsplätze bleiben die wichtigste gesellschaftliche und politische Aufgabe. Wir sind - wie überall in allen anderen Ländern - diesem Ziel nicht nahe genug gekommen. Noch fallen mehr Arbeitsplätze weg, als neue entstehen. Aber der Verlust ist nicht überall gleich hoch. In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weniger stark zurückgegangen als in allen westdeutschen Ländern mit Ausnahme von Baden-Württemberg.

Dazu paßt, daß es bei der bedrückend hohen Arbeitslosigkeit keine negative Sondereentwicklung mehr gibt. Inzwischen liegt die Arbeitslosenquote in 15 der 33 Arbeitsamtbezirke unseres Landes unter dem Durchschnitt oder im Durchschnitt der westlichen Länder. Vor zehn Jahren war das nur in zwei Arbeitsamtbezirken der Fall. Ich will Ihnen die Einzelzahlen hier jetzt ersparen.

Aber ich will doch darauf hinweisen - und ich fände es gut, wenn der Oppositionsführer das gelegentlich ebenfalls täte -, daß wir öffentlich

sagen: Nordrhein-Westfalen bietet Unternehmen und Selbständigen gute Bedingungen. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dafür gibt es viele unterschiedliche Belege. Wie attraktiv Nordrhein-Westfalen als Investitionsstandort ist, das zeigen Unternehmen, die sich anders orientiert hatten und die jetzt zurückkommen. Ich würde Ihnen gern ein paar Beispiele nennen.

Die Firma Vaillant, die in Remscheid produziert, hat die Verlegung ihrer Produktion nach Tschechien gestoppt. Siemens-Nixdorf produziert wieder stärker in Paderborn. Die Telefongeräte von Nokia werden jetzt in Bochum hergestellt. Zwei Unternehmen, die Autoteile herstellen, haben ihre Produktion aus den Vereinigten Staaten nach Nordrhein-Westfalen verlegt.

Es gibt noch viele andere Beispiele dafür, daß es sich lohnt, hier zu investieren und zu produzieren. Sonst hätte Siemens nicht in Wegberg-Wildenrath 110 Millionen DM in das weltweit modernste Prüfzentrum für Schienenfahrzeuge investiert, sonst würden DSM aus den Niederlanden und die VEBA nicht eine Milliarde DM in die chemische Produktion in Gelsenkirchen stecken, sonst hätte Ford sich nicht entschieden, in Köln ein neues Motorenwerk zu bauen und in Aachen ein neues Forschungszentrum, sonst hätten nicht zwei Weltunternehmen wie Shell und Pilkington entschieden, in Gelsenkirchen die weltweit modernste und Europas größte Solarfabrik zu bauen, sonst würden in den nächsten Jahren in Köln-Ossendorf nicht Investitionen in Film- und Fernsehstudios stattfinden, die bundesweit einmalig sind, sonst hätte Siemens in Kamp-Lintfort die Zahl der Mitarbeiter für die Handy-Produktion nicht innerhalb eines Jahres von 900 auf 1 700 fast verdoppelt. (D)

Das alles zeigt, meine Damen und Herren: Unternehmende Unternehmer sind in Nordrhein-Westfalen willkommen,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und sie wissen das auch und nutzen ihre Chancen. Darum tun wir so viel für Existenzgründungen.

Es gibt viele Belege. Nach den Zahlen der Deutschen Bundesbank hat das Volumen der ausländischen Direktinvestitionen in Nordrhein-Westfalen von 1992 bis 1995 um 30 % zugenommen,

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

- (A) viel stärker als im Bundesdurchschnitt. Im gleichen Zeitraum ist der Kapitalexport aus Nordrhein-Westfalen um 20 % gestiegen. 28,2 % aller ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik entfallen auf Nordrhein-Westfalen.

Die Bundesbank stellt dazu fest, daß Nordrhein-Westfalen seine Stellung als führendes Sitzland für ausländische Unternehmen in Deutschland weiter ausgebaut hat.

Sie müssen das weiter erzählen, meine Damen und Herren, denn wir müssen unser Land gemeinsam nach vorn bringen, und darum sollten wir es nicht verschweigen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch in den Vorstandsetagen deutscher Unternehmen spricht sich mehr und mehr herum, daß der Strukturwandel im Ruhrgebiet vorankommt. Wer hätte denn vor einigen Jahren gedacht, daß, wie ich gerade in einer Umfrage in "Capital" gelesen habe, das Ruhrgebiet als Standort für neue Investitionen vor Hamburg, vor Berlin und vor Frankfurt rangieren würde?

Kein anderer Ballungsraum in Deutschland hat im Verlaufe der vergangenen zehn Jahre im Urteil der Manager so gewonnen wie das Ruhrgebiet.

- (B) Auch dazu will ich Ihnen die einzelnen Zahlen nicht nennen, weil es inzwischen 14.00 Uhr ist.

(Heiterkeit)

Aber gerne würde ich Ihnen sagen: Man sollte über solche Botschaften sprechen.

Wir sollten auch darüber sprechen, daß wir bei den Genehmigungsverfahren vorangekommen sind. Die Dauer von Genehmigungsverfahren steht seit vielen Jahren im Zentrum der Kritik. Manchmal habe ich den Eindruck, die Kritiker nehmen die Wirklichkeit nicht wahr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Genehmigung für die Zulassung industrieller Anlagen haben im ersten Halbjahr bei der Bezirksregierung Düsseldorf in 50 % der Fälle weniger als drei Monate gedauert, bei 15 % waren es weniger als sechs Monate. Der Durchschnitt der Dauer aller Genehmigungsverfahren lag bei fünf Monaten. Kein Verfahren dauerte länger als ein Jahr. Nun loben Sie einmal diese Regierung, damit sich das herumspricht!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C) Wir haben gute Arbeit geleistet und jetzt die Chance, mit einem neuen Haushalt diese Arbeit fortzusetzen. Wir tun das in Kooperation und gelegentlich in Konfrontation mit dem Bund. Das fällt je nach Sachgebiet sehr unterschiedlich aus. Aber die Selbstlähmung der Bonner Koalition immer als Blockade durch die SPD zu diffamieren, ist Unrecht gegenüber der Bonner Koalition.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Bundestag hat seit 1949 etwa fünfeinhalbtausend Gesetze beschlossen. Ganze 50 dieser fünfeinhalbtausend Gesetze sind im Bundesrat gescheitert; und die Hälfte dieser 50 Gesetze an der CDU/CSU-Mehrheit in den 70er Jahren.

Zur Rolle des Bundesrates möchte ich ein Zitat bringen:

"Wer im gegenwärtigen System der Bundesstaatlichkeit nur Reibungsverluste sehen kann, verkennt den machthemmenden Effekt der Bundesstaatlichkeit oder will ihn gar vereiteln. Aber gerade dieser machthemmende Effekt erscheint mir bei der allzu ausgeprägten Liebe zur Perfektion, die uns Deutsche auszeichnet, von ganz besonderer Wichtigkeit."

(D) Diesen Sätzen des damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl stimme ich ausdrücklich zu. Wo er recht hat, hat er recht.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen - in diesem Punkte stimme ich dem Oppositionsführer zu - über die Mischfinanzierung sprechen. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Herr Kollege Appel hat das auch angesprochen. In manchen Gesprächen haben wir dieses Thema erörtert: Es geht nicht an, daß das BAföG inzwischen zur Sparkasse des Bundes geworden ist und nur noch jeder achte Student gefördert wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gesamte System gehört auf den Prüfstand. Das gilt für den Wohnungsbau, den Städtebau, den Hochschulbau und die Bildungsfinanzierung. Der Bund stellt in diesem Jahr zwei Milliarden DM zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung. 1994 waren es noch 3,4 Milliarden DM. Im kommenden Jahr sollen es nur noch 1,3 Milliarden DM sein. Das entspricht einer Kürzung um fast zwei Drittel.

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) Damit gibt Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr für die Förderung des Wohnungsbaus mehr als doppelt so viel wie der Bund für alle 16 Länder insgesamt aus. Bei der Städtebauförderung sieht das Bild noch schlimmer aus: Der Bund steigt schrittweise aus.

Herr Dr. Linssen, zwar haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, daß die Kosten pro Studienplatz - bezogen auf Personal- und Materialkosten - in Nordrhein-Westfalen besonders gering sind - bei über 500 000 Studenten. Sie hätten dann aber auch darauf hinweisen müssen, daß die Bildungshaushalte in Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr doppelt so stark steigen wie der Gesamthaushalt. Im Bund werden die Haushalte eingefroren und sogar gekürzt. 1982, als der erste CDU-Bildungsminister kam, betrug der Anteil des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung 4,7 %. Jetzt sind es noch 3,4 %. Dadurch hat sich natürlich der Anteil der Länder an der Hochschulbaufinanzierung ständig erhöht: 1970 lag der Anteil des Bundes bei 14,36 % der Ausgaben für die Hochschulen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

1995 waren es noch 5,2 %. Der Anteil der Länder ist von 85,5 % auf 94,8 % gestiegen. Das steht im umgekehrten Verhältnis zur Lautstärke von Herrn Rüttgers.

(B)

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Er hat nichts dazugetan. In unserem Haushalt steigen die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um 2,3 %.

Für all diese eben erwähnten Bereiche gilt: Der Bund zahlt immer weniger, will aber immer mehr mitreden. Er macht in diesem Zusammenhang Auflagen, die wir abzarbeiten haben. Ich bin der Meinung, man muß die Mischfinanzierung in all diesen Punkten auf den Prüfstand stellen.

(Vereinzelter Beifall bei Abgeordneten der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluß kommen. Das wird die Opposition freuen.

(Zuruf von der CDU: Nein, wir könnten Ihnen stundenlang zuhören. - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

- Na ja, aber ich will Sie ja auch nicht verwöhnen. (C)

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Wir erleben in Bonn eine merkwürdige Mischung aus Lähmung und Hektik, die wie Blei auf unserem Land lastet. In neun Monaten haben die Bürger die Möglichkeit, sich von dieser Last zu befreien.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Das machen wir auch!)

Das ist nötig, damit wir endlich vorankommen, auch mit einer Steuerreform, die diesen Namen wirklich verdient. Eine Steuerreform, die diesen Namen wirklich verdient, muß Normalverdiener entlasten, Familien besserstellen, ökologische Akzente setzen und dem Mittelstand Erleichterung verschaffen. So sieht eine wirkliche Steuerreform aus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie darf nicht einseitig zu Lasten der Länder und Gemeinden gehen. Die letzte Steuerreform, die vorgeschlagen wurde, hätte Länder und Gemeinden ausbluten lassen.

Wir müssen vorankommen mit einem Hochschulrahmengesetz, das endlich der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre wieder den Stellenwert gibt, der ihnen zukommt. Wir müssen vorankommen mit einer Ausbildungsförderung für Studenten, damit nicht abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern, ob sie eine Chance haben oder nicht. Wir müssen auch vorankommen bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. So gibt es viele Punkte auf vielen Feldern: bei der Förderung von Teilzeit, beim Risikokapital für Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen. (D)

Wir sind bereit, auch auf der Bundesebene an einer solchen Politik praktischer Reformen mitzuwirken. Wir wollen das, weil wir glauben, daß eine solche Politik auf der Bundesebene auch Voraussetzung dafür ist, daß wir im eigenen Land vorankommen. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, meine Damen und Herren, dann können wir uns auf die eigene Kraft verlassen. Dann können wir die Zukunft unseres Landes selbstbewußt gestalten. So tun wir das bisher. So werden wir

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

- (A) das in Zukunft tun, mit ruhiger und sicherer Hand. - Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen habe ich nicht vorliegen. Wird tatsächlich nicht mehr das Wort gewünscht? - Dann **schließe** ich die **Beratung**.

Wir haben **abzustimmen** erstens über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1998** entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/2682**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung und einer Änderung zu Artikel 1 § 20 - Stichwort Kurorthilfe - anzunehmen. Ich frage Sie, wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung erteilen möchte, und bitte Sie um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der **Gesetzentwurf** in dritter Lesung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **verabschiedet**.

- (B) Wir kommen zweitens zur **Abstimmung** über das **Haushaltsgesetz 1998**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung **Drucksache 12/2680**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den vom Ausschuß beschlossenen weiteren Änderungen anzunehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich auch hier um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der **Gesetzentwurf** in dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Wir haben drittens **abzustimmen** über die **Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1997 bis 2001** entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/2681**. Ich bitte Sie um Ihre **Kenntnisnahme**. Ich stelle fest, daß dies geschehen ist.

Ich rufe die Ergänzung der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

(C)

Thema: **Die Zukunft unserer Hochschul-Chance und Verpflichtung für alle**

Das Wort zur Regierungserklärung hat Frau Brunn, die Ministerin für Wissenschaft und Forschung.

(Viele Abgeordnete verlassen nach der Abstimmung den Saal. - Unruhe - Glocke)

Man sieht, wie groß das Interesse an Wissenschaft und Forschung ist.

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist gut, daß wir heute doch noch über Hochschulen sprechen können, denn morgen kommen die Regierungschefs von Bund und Ländern in Bonn zusammen, um - wie schon seit langem geplant - über die Reform der Studienförderung zu beraten. Diese Reform ist überfällig. Wir brauchen nämlich ein grundlegend neues BAföG, damit wieder mehr junge Menschen aus Familien mit unterem und mittlerem Einkommen besser und zügiger studieren können.

Immer mehr Studierende sehen die materiellen Voraussetzungen für ihr Studium in Frage gestellt. Zwei von drei Studierenden müssen jobben und können ihr Studium nur noch in "Teilzeit" bestreiten.

(Unruhe - Glocke)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Ministerin, ich muß Sie einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, hier ist wirklich jetzt Rücksichtnahme angebracht. Ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen.

(Beifall des Roland Appel [GRÜNE])

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Meine Damen und Herren, das BAföG erreicht heute nur noch eine schwindende Minderheit der Studierenden. Gerade noch 15 % erhalten eine Studienfinanzierung, und kaum einer erhält die volle Fördersumme. Die Studierenden

(D)